Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (12.09.2006)

Sand im Getriebe 53

Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Hände weg vom Libanon! Hände weg vom Iran!



Das aggressive und kriegerische Gesicht der imperialistischen Politik reißt uns einmal mehr aus unserer Sommerlethargie. Der brutale, eiskalte und rücksichtslose Angriff auf alle libanesischen und palästinensischen (überwiegend öffentlichen!) Infrastrukturen, hat Tausende zivile Todesopfer gefordert und ein ganzes Land in den Krieg gestürzt und veranlasste Tausende Menschen auf der ganzen Welt zu Protestdemonstrationen. Die Zivilgesellschaft ist abermals vehement aufgetreten, um die Verbrechen gegen die palästinensische und libanesische Bevölkerung zu verurteilen und ihre Unterstützung für die fortschrittlichen Kräfte Palästinas, des Libanons und Israels kundzutun, während die Regierungen nicht mehr als gehaltloses Gestammel über die Lippen brachten. Die Kluft zwischen Regierungen und Völkern ist abermals offenkundig geworden – eine Kluft, die ebenso tief und breit ist wie der Litani.

Die neoliberale Philosophie legt ihr Gesicht vielleicht nicht immer in so direkt mörderischer Form wie beim israelischen Angriff von diesem Sommer bloß – ihr typisches Merkmal heißt aber in jedem Fall: Zerstörung. Die Gewalttaten, die sich aus diesen wirtschaftspolitischen Konzepten ableiten, führen nämlich in jedem Fall zu Arbeitslosigkeit, Prekarität und Zwangsmigration. Über den Umweg der Strukturanpassungen setzen der IWF und die Weltbank Umstrukturierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen von Infrastrukturen, Land, Dienstleistungen, Wasser, der Telekommunikation usw. durch. Das WTO-Abkommen über die Landwirtschaft und die Industrieerzeugnisse (NAMA) stürzt Tausende LandwirtInnen in die Arbeitslosigkeit und verursacht eine noch nie dagewesene Welle der Entindustrialisierung in den Entwicklungsländern. Durch das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (GATS) geraten die öffentlichen Dienstleistungen, das Gesundheits- und Bildungswesen, die Kultur u.v.a. in die Schusslinie. Umweltschutznormen werden ausgegliedert und die Rechte der ArbeitnehmerInnen auf ein absolutes Minimum reduziert, unter dem Vorwand, sie würden für den Handel überflüssige Hindernisse darstellen.

Wie hängt diese Gewalt gegenüber ArbeitnehmerInnen, Menschen in prekären Lebensverhältnissen und MigrantInnen mit jener zusammen, denen die libanesische und palästinensische Bevölkerung in diesem Sommer ausgesetzt waren? Die Gewalt leitet sich immer aus derselben Logik ab: der imperialistischen Logik der wirtschaftlichen und militärischen Dominanz, der Logik des Profits und der Kontrolle über Ressourcen und Märkte, der Logik der Menschenverachtung.
Kriegsgewalt und Wirtschaftsgewalt sind nur zwei Gesichter ein und derselben Politik. Zerstörung, Prekarität, Armut und Migration sind die unausweichlichen Folgen dieser Politik.
(Editorial Violences guerrières et violences économiques Lignes d'attac, attac-Schweiz))

Ist der Krieg Israel gegen den Libanon beendet? Oder war das nur ein Vorspiel für einen viel größeren Krieg, ein Probelauf für den Krieg gegen den Iran? Wird man in einigen Jahren rückblickend feststellen, dass wir 2006 in einer Vorkriegssituation gelebt haben? Auf jeden Fall ist es dringend geboten, die Ursachen und Ergebnisse dieses Krieges einzuschätzen.
Immanuel Wallerstein, der Theoretiker der Weltsystemtheorie mit dem weiten Zeithorizont, vergleicht Israels kriegstreiberische Politik mit der von G.W.Bush im Irak: *„Was die israelischen Regierenden nicht wahrnehmen ist, dass weder Hamas noch Hisbollah Israel benötigen. Es ist Israel, das sie braucht und sie dringend braucht. Wenn Israel keine Kreuzritternation sein will, die am Ende ausgelöscht wird, dann sind es nur Hamas und Hisbollah, welche Israel das Überleben garantieren können"*. **Uri Avnery** sieht als schlimmste Folge des Krieges den Hass an, der durch diesen Krieg in der gesamten Region erzeugt wurde, und warnt vor einem „Kampf der Kulturen", mit dem die Herrschaftsinteressen des Westens maskiert werden sollen (Neuerdings benutzt G.W.Bushs den unsäglichen Begriff „Islamofaschismus"). Er fordert sein Land, Israel, auf, sich von der Rolle des Wachhundes der USA-Interessen zu befreien *„Wir wollen hier noch in 100, in 500 Jahren leben. Unsere grundlegendsten nationalen Interessen fordern deshalb, dass wir unsere Hände den arabischen Nationen entgegenstrecken, die uns akzeptieren, damit wir gemeinsam mit ihnen die Region wieder aufbauen*.". **Noam Chomsky** warnt vor einem System von Vasallenstaaten an den Erdölquellen: *„Das wichtigste Ziel der US-Außenpolitik seit dem 2. Weltkrieg besteht darin, die Kontrolle über das Erdöl in der Golfregion zu erlangen und zu behalten. Über jene Quelle also, deren Besitz den USA die Veto-Macht über ihre Industrie-Rivalen gibt und ein entscheidendes Druckmittel gegenüber Europas und Asiens Ökonomien ist"*

Attac-Libanon verurteilt die Agression Israels gegen den Libanon und die mangelhafte Reaktion des Westens: *„Es ist ein Trauerspiel, dass es die westlichen und arabischen Regierungen nicht wagten, Israel entgegen zu treten, das getreulich die imperialistische Agenda von Bush im Nahen Osten durchführte."*
Attac Deutschland fordert unter anderem*: "jegliche Rüstungslieferungen incl. atomwaffenfähiger U-Boote in die Region sofort zu stoppen."*
Matthias Jochheim (IPPNW) beklagt die unzureichende und zum Teil durch Äquidistanz gekennzeichnete Reaktion der Friedensbewegung: *„Schwierig wird es aber in der deutschen Friedenbewegung, wenn es um das Thema Nahost und die Rolle Israels geht. Gerne belassen es da viele beim Ausdruck von Schmerz und Betroffenheit über die Gewalt, beim ausgewogenen Appell an alle Beteiligten, doch Vernunft und Versöhnungsbereitschaft walten zu lassen. Die Sorge ist groß, von Anhängern der israelischen Politik mit Antisemitismus-Vorwürfen bedacht zu werden, oder auch, in der eigenen Organisation heftige Kontroversen austragen zu müssen."* Und er fordert ***„Möge doch** auch die deutsche Friedensbewegung aufhören zu wispern, und endlich mit klarer Stimme sprechen gegenüber dem endemischen Krieg an dieser "Barbarengrenze"*. Auch **Chomsky** beklagt das relative Schweigen der Friedensbewegung in den USA während dieses Krieges: *„Diese Passivität war schockierend, aber nicht erstaunlich. Ein Grund dafür ist sicher die tief verwurzelte imperiale Mentalität im Westen."*

Focus on the Global South (Walden Bello) und andere globalisierungskritische Organisationen stellen fest, dass der IWF gegenwärtig in einer dreifachen Krise steckt. Sie schlagen vor, ihn durch regionale Währungsfonds zu ersetzen:
„Eine Entmachtung des IWF bedeutet kein globales Chaos auf den Finanzmärkten, wie uns die Wall Street Glauben machen möchte. Im Gegenteil: eine Entmachtung des IWF ist die absolute Bedingung für die Schaffung eines wahrhaft gerechten, vernünftigen und effektiven Systems eines globalen Finanzmanagements. …Die „Rettungsprogramme" des IWF verhelfen lediglich den Geldgebern zu großen Vorteilen, während sie dem Volk Stabilisierungsprogramme auferlegen, die in die Rezession führen. Der IWF ist gefährlich wie ein veralteter Atommeiler und sollte – wie viele meinen - vom Netz genommen werden. Die beste Lösung angesichts der Probleme, die diese Dinosaurierinstitutionen verursachen, ist es, diese Einrichtungen auszuschalten. Aber wenn dies momentan noch nicht möglich ist, sollte der Schaden, den der IWF anrichten könnte, weitestgehend begrenzt werden." Für **Christian Felber** (Attac-Österreich) ist das vorläufige Scheitern der WTO-Verhandlungen eine Chance.. *„Der Stillstand der WTO-Verhandlungen bietet eine günstige Gelegenheit, das Freihandelsparadigma fallen zu lassen und ein gerechtes Welthandelsregime aufzubauen"*

Schließlich haben wir zur **Krise in Attac-Frankreich** einige Stellungnahmen (u.a. von Bernard Cassen) übersetzt. Wir wünschen den Attacies in Frankreich, dass sie aus dieser Krise gestärkt herauskommen!

Die Redaktion: Marie-Dominique Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) -
Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Immanuel Wallerstein
Was kann Israel erreichen?

1. August 2006

Der Staat Israel wurde 1948 gegründet. Seither gab es in Israel immerzu Gewalt zwischen Juden und Arabern, sowie zwischen Israel und dessen Nachbarn. Manchmal spielte sich die Gewalt auf unbedeutendem oder sogar unterschwelligem Niveau ab. Hin und wieder eskalierte sie und weitete sich so wie jetzt in einen offenen Krieg aus. Immer dann wenn die Gewalt in vollem Ausmaß ausbrach, gab es sofort eine Debatte darüber, womit sie begonnen hätte, so als sei das von Bedeutung. Wir befinden uns nun inmitten eines Krieges zwischen Israel und dem Libanon und im Gazastreifen zwischen Israel und Palästina. Die Welt führt derweil ihre üblichen nutzlosen Diskussionen, wie die Stufe der offenen Kriegsführung wieder auf jene der gelegentlichen Gewalttaten zurückzuführen sei.

Jede israelische Regierung hatte den Wunsch, eine Situation herbeizuführen, in welcher die Welt und Israels Nachbarn dessen Existenz als Staat anerkennen und die Gewalt zwischen den Gruppen/Staaten enden würde. Israel konnte dies nie erreichen. Wenn die Gewalt sich auf relativ geringem Niveau befindet, ist die israelische Öffentlichkeit geteilter Meinung darüber, welcher Strategie nun zu folgen sei. Doch sobald die Gewalt sich in einen offenen Krieg ausweitet neigen die israelischen Juden und die jüdischen Menschen weltweit dazu, sich hinter die israelische Regierung zu stellen.

In Wahrheit verließ sich **Israels Politik seit 1948** grundlegend auf **zwei Dinge** zur Erlangung seiner Ziele: Ein **schlagkräftiges Militär** und eine **starke Unterstützung von außen** durch den Westen. Bis jetzt hat Israels Strategie in einem Punkt gut funktioniert: Israel überlebt. Die Frage ist nun, wie lange diese Ausrichtung tatsächlich auch weiterhin funktionieren wird.

Im Laufe der Zeit verschob sich die Quelle der Unterstützung von außen mehrfach. Wir haben gänzlich vergessen, dass 1948 die entscheidende militärische Unterstützung für Israel durch die **Sowjet Union** und ihre osteuropäischen Satellitenstaaten erfolgte. Als die Sowjet Union sich zurückzog, war es **Frankreich**, welches nachrückte und die Rolle ausfüllte. Frankreich war an einer Revolution in Algerien verwickelt und sah Israel als einen entscheidenden Faktor an, um die algerische nationale Befreiungsbewegung niederzuschlagen. Doch als Algerien 1962 unabhängig wurde, ließ Frankreich Israel fallen, da es jetzt daran interessiert war, die Verbindung mit einem nun unabhängigen Algerien aufrecht zu erhalten.

Erst von diesem Moment an boten die **Vereinigten Staaten** Israel ihre volle Unterstützung an, so wie das bis heute der Fall ist.

Ein entscheidendes Element dieser Wendung war **1967** der Sieg Israels im Sechs-Tage-Krieg. In diesem Krieg eroberte Israel sämtliche Territorien des alten britischen Mandatsgebietes und mehr. Es bewies seine Fähigkeit, in dieser Region eine starke Militärmacht darzustellen. Es wandelte die Haltung der Juden in der Welt von einer, in welcher nur ca. 50% wirklich der Gründung Israels zustimmten, in eine, welche den Rückhalt der großen Mehrheit aller Juden hatte, für die Israel nun zu einer Quelle des Stolzes wurde. Das war der Moment in dem der Holocaust eine der wichtigsten ideologischen Rechtfertigungen für Israel und dessen Grundsätze wurde.

Nach 1967 hatten die Israelis wohl nie das Gefühl, dass sie irgendetwas mit den Palästinensern oder der arabischen Welt zu verhandeln hätten. Sie boten einseitige Vereinbarungen an, die immer nach den Bedingungen der Israelis ausgerichtet waren. Israel wollte nicht mit Nasser verhandeln. Dann wollte es nicht mit Arafat verhandeln. Und nun möchte es nicht mit so genannten Terroristen verhandeln. Stattdessen hat es sich auf fortwährende **Zurschaustellungen militärischer Stärke** verlassen.

Israel hat nun, aus eigener Sicht, den gleichen katastrophalen Fehler begangen, wie George W. Bush bei der Invasion in den Irak. Bush dachte, dass die Zurschaustellung militärischer Macht fraglos die Anwesenheit der Amerikaner im Irak etablieren und den Rest der Welt einschüchtern würde. Bush entdeckte, dass der irakische Widerstand militärisch weit ernstzunehmender war als vorhergesehen, dass die politischen Verbündeten im Irak weit weniger verlässlich waren als er angenommen hatte, und dass die Unterstützung seitens der US-Bürger gegenüber dem Krieg weit zerbrechlicher war als er erwartet hatte. Die Vereinigten Staaten gehen einem beschämenden Rückzug aus dem Irak entgegen.

Israels aktuelle militärische Offensive bildet eine direkte Parallele zu Bushs Irakinvasion. Die israelischen Generäle beginnen bereits festzustellen, dass die Streitkräfte der Hisbollah ein weit ernster zu nehmender Gegner sind als vorausgesehen, dass die US-Verbündeten in der Region bereits stark auf Distanz zu den USA und zu Israel gehen (man beachte die Unterstützung des Libanon durch die irakische Regierung und nun jene der saudischen Regierung) und werden bald entdecken, dass die Unterstützung in der israelischen Bevölkerung anfälliger ist als erwartet. Die israelische Regierung sträubt sich bereits jetzt dagegen, Bodentruppen in den Libanon zu entsenden. Der Grund liegt hauptsächlich in der Unsicherheit, wie die israelische Bevölkerung darauf reagieren würde. Israel ist auf dem Weg zu einem nun beschämenden Waffenstillstandsvertrag. Was die israelischen Regierenden nicht wahrnehmen ist, dass weder Hamas noch Hisbollah Israel benötigen. Es ist Israel, das sie braucht und sie dringend braucht. Wenn Israel keine Kreuzritternation sein will, die am Ende ausgelöscht wird, dann **sind es nur Hamas und Hisbollah, welche Israel das Überleben garantieren können**. Nur wenn Israel es schafft, Übereinkünfte mit ihnen, wie den in den jeweiligen Nationen tief verwurzelten Sprechern des palästinensischen und arabischen Nationalismus zu treffen, kann Israel in Frieden leben.

Einen tragfesten Frieden auszuarbeiten wird ausgesprochen schwierig werden. Doch die Säulen von Israels gegenwärtiger Politik – seine eigene militärische Schlagkraft und die bedingungslose Unterstützung durch die Vereinigten Staaten – bilden einen sehr dünnen Strohhalm. Seine militärische Überlegenheit verringert sich und wird in den kommenden Jahren stetig weiter schrumpfen. Zudem könnten die Vereinigten Staaten sie in den Jahren nach der Irakkrise gut und gerne ebenso fallen lassen, wie Frankreich das in den 60ern getan hatte. Israels einzig wirklicher Garant seiner Weiterexistenz wird jener der Palästinenser sein. Um diese Sicherheit zu erlangen wird Israel seine Überlebensstrategien grundlegend überdenken müssen.

Übersetzung: Susanna SCHERRER, coorditrad@attac.org.

Tariq Ali, Noam Chomsky, Eduardo Galeano, Howard Zinn, Ken Loach, John Berger, Arundhati Roy,

Zornig

Solidaritätserklärung mit den Menschen in Libanon und Palästina, 3. August 2006

Der von den USA unterstützte Angriff auf den Libanon hat das Land erstarrt, schwelend und zornig zurückgelassen. Das Massaker von Qana und der Verlust von Menschenleben ist nicht einfach nur "unangemessen". Es ist, nach den geltenden Regeln des internationalen Rechts, ein Kriegsverbrechen.

Die absichtliche und systematische Zerstörung der libanesischen Infrastruktur durch die israelische Luftwaffe war ebenfalls ein Kriegsverbrechen, geplant, um das Land auf den Status eines US-Protektorates zu reduzieren. Der Anschlag ist nach hinten losgegangen. Im Libanon unterstützen nun 87 % der Bevölkerung den Widerstand der Hizbullah, einschließlich 80 % der Christen und Drusen sowie 89 % der Moslems, während 8 % glauben, die USA unterstützten den Libanon. Aber diese Aktionen werden von keinem Gericht der „internationale Gemeinschaft" untersucht, solange die USA und ihre Alliierten an diesen schrecklichen Verbrechen beteiligt oder mitschuldig sind und sie zulassen.

Es ist nun klar geworden, dass der Angriff auf den Libanon, um die Hizbullah auszulöschen, von langer Hand vorbereitet worden ist. Die USA und seine loyalen britischen Alliierten haben grünes Licht für die israelischen Verbrechen gegeben, trotz der Opposition zu Blair in seinem eigenen Land.

Kurz: Der Friede, den der Libanon genossen hat, wurde beendet und eine paralysierte Gesellschaft ist gezwungen, eine Vergangenheit zu wiederholen, die sie eigentlich vergessen wollte. Der dem Libanon auferlegte Staatsterror wird im Ghetto von Gaza wiederholt, während die „internationale Gemeinschaft" zusieht und schweigt. In der Zwischenzeit wird der Rest Palästinas mit der direkten Teilnahme der USA und der stillschweigenden Zustimmung seiner Alliierten annektiert und demontiert.

Wir erklären unsere Solidarität und Unterstützung den Opfern dieser Brutalität und denen, die dagegen Widerstand leisten. Für unseren Teil werden wir alle uns möglichen Anstrengungen unternehmen, die Komplizenschaft unserer Regierungen mit diesen Verbrechen aufzudecken. Es wird keinen Frieden im Nahen Osten geben, solange die Besetzung Palästinas und des Irak und die – kurzzeitig unterbrochenen – Bombardements auf den Libanon andauern.

Aus dem Englischen von Wilfried Hanser-Mantl
http://www.guardian.co.uk/israel/Story/0,,1835915,00.html

Noam Chomsky

Vasallenstaaten an den Erdölquellen

Der amerikanische Friedensaktivist Noam Chomsky über die Ziele der USA in Nahost

Der US-Journalist Seymour Hersh will herausgefunden haben, dass der Libanon-Krieg unabhängig vom Anlass geplant war. Sehen Sie diesen Krieg als Probelauf für einen Krieg der USA gegen Iran, vielleicht auch gegen Syrien?
Es geht den USA und Israel um Palästina. Über 30 Jahre haben sie sich einer Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt widersetzt und Fakten geschaffen, die eine solche Lösung verhindern: Die fruchtbarsten Gebiete und wichtigsten Ressourcen im Westjordanland werden annektiert, die palästinensischen Restgebiete in lebensunfähige Kantone unterteilt. Gaza wird von israelischen Menschenrechtlern als großes Gefängnis bezeichnet. Die einzig bedeutungsvolle Hilfe, die die Palästinenser zuletzt noch bekamen, leistete die libanesische Hisbollah: Ziel des Krieges war ihre Vernichtung.

Mit Iran oder Syrien hatte der Krieg nichts zu tun?
Es war natürlich ein willkommener Nebeneffekt, dass die Zerstörung der Hisbollah auch den Iran geschwächt hätte - was im Fall einer Konfrontation mit Iran vorteilhaft ist. Ich zweifle, dass es ein Interesse gibt, den Status quo im Verhältnis zu Syrien zu ändern. Syrien ist schwach und zeigt sich nachgiebig, ein Regimewechsel würde islamisch-fundamentalistische Kräfte an die Macht bringen.

Die Entwicklung in Nahost verläuft für die USA nicht wunschgemäß, insbesondere im Irak. Herrscht in Washington Ratlosigkeit oder wird dort tatsächlich eine Strategie - gerichtet auf Demokratisierung und Stabilisierung - verfolgt?
Die Bush-Regierung - also Leute wie Donald Rumsfeld, Dick Cheney, Paul Wolfowitz - wollen gar keinen souveränen und halbwegs demokratischen Irak, trotz aller Rhetorik. Ihr reales Handeln zielt auf die Etablierung eines Vasallenstaates, der auf seinem Territorium, einer der größten Erdöllagerstätten der Welt, US-Basen akzeptiert. Nun wird es aber mit jeden Tag für sie schwieriger, dieses Ziel zu erreichen. Mehr noch: Mit dem Irak-Krieg haben sie das Entstehen einer schiitischen Allianz befördert. Eine Allianz, die die Schiiten des Irak, des Iran und anderer Länder zusammenbringt. Das ist ein Albtraum für Washington - und wird als Horrorszenario nur noch übertroffen, wenn diese Allianz sich dem auf Russland und China basierenden asiatischen Energie- und Sicherheitsverbund anschließt.

Warum?
Das wichtigste Ziel der US-Außenpolitik seit dem 2. Weltkrieg besteht darin, die Kontrolle über das Erdöl in der Golfregion zu erlangen und zu behalten. Über jene Quelle also, deren Besitz den USA die Veto-Macht über ihre Industrie-Rivalen gibt und ein entscheidendes Druckmittel gegenüber Europas und Asiens Ökonomien ist, wie einst Sicherheitsberater Zbygniew Brzezinski befand.

Zu dieser Ölregion gehört Iran. Werden die USA tatsächlich Militärschläge gegen Iran starten - trotz der Schwierigkeiten im Irak?
US-Militärs und die Geheimdienste lehnen solche Militärschläge gegen den Iran angeblich ab. Doch die kleine Clique der Politikplaner in Washington besteht aus Leuten, die zum Äußersten entschlossen sind und die über eine enorme Macht verfügen. Ich denke aber, dass sie eher zu subversiven Methoden greifen und sepa-

ratistische Bewegungen im Iran unterstützen. Vor allem in Arabisch Khuzestan, wo sich die größten Erdöllagerstätten des Iran befinden. Ein solches Handeln wird negative Konsequenzen für die Stabilität der Region und der Welt haben.

Wieso ruft der aggressive Kurs der USA kaum Reaktionen hervor? Die Friedensbewegung blieb während des Libanon-Krieges passiv.
Diese Passivität war schockierend, aber nicht erstaunlich. Ein Grund dafür ist sicher die tief verwurzelte imperiale Mentalität im Westen. Die Vorwände, unter denen die USA und Israel den Libanonkrieg führten, wurden deshalb einfach akzeptiert.

Wie erklären Sie sich das?
Es gibt diejenigen, die über einen privilegierten Zugang zu Informationen verfügen. Ihnen eigen ist jedoch diese imperiale Mentalität, die eine unsichtbare, aber zentrale Komponente der herrschenden intellektuellen und moralischen Kultur ist. Ein Prinzip dieser Mentalität ist die Sicht: Die Verbrechen, die wir an den anderen begehen, werden als normale Vorkommnisse gesehen und als solche toleriert. Alles aber, was uns im Westen von den anderen angetan wird, wird als strafwürdiges Verbrechen eingestuft und muss geahndet werden.

Und die Normalbürger?
Die meisten Bürger wissen nicht, was in ihrem Namen und mit ihrer stillschweigenden Billigung tatsächlich geschieht und warum. Sie können es auch nicht wissen - es sei denn, sie beginnen danach zu suchen oder schließen sich Organisationen an, die sich den doktrinären Zwängen nicht unterwerfen. Diese Erklärung für die Passivität soll natürlich keine Rechtfertigung sein. Es ist vielmehr eine Anklage gegen jene, die die entscheidenden Fakten kennen oder wissen könnten - und trotzdem nichts tun.

Die Fragen stellte Martina Doering.
Berliner Zeitung, 25.08.2006

Uri Avnery

Das Hauptergebnis des Libanon-Krieges ist Hass

Amerikas Rottweiler gegen den Dobermann des Iran

28.08.2006

In seiner letzten Rede, die so viele Menschen verärgerte, äußerte der syrische Präsident Bashar al-Assad einen Satz, der Aufmerksamkeit verdient: "Jede neue arabische Generation wird Israel mehr hassen als die vorhergehende." Von allem, was bis jetzt über den 2. Libanonkrieg gesagt wurde, ist dies vielleicht der wichtigste Satz.

Das Hauptergebnis dieses Krieges ist Hass. Die Bilder von Tod und Zerstörung im Libanon kamen in jedes arabische Haus, vielleicht in jedes muslimische Haus, von Indonesien bis Marokko, vom Jemen bis zu den muslimischen Gettos in London und Berlin. Nicht nur eine Stunde lang, nicht nur einen Tag lang, sondern während 33 aufeinander folgenden Tagen, Tag für Tag und Stunde um Stunde. Die verstümmelten Leichen der Babys, die weinenden Frauen über den Ruinen ihrer Häuser, die israelischen Mädchen, die "Grüße" auf Granaten schrieben, die dann auf libanesische Dörfer abgeschossen werden sollten. Ehud Olmerts Geplapper über "die moralischste Armee der Welt", während auf den Bildschirmen Leichenberge gezeigt wurden.

Die Israelis ignorierten diese Szenen, die tatsächlich kaum auf unsern Bildschirmen gezeigt wurden. Wir konnten sie natürlich bei Al-Dschasira und auf einigen westlichen Kanälen sehen. Aber die Israelis waren viel zu sehr mit den Zerstörungen beschäftigt, die in unsern nördlichen Städten angerichtet worden waren. Gefühle des Mitleids und Empathie für Nicht-Juden sind hier seit langem abgestumpft.

Aber es ist ein schrecklicher Fehler, die Ergebnisse dieses Krieges zu ignorieren. Es ist bei weitem wichtiger als die Stationierung von ein paar Tausend europäischer Soldaten an unserer Grenze mit dem freundlichen Einverständnis der Hisbollah. Dies mag noch Generationen von Israelis beunruhigen, auch wenn die Namen von Olmert und Halutz längst vergessen wurden und sogar Nasrallah sich nicht mehr an den Namen von Amir Peretz wird erinnern können.

(…) Vor 59 Jahren - zwei Monate vor unserm Unabhängigkeitskrieg - veröffentlichte ich eine Broschüre mit dem Titel "Krieg oder Frieden in der semitischen Region". Die Einleitungsworte lauteten:

Als unsere zionistischen Väter entschieden hatten, in Palästina einen "sicheren Hafen" für das jüdische Volk zu schaffen, hatten sie die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Sie konnten in Kleinasien wie europäische Eroberer erscheinen, um einen Brückenkopf der "Weißen" zu bilden und sich den Eingeborenen wie Herrenmenschen zu verhalten - eben wie die spanischen Konquistadoren oder die angelsächsischen Kolonisten in Nordamerika. So hatten sich die Kreuzfahrer in Palästina verhalten.

Die andere Möglichkeit wäre die: sich als asiatisches Volk zu betrachten, das wieder zurückkommt, ein Volk, das sich als Erbe des politischen und kulturellen Erbes der semitischen Rasse sieht und das bereit ist, sich den Völkern der semitischen Region im Kampf gegen die europäische Ausbeutung anzuschließen.

Wie nur zu gut bekannt ist, wählte der Staat Israel, der ein paar Monate später gegründet wurde, den ersten Weg. Er reichte der französischen Kolonialmacht die Hand und versuchte Großbritannien zu helfen, an den Suezkanal zurückzukehren, und seit 1967 ist es der kleine Bruder der Vereinigten Staaten geworden.

Das war unvermeidbar gewesen. Im Laufe der Jahre gab es immer wieder Anzeichen dafür, dass das Immunsystem der arabisch-muslimischen Welt damit begann, das Transplantat (Israel) aufzunehmen - wie ein menschlicher Körper das Organ eines nahen Verwandten annimmt - und uns zu akzeptieren. Solch ein Anzeichen war der Besuch von Anwar Sadat in Jerusalem. Auch der Friedensvertrag, der mit König Hussein, einem Nachkommen des Propheten Mohammed, geschlossen wurde. Und vor allem die historische Entscheidung Yassir Arafats, des Führers des palästinensischen Volkes, mit Israel Frieden zu machen.

Aber nach jedem großen Schritt vorwärts kam ein israelischer Schritt zurück. Es ist so, als ob das Transplantat die Akzeptanz des Körpers ablehne. Als ob es sich daran gewöhnt habe, zurückgewiesen zu werden, und nun alles dafür tut, den Körper dahin zu bringen, es noch heftiger zurückzuweisen.

Auf diesem Hintergrund sollte man die von Assad jr. nach dem letzten Krieg geäußerten Worte abwägen - er ist selber ein Teil der neuen arabischen Generation.

Kampf der Kulturen

Alle von unserer Regierung anvisierten Kriegsziele haben sich zwar eines nach dem anderen in Luft aufgelöst - nun wurden neue Gründe aufgetischt: "Der Kampf der Kulturen", die große Kampagne der westlichen Welt und ihre hochnäsigen Werte gegen die barbarische Finsternis der islamischen Welt.

Das erinnert einen natürlich an die Worte Theodor Herzls, des Gründers des modernen Zionismus, die er vor 110 Jahren im Gründungsdokument der zionistischen Bewegung ("Der Judenstaat") schrieb: *"Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen."* Ohne es zu wissen, wiederholte Olmert diese Idee als Rechtfertigung für diesen Krieg, um Präsident Bush zu gefallen.

Von Zeit zu Zeit erfindet in den USA jemand einen leeren, aber leicht verständlichen Slogan, der dann für einige Zeit den öffentlichen Diskurs beherrscht. Je dümmer der Slogan ist, um so größer sind seine Chancen, dass er für die Welt der Akademiker und der Medien ein Leitstern wird, bis ein anderer Slogan erscheint und den vorherigen ersetzt. Das letzte Beispiel ist der Slogan vom "Kampf der Kulturen", der 1993 von Samuel Huntington geprägt wurde.

Was für ein "Kampf" besteht zwischen dem muslimischen Indonesien und dem christlichen Chile? Welch ewiger Kampf besteht zwischen Polen und Marokko? Was verbindet Malaysia mit dem Kosovo, zwei muslimischen Staaten? Oder zwei christliche Staaten wie Schweden und Äthiopien?

In welcher Weise sind die Ideen des Westens erhabener als die des Ostens? Die Juden, die den Flammen der Ketzerverbrennung der christlichen Inquisition in Spanien entronnen sind, wurden mit offenen Armen vom muslimisch-ottomanischen Empire aufgenommen. Der in einem der kultiviertesten europäischen Völker demokratisch als Führer gewählte Adolf Hitler beging den Holocaust - ohne dass der Papst protestierend seine Stimme erhob.

In welcher Weise sind die geistigen Werte der Vereinigten Staaten, der Großmacht des Westens, denen von Indien und China, den aufstrebenden Mächten des Ostens, überlegen? Huntington war gezwungen, selbst zuzugeben: *"Der Westen gewann die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen oder Werte oder der Religion, vielmehr durch seine Überlegenheit, organisierte Gewalt anzuwenden. Die Euro-Amerikaner vergessen oft diese Tatsache - der Rest der Welt nicht."* Auch im Westen erlangten die Frauen erst im 20. Jahrhundert das Wahlrecht, und die Sklaverei wurde erst in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts abgeschafft. Und in der führenden Nation des Westens erhebt der Fundamentalismus jetzt sein Haupt.

Um Gottes willen, welches Interesse haben wir, bei diesem eingebildeten "Kampf" freiwillig eine politische und militärische Vorhut des Westens zu sein?

Die Wahrheit ist natürlich, dass diese ganze Geschichte vom " Kampf der Kulturen" nichts anderes als ein ideologischer Deckmantel für etwas ist, das keinerlei Zusammenhang mit Ideen und Werten hat: nämlich der Entscheidung der USA, die Bodenschätze der Welt, insbesondere die des Öls, zu beherrschen.

Kampf um die Vorherrschaft

Der zweite Libanonkrieg wird von vielen als Stellvertreterkrieg angesehen. Das soll heißen, dass die Hisbollah der Dobermann des Iran und wir der Rottweiler der USA sind. Die Hisbollah erhält ihr Geld, die Raketen und die Unterstützung von Seiten der islamischen Republik; wir erhalten das Geld, die Streubomben und die Unterstützung von den USA.

Das ist sicher übertrieben. Die Hisbollah ist eine echte libanesische Bewegung, die tief in der schiitischen Gemeinschaft verwurzelt ist. Die israelische Regierung hat ihre eigenen Interessen (die besetzten Gebiete), die nicht von Amerika abhängen. Aber zweifellos stecken in den Argumenten auch einige Wahrheiten, dass dies auch ein Stellvertreterkrieg war.

Die USA kämpfen gegen den Iran, weil der Iran eine Schlüsselrolle in der Region innehat, in der die bedeutendsten Erdölreserven der Welt lagern. Nicht nur, dass der Iran selbst auf einem großen Öllager sitzt - seine revolutionäre islamische Ideologie bedroht auch die amerikanische Kontrolle der umliegenden Ölländer. Die geringer werdenden Erdölressourcen werden für die moderne Wirtschaft immer wichtiger. Derjenige, der das Öl kontrolliert, kontrolliert auch die Welt.

Die USA würden den Iran auch dann angreifen, wenn es von Pygmäen bewohnt wäre, die der Religion des Dalai Lama anhängen würden. Es gibt eine schockierende Ähnlichkeit zwischen George W. Bush und Machmud Achmadinedschad: der eine führt persönliche Gespräche mit Jesus – der andere hat einen direkten Draht zu Allah. Aber der eigentliche Name des Spiels lautet Vorherrschaft.

Was für ein Interesse haben wir denn, in diesen Kampf mit hineingezogen zu werden? Welches Interesse haben wir als Anhänger des größten Feindes der muslimischen Welt im allgemeinen und mit Recht in der arabischen Welt im besonderen angesehen zu werden?

Wir wollen hier noch in 100, in 500 Jahren leben. Unsere grundlegendsten nationalen Interessen fordern deshalb, dass wir unsere Hände den arabischen Nationen entgegenstrecken, die uns akzeptieren, damit wir gemeinsam mit ihnen die Region wieder aufbauen. Das war vor 59 Jahren die Wahrheit und dies gilt auch für die nächsten 59 Jahre.

Kleine Politiker wie Olmert, Peretz und Halutz sind unfähig, in diesen Kategorien zu denken. Sie können kaum bis an ihre Nasenspitze sehen. Aber wo sind die Intellektuellen, die weitsichtiger sein sollten?

Bashar al-Assad mag kein großer Denker sein. Aber seine Bemerkung sollte uns gewiss sehr nachdenklich machen.

Uri Avnery ist Gründer der Friedensbewegung Gush Shalom. Der langjährige Knesset-Abgeordnete Avnery, 1923 in Beckum geboren und 1933 nach Palästina ausgewandert, gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Gestalten der israelischen Politik. Er ist durch seine kämpferisch-kritische Begleitung der offiziellen israelischen Regierungspolitik weit über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt geworden. Für sein Engagement für den Frieden im Nahen Osten sind ihm zahlreiche Auszeichnungen zuerkannt worden.

Aus dem Englischen: Ellen Rohlfs und Christoph Glanz. Vom Verfasser autorisiert

Acht Forderungen von Attac-Libanon

Offener Brief von ATTAC LUBNAN zur Einstellung der Gewalt im Libanon (14. August 2006)

Eine „Waffenruhe“ wurde dem Libanon und Hisbollah auferlegt und durch den UN-Sicherheitsrat am 12. August 2006 ratifiziert, einen Monat nachdem Israel seine rücksichtslose und rachsüchtig benannte „Operation gerechte Belohnung“ begann. Israels Missachtung für libanesisches und palästinensisches Leben während des vergangenen Monats führte zum Tod von 1.110 unschuldigen Zivilisten, 3.698 Verletzten und - nach offiziellen Angaben - der Flucht von 980.393 Menschen, mehr als einem Viertel der Bevölkerung des Libanon.

Die finanziellen Kosten gehen in die Milliarden und werden das Wachstum und die Entwicklung für die nächsten zehn Jahre beeinträchtigen. Sie haben die Lebensgrundlage von Zehntausenden der ärmsten libanesischen Staatsbürger zerstört. Gegen die libanesische Bevölkerung wurden verbotene chemische und thermische Waffen als auch zwei Tonnen schwere, mit abgereichertem Uran versehene Bomben eingesetzt. Eine durch israelische Bombardierung verursachte Ölpest hat zu einer enormen Umweltkatastrophe geführt, die möglicherweise das maritime Ökosystem für immer schädigt.

Es ist ein Trauerspiel, dass es die westlichen und arabischen Regierungen nicht wagten, Israel entgegen zu treten, das getreulich die imperialistische Agenda von Bush im Nahen Osten durchführte. Beschämend war auch, wie nahtlos die Zusammenarbeit zwischen westlichen und vielen arabischen Medien einerseits und den israelischen und US Propagandamaschinen andererseits klappte.

Während ATTAC LUBNAN die reaktionäre und sektiererische Politik von Hisbollah zurückweist, unterstützen wir das Recht aller Libanesen auf **Widerstand gegen die israelische Besatzung** als auch das Recht aller Libanesen, sich selbst mit allen erforderlichen Mitteln gegen zionistische Aggression zu verteidigen.

ATTAC LUBNAN verurteilt Israels Anwendung von Terror im Libanon als ein Mechanismus für politische Ziele. Die zwei entführten Soldaten als Vorwand nehmend war Israels Offensive kein „Krieg gegen Terror“ sondern ein berechneter **Terrorkrieg**. Seine illegale Anwendung unproportionaler Gewalt im Libanon zielte darauf ab, **die neoliberale libanesische Regierung** zu zwingen, eine offensichtlich ineffektive und schwache libanesische Armee an die Front zu schicken. Israel schuf eine humanitäre Krise, massenhaftes Leiden und die Zerstörung der Wirtschaft des Landes, um politische Ziele zu erreichen, nämlich den politischen Prozess hin zur „Normalisierung“ zwischen den beiden Staaten zu erzwingen. Durch die Anwendung von Terror hat Israel eklatant kollektive Bestrafung und unverhältnismäßige Vergeltung (nicht Selbstverteidigung) ausgeübt. Damit verletzte Israel die Artikel 50 der Haager Konvention, Artikel 33 der 4. Genfer Konvention und Artikel 75 des Protokolls zu den Genfer Konventionen.

Daher:

1) Ruft ATTAC LUBNAN die internationale Gemeinschaft und das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal dazu auf, darauf zu drängen, Ehud Olmert und Amir Peretz als auch die hochrangigen Offiziere der israelischen Armee, Luftwaffe und Marine wegen **Kriegsverbrechen** und krimineller Nachlässigkeit im Libanon und wegen Verletzung der Menschenrechtskonventionen und des internationalen Rechts sowohl im Libanon als auch in Palästina anzuklagen.

2) Ruft ATTAC LUBNAN die internationale Gemeinschaft auf, alle israelische Güter, Dienstleistungen, Produkte, kulturellen und akademischen Organisationen und Veranstaltungen nebst allen Firmen und Organisationen, die weiterhin Geschäftsbeziehungen mit Israel haben, zu **boykottieren**. Dieser Boykott wird aufrechterhalten, bis Israel
- wegen Kriegsverbrechen und krimineller Fahrlässigkeit angeklagt ist;
- alle besetzten Gebiete in Palästina, Libanon und Syrien zurückgegeben hat;
- Wiedergutmachung zahlt an die Familien der unschuldigen Männer, Frauen und Kinder, die sie kaltblütig ermordet haben;
- für den vollständigen Wiederaufbau der Infrastruktur und Besitztümer zahlt, die es während seiner kriminellen Invasion des Libanon als auch der Belagerung des Gazastreifens zerstörte;

3) ATTAC LUBNAN weist die **Resolution 1701** des UN-Sicherheitsrates zurück als einen unterschwelligen Kontrollmechanismus für Israel und die Vereinigten Staaten, die wahlweise die Sicherheitsratsresolutionen je nach ihrem Willen anwenden und erzwingen. 1701, wie 1559, ist eine **Verletzung der Souveränität des Libanon** und entzieht den Libanesen unfairerweise das Recht auf Selbstverteidigung und auf die Befreiung ihres Territoriums und der Bürger, die illegal durch Israel eingekerkert sind.

4) ATTAC LUBNAN fordert den sofortigen **Rücktritt der libanesischen Regierung** einschließlich des Präsidenten, des Premierministers, und des Kabinetts, deren inkompetente Behandlung der Invasion und der Flüchtlingskrise das Leiden von Millionen Libanesen verstärkte. Zusätzlich sollten alle hochrangigen Militäroffiziere wegen Vernachlässigung ihrer Dienstpflicht entlassen werden und ihre Ränge und Pensionen sollten eingezogen werden.

5) ATTAC LUBNAN ruft die Regierung dazu auf, sofort allen bewohnbaren, unbewohnten Raum in Beiruts Stadtgebiet und in öffentlichen Arenen wie Biel und dem Beirut-Forum für **Flüchtlinge** zu öffnen. Tausende von Quadratmeter stehen leer und wurden auf Kosten der libanesischen Steuerzahler renoviert und gebaut. Wir fordern, dass diese Räume als vorübergehende und - falls erforderlich - ständige Behausung für Flüchtlinge genutzt werden, deren Heimstätten zerstört wurden.

6) ATTAC LUBNAN ruft die Regierung dazu auf, alle Hilfe von Großbritannien und den USA zurückzuweisen als auch ihre **Botschafter auszuweisen**.

7) ATTAC LUBNAN ruft die libanesische Regierung dazu auf, seine Armee und alle internen Sicherheitskräfte **aufzulösen**. Da diese **Armee** und die Sicherheitskräfte unfähig waren, den Libanon zu vereidigen, bestehen wir darauf, dass die Regierung alles militärische Personal, die gesamte Finanzierung und Ausrüstung in eine humanitäre und helfende Agentur einbringt. Wieder rekrutierte Soldaten und Offiziere werden zerstörte Heimstätten und Fabriken wieder aufbauen. Sie können helfen, zerstörte Felder wieder zu bepflanzen und die Ernten einzubringen, die wegen der israelischen Aggression unzugänglich waren.

8) ATTAC LUBNAN fordert **eine multinationalen Streitmacht, die innerhalb Israels an den Grenzen zum Libanon, zur Westbank und zu Gaza eingesetzt werden** soll als auch in den immer noch von Israel illegal besetzten Gebieten einschließlich der Shebaa Farms, Kfar Shuba, dem Golan und dem größten Teil der Westbank. Diese multinationale Streitmacht sollte aus Truppen Venezuelas, Brasiliens, Indonesiens, China oder einiger blockfreier Länder bestehen. Diese multinationale Streitmacht wird dafür verantwortlich sein, auf der israelischen Seite der Grenze zu patrouillieren, um die Libanesen und Palästinenser vor dem zionistischen Staat mit seinen nachgewiesenenermaßen offensiven militärischen Aggressionen zu schützen.

ATTAC LUBNAN dankt auch den Tausenden von Genossen überall auf der Welt, mit besonderem Dank an unsere Brüder und Schwestern in Ägypten, Irak, Marokko, Tunis, Schweiz, Belgien und Frankreich für die überwältigende Bekundung von Solidarität und Unterstützung. Wir werden in unserem Kampf standhaft bleiben.

Stephen Sheehi, ATTAC LUBNAN Lebanon

Erklärung von Via Campesina, die an der libanesischen Solidaritätsmission teilgenommen hat

16. August 2006

La Via Campesina ist eine internationale Organisation, die sich die Verteidigung von Kleinbauern, Fischern und Fischerinnen, Landlosen und Landarbeitern zur Aufgabe gemacht hat. Diese Bewegung umfasst über 130 Organisationen und repräsentiert dutzende Millionen Bauern. Sie kämpft gegen das neoliberale Globalisierungsmodell, das wirtschaftliche Interessen über sozial- und umweltrelevante Konditionen stellt.

La Via Campesina hat mit zwei Delegierten* an einer internationalen Solidaritäts-Mission für die Menschen im Libanon teilgenommen. Die Mission wurde als Antwort auf die Aufrufe verschiedener libanesischer Organisationen ins Leben gerufen. Zwölf Repräsentanten sozialer Bewegungen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Verbänden nehmen zusammen mit Parlamentsabgeordneten an dieser Mission teil.

La Via Campesina war im Libanon, um sich dort mit den sozialen Bewegungen zu treffen, das Gebiet zu besichtigen und die schrecklichen Konsequenzen dieses Kriegs für die Bevölkerung zu bezeugen und bekannt zu machen. Zudem wollen wir die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit der Zerstörung ihres Landes und den dramatischen Auswirkungen für die Bevölkerung konfrontiert sind, direkt unterstützen. La Via Campesina ist besonders beunruhigt über die Konsequenzen für Kleinbauern und Landarbeiter im Südlibanon, die von diesem Konflikt schwerstens getroffen wurden.

Die Delegation hat sowohl verschiedene politische Parteien, die den Widerstand im Libanon unterstützen, als auch die Hisbollah getroffen. Weitere Treffen haben stattgefunden mit libanesischen Sozialbewegungen (Kriegsgegner, Umweltschutzorganisationen,...), dem Staatspräsidenten Emile Lahoud und Repräsentanten des Komitees für Äußere Angelegenheiten im Libanesischen Parlament sowie Mitgliedern der von Parlamentspräsident Nabil Berri geführten Gruppe.
Die Delegation hat die schwer zerbombten Vororte Beiruts besucht. Zwei Stunden nach Abreise der Gruppe fanden weitere Bombardierungen statt. Die Delegation traf Verwundete in einem Krankenhaus und Flüchtlinge, die in einer Schule Schutz gesucht hatten.

Ein Teil der La Via Campesina Delegation hat die Feuerpause genutzt, um sich im etwa 40 km südlich von Beirut liegenden Saida mit Kleinbauern der libanesischen Landarbeitervereinigung zu treffen.

Alle politischen Verbände und Organisationen, die wir getroffen haben erklären nachdrücklich, dass der israelische Angriff nichts mit der Entführung der zwei Soldaten durch die Hisbollah zu tun hatte sondern bereits vor Monaten von den Vereinigten Staaten und deren regionalem Verbündeten Israel geplant worden ist und lediglich ein Vorwand für den Angriff gebraucht wurde.

Wir konnten feststellen, dass eine große Mehrheit der libanesischen Bevölkerung für den bewaffneten Widerstand ist, hauptsächlich durch die Hisbollah, aber auch durch andere Gruppierungen. Die Zivilbevölkerung leistet zudem durch ihren Zusammenhalt in Krisenzeiten aktiven Widerstand – wodurch der Spaltung der libanesischen Gesellschaft als einem der Ziele dieses Angriffs die Stirn geboten wird. Ihr Widerstand drückt sich auch in dem Willen aus, dem Kriegschaos mit der Mobilisierung solidarischer Hilfe für Millionen heimatloser Menschen und mit Präventivmassnahmen in geschlossener Front entgegenzutreten, was dem gesamten Land eine noch schwerwiegendere humanitäre Katastrophe erspart hat.

Es gibt im Libanon nur einen einzigen allgemeinen, konfessionell ungebundenen und politisch unabhängigen Kleinbauernverband. Der besagte libanesische Landarbeiterverband hat uns über die Verwüstung des Südlibanon durch die Bombardierungen aufgeklärt. Bis zu 70% des Viehbestands und der Felderträge (Schafe, Ziegen, Kühe, Bananen, Kaffee, Tabak etc.) ebenso wie zahlreiche Häuser, wenn nicht sogar ganze Dörfer, wurden zerstört.

La Via Campesina verficht nicht ausschließlich das Recht der Bauern auf Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität, sondern jenes aller Menschen. Aus diesem Grund und mit dem Ziel, Allianzen zu bilden, arbeitet La Via Campesina während den großen internationalen Zusammenkünften und an anderen Orten des Kampfes (wie die Mobilmachungen gegen G8, WTO, World Bank und IMF) mit der internationalen Sozialbewegung zusammen, um eine Front des Widerstands gegen neoliberale Ideologie und zur Förderung einer alternativen Politik zu bilden. Wenn Menschen wirtschaftlich oder, wie es bei den Libanesen der Fall war, militärisch angegriffen werden, muss die Antwort Solidarität und der Ruf nach Widerstand sein.
Zusammen mit Anderen aus der sozialen Bewegung verurteilt La Via Campesina den Angriff auf die Zivilbevölkerung und verlangt einen sofortigen Stopp des Krieges, den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon und die Stationierung einer friedenssichernden Truppe unter dem Befehl der Vereinten Nationen.

Alle Kampfhandlungen müssen beendet werden, um das Erreichen einer Lösung auf dem Verhandlungsweg zu erleichtern, welche die Rechte und Bedürfnisse aller von diesem Konflikt betroffenen Menschen anerkennt. Der militärische Weg kann als Lösung des Konflikts in keinem Fall akzeptiert werden. Die Rückkehr an den Verhandlungstisch zur Ausarbeitung eines Generalabkommens ist die einzige Lösung.
Alle Menschen haben das Recht, in Frieden und unter Anerkennung ihrer Grundrechte zu leben.

Gerard Durand, Confederation Paysanne France und Kari Kobberoed Brustad, NBS (Norwegian Small Holders Union) - Norwegen

Übersetzung Melanie KASTNER, coorditrad.attac.org

Attac Deutschland, 28. Juli 2006

Erklärung zum Krieg im Nahen Osten

Die Eskalation stoppen – die eigene Verantwortung erkennen!

Mit dem Krieg im Libanon verschärft sich der israelisch-arabische Konflikt dramatisch. Die Menschen in der Region sind unerträglichem Leiden ausgesetzt. Angst, Verzweiflung, Zynismus und Hass werden zunehmen. Die ganze Region wird weiter destabilisiert. Das Pulverfass des „Krisenbogens" von Afghanistan über den Iran, den Irak bis zum Mittelmeer kann jederzeit explodieren.

Die politischen Lösungsansätze der vergangenen Jahre - Camp David, Roadmap, das sog. Nahostquartett – liegen unter den Trümmern von Beirut. Für die PalästinenserInnen scheint die Lage hoffnungslos. Die Perspektivlosigkeit und das Elend der besetzten Gebiete sind sichtbarer Ausdruck für das völlige Versagen der sog. „internationalen Gemeinschaft." Mehr noch: nach dem Scheitern der Konferenz von Rom und den jüngsten Auseinandersetzungen im UN-Sicherheitsrat liegt auf der Hand, dass die dafür Verantwortlichen zur Eskalation der Gewalt beitragen.

Wenn attac als Netzwerk für globale Demokratie und die globalen sozialen Rechte aller sich für ein sofortiges Ende der Gewalt im Nahen Ost ausspricht, dann nicht, weil der israelisch-arabische Konflikt der einzige dieser Welt wäre. Religiös, nationalistisch oder rassistisch motivierte Gewalt gibt es überall, und die sog. „internationale Gemeinschaft" versagt nicht nur im Nahen Osten. Doch verdichten sich diese Tendenzen hier in ebenso beispielhafter wie furchtbarer Weise. Dies gilt besonders für den Versuch, die Politik dem Kalkül eines „Kampfs der Kulturen" zu unterwerfen. Dessen Verwirklichung würde jede Hoffnung auf einen allen Menschen geltenden Frieden, auf weltweite Gerechtigkeit und Demokratie auslöschen.

Uns ist bewusst, dass die Geschichte dieses Konflikts im Terror des deutschen Faschismus eine ihrer wirkungsmächtigsten Ursachen hat.

Die Eskalation stoppen

Gewalt, Terror und Faustrecht bringen keine Lösung, sondern schaffen immer neue Probleme. Es ist höchste Zeit, aus der Logik von Rache und Vergeltung auszusteigen. Wer in dem Konflikt, der tagtäglich das Überleben der Menschen im Nahen Osten bedroht, auf Sieg statt auf Verständigung, auf einseitige Parteinahme statt auf Vermittlung setzt, bleibt in der Spirale der Gewalt gefangen. Es geht uns nicht um wohlfeile Neutralität und schon gar nicht um ein feiges „Sowohl-als-Auch". Im Gegenteil. Doch wir sind überzeugt, dass die sofortige Unterbrechung der Gewalt die erste und unumgängliche Voraussetzung einer Lösung ist. Das erfordert den größten Mut. Mehr als ein Luftangriff oder ein Selbstmordattentat.

Die israelische Regierung missachtet das Völkerrecht und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit

Mit ihrem Krieg gegen den Libanon bricht die israelische Regierung Völkerrecht. Mit der Bombardierung der Zivilbevölkerung, der gezielten Vertreibung der Menschen schiitischen Glaubens und der systematischen Zerstörung der Infrastruktur im Libanon und Gaza missachtet sie auf eklatante Weise das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Kaum deutlicher könnte gezeigt werden, wie asymmetrisch der Konflikt im Nahen Osten ist. Diese Asymmetrie ist selbst eine wesentliche Triebkraft dafür, dass die Gewalt sich immer aufs Neue reproduziert.

Chancen für eine politische Lösung und eine Verständigung mit den arabischen Nachbarn werden damit völlig zunichte gemacht. Ein Leben in Sicherheit, das allein der Waffengewalt vertraut, ist auf Dauer ebenso unerträglich wie illusorisch - in Israel so wie überall.

Die Gewalt der Hisbollah kann nicht hingenommen werden

Aber auch die Gewalt der Hisbollah kann nicht hingenommen werden. Auch sie trifft gezielt ZivilistInnen, übrigens nicht nur in Israel. Sie ist Ausdruck eines religiösen Fundamentalismus, der zutiefst antiemanzipatorisch ist. Er richtet sich gegen alle, denen an einem friedlichen Zusammenleben und an gleichen Rechten für alle Menschen gelegen ist. Doch auch hier gilt: Ein Ende der Gewalt kann nicht durch einseitige Parteinahmen und schon gar nicht durch Dämonisierungen erreicht werden. Es gilt, jedem religiös aufgeladenen Rassismus entgegenzutreten - und denen, die dessen Gewalt direkt oder indirekt für sich funktionalisieren. Unter den gegebenen Umständen schließt das Verhandlungen allerdings nicht aus, sondern ausdrücklich und zwingend ein. Ohne solche Verhandlungen wird auch die eventuelle Entsendung einer UN-Friedenstruppe ihr Ziel nicht erreichen können. Die unumgängliche Einbeziehung der Hisbollah wie der sie deckenden Regime in solche Verhandlungen setzt allerdings voraus, dass die Gewalt auch von ihrer Seite eingestellt wird.

Imperiale Interessen der USA

Die Bush-Administration gibt der Regierung Israels Flankenschutz. Allerdings nicht so sehr aus Verantwortung für die Menschen in Israel, sondern aus imperialem Eigeninteresse. Strategische Dominanz und der Zugriff auf die Ölressourcen in der Region sind zwar nicht die einzigen, wohl aber die leitenden Handlungsmotive der Supermacht.

Washington nimmt die Gewalt der Hisbollah zum Anlass, ihren „Krieg gegen den Terror" auszudehnen und den „Kampf der Kulturen" erst zu schaffen, gegen den er sich vorgeblich richtet. Mehr noch: das Denken in Schwarz-Weiß-Kategorien von Gut und Böse verbindet diese Regierung gerade mit der religiös-fundamentalistischen Gewalt überall auf der Welt.

Die Bundesregierung hat einseitig Partei ergriffen

Die Bundesregierung äußert „Verständnis“ für das israelische Vorgehen. Obwohl klar war, dass mit solcher „Terrorbekämpfung“ die Menschen im Libanon wie in Israel zu Geiseln der Gewaltakteure auf beiden Seiten gemacht werden, wurde die humanitäre Katastrophe in Kauf genommen. Diese Haltung ist Teil der gesamtwestlichen Nahost-Politik, die - mit graduellen Unterschieden - einseitig zugunsten der israelischen Regierung Partei ergreift. Gleichzeitig ist sie Ausdruck für eine stärkere Ausrichtung der deutschen Außenpolitik an der imperialen Strategie der USA.

Der Schulterschluss erfolgt nicht unter Zwang, sondern aus dem, was diese Regierung „wohlverstandenes deutsches Eigeninteresse“ nennt. Der entschiedene Widerspruch gegen diese Politik ist eines unserer Hauptziele. Nicht, weil wir das „deutsche Interesse“ besser verstünden, sondern weil wir als globalisierungskritisches Netzwerk in Deutschland den inneren Zusammenhang von Globalisierung und Krieg zugleich lokal und global und deshalb zuerst hier aufdecken und ihm entgegentreten wollen.

Das schließt auch ein, sich für die bedingungslose Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Libanon einzusetzen, denen nicht nur der sich christlich nennende bayerische Staatsminister Beckstein die Einreise in Deutschland verweigern will. Der religiös verbrämte Rassismus ist keine Spezialität des Nahen Ostens, und kein Rassismus ist schlimmer als der, den man im eigenen Alltag bekämpfen muss.

Die Gewalt der Globalisierung

Die religiös-fundamentalistische Gewalt hat ihre Wurzeln in der langen und komplexen Geschichte des Konflikts. Der fünfzigjährige Krieg hat die säkularen Strukturen und ihre Glaubwürdigkeit fast vollständig zerstört. Doch ist solche Gewalt kein bloß nahöstliches Problem, sondern eine der Folgen des weltweiten Rollback gegen säkulare emanzipatorische Bewegungen und Perspektiven. Sie ist zugleich eine Konsequenz der neoliberalen Globalisierung selbst, des von ihr hervorgerufenen massenhaften Elends und der wachsenden Ausgrenzung von Millionen und Abermillionen. Immer mehr Menschen werden um jede soziale Perspektive, um ihre Rechte und sogar – gerade im Nahen Osten - um die Mittel eines Überlebens in Armut gebracht. Unter dem Druck der neoliberalen Verelendung und Entrechtung scheint vielen die Flucht in religiös aufgeladenen Nationalismus und Rassismus die letzte Möglichkeit politischer Selbstbehauptung zu sein. Diesem Irrtum verfallen übrigens nicht nur die „Verlierer“ der Globalisierung und nicht nur Menschen islamischer Traditionen, sondern auch deren „Gewinner“, die mehrheitlich christlichen Traditionen entstammen.

Existenzrechte

Die Anerkennung des Existenzrechts Israels, die Anerkennung des Rechts der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung und die gegenseitige Anerkennung des gleichen Rechts aller auf Sicherheit durch alle Konfliktparteien ist die politische Grundbedingung eines Friedensprozesses.

In eigener Sache

Als BürgerInnen eines der mächtigsten Länder des Westens sind wir nicht von Bomben und Raketen bedroht. Die Eskalation der Gewalt aber lässt uns in gleicher Weise ohnmächtig zurück wie die Menschen in Israel, im Libanon und in Palästina, die dort für Frieden, Demokratie und die Gleichheit der Rechte aller streiten.
Wenn wir im folgenden einige nach unserer Wahrnehmung und Auffassung unverzichtbare Forderungen zur Lösung des Nahost-Konflikts nennen, müssen wir auch von dieser Ohnmacht sprechen.
Wenn die zunehmende Gewalt und die wachsende Verelendung Nationalismus, Rassismus, Fundamentalismus und einen angeblichen „Kampf der Kulturen“ scheinbar plausibel werden lassen, dann werden die Chancen für eine andere Welt umso geringer. Je auswegloser das Politische in ethnische, nationale, rassistische Kategorien gezwungen wird, in desto weitere Ferne rückt die Befreiung von Unterdrückung, Ausbeutung, Ausgrenzung.
Eine andere Welt aber kann nicht von Regierungen eingefordert, sie muss erstritten werden. Hier, in Israel, im Libanon und in Palästina, nicht von oben, sondern von unten, von uns. Deshalb machen Forderungen an die kriegführenden Mächte und ihre Verbündeten nur Sinn, wenn unsere Solidarität mit den Opfern praktisch wird. Das führt über Erklärungen wie diese, über Appelle an Minister und Generäle hinaus

Wir selbst sind es, die zur solidarischen Zusammenarbeit und zum offenen Austausch mit denen aufgefordert sind, die sich vor Ort gegen den Krieg und die Ursachen des Krieges wehren, in Israel, im Libanon, in Gaza und der Westbank. Wir sind es, die unmittelbar auch zur materiellen Unterstützung derer aufgeordert sind, die im Augenblick zunächst einmal die humanitäre Katastrophe abzuwehren suchen. Dabei spielt die Zeit so lange gegen uns, als Bomben und Raketen auf den Libanon, auf Israel und auf Gaza niedergehen. Deshalb kommt dem Ende der Gewalt höchste Dringlichkeit zu: auch wenn ein Ende der Gewalt noch lange keinen Frieden bedeuten wird.

Von den Kriegsparteien fordern wir:
einen sofortigen Waffenstillstand,
die Respektierung von Völkerrecht und Menschenrechten,
den sofortigen Beginn von Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch.

Von der Bundesregierung:
sich eindeutig und unmissverständlich zur Unverletzlichkeit der libanesischen Grenzen zu bekennen,
jegliche Rüstungslieferungen incl. atomwaffenfähiger U-Boote in die Region sofort zu stoppen,
Unterstützung einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Nahost“ (KSZNO) bei der alle Konfliktparteien vertreten sein müssen, einschließlich der palästinensischen Autonomiebehörde, der Hisbollah, der libanesischen Regierung, Syrien und Iran. Ziel ist eine systematische Abrüstung und eine atomwaffenfreie Zone in Nahost,
ein humanitäres Sofortprogramm für die Verletzten, Obdachlosen und Flüchtlinge im Libanon.

Éric Toussaint, Damien Millet (CADTM)

Libanons Schulden annulieren!

Israel muss Wiedergutmachung leisten

Der Libanon hat eben einen Monat mörderischer Konflikte durchgemacht. Mehr als 1100 Personen haben im Verlauf der Angriffe und blindwütigen Anschläge der israelischen Armee den Tod gefunden. Ein Drittel der Opfer waren Kinder unter 12 Jahren. Rund eine Million Menschen sind geflohen. Das menschliche Leid, das angerichtet wurde, ist unsagbar.

Der auslösende Funke war die Geiselnahme zweier israelischer Armeeangehöriger durch die Hizbollah, die schiitische Partei des Libanon, welche eine umfangreiche Miliz im Süden des Libanon unterhält. Aber der Gegenschlag der Tsahal, der israelischen Armee, war bar jeder Verhältnismäßigkeit. Zweifellos hat sich Tsahal hier mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten als eine *Massenvernichtungswaffe* verhalten.

Der noch unsichere Waffenstillstand erlaubt es, dem engen Korsett der Gegenwart zu entfliehen und einen Blick in die Zukunft zu wagen. Ob er eingehalten wird oder nicht: der Libanon muss sich früher oder später wieder aufbauen. **Die Schäden werden aktuell auf 2.5 Milliarden Dollars geschätzt**, worunter rund 150 zerstörte Brücken und ein Ölteppich zählen, der durch das Auslaufen von 15000 Tonnen Schweröl entstanden ist (schlimmer also als die Katastrophe des Tankers Erika in den französischen Küstengewässern 1999) und schon 140 km Küstenstreifen verseucht hat.

Laut Zahlen der Weltbank erdrückte **schon lange vor Kriegsbeginn** gigantische **Auslandschulden** den Libanon: 22,2 Milliarden Dollar Ende 2004 auf 3,5 Millionen Einwohner. Das bedeutet mehr als 6260 Dollar pro Einwohner; hinzu kommen interne Schulden in derselben Größenordnung, was summa summarum eines **der pro Einwohner höchstverschuldeten Länder der Welt** ergibt. Im Jahr 2004 hat der Libanon **4,4 Milliarden Dollar Zinsen** für die Auslandsschulden hingeblättert.

Schon vor dem Krieg war der Libanon in einer sehr schwierigen Finanzlage. Seine Gläubiger (an erster Position Saudi Arabien und Frankreich) mussten sich im November 2002 in Paris zusammensetzen, um einen Ausweg zu suchen: zu dieser Zeit hatten sie 4.3 Milliarden Dollar im Tausch gegen eine Modernisierung des Steuersystems und einen neuen Privatisierungsrunde versprochen. Die **Verschuldung** hat es also erlaubt, die **Verstärkung einer neoliberalen Politik** durchzudrücken, die für die reichen Libanesen, die ausländischen Investoren und Großunternehmen so vorteilhaft ist.

In Zukunft wird sich der Libanon, um sich wiederaufbauen zu können, noch stärker auf ausländisches Kapital stützen müssen. Das führt zur Erhöhung der Auslandschulden und in deren Folge zu weiteren *strukturelle Wirtschaftsanpassungmaßnahmen*.

Das libanesische Volk hat bereits einmal auf dramatische Weise bezahlt: mit dem eigenen Leben, dem der Angehörigen, mit der Zerstörung seiner Häuser, Gebäude und seiner Infrastruktur. Es darf nicht ein zweites Mal bezahlen, indem es für die Finanzierung seines Wiederaufbaus geschröpft wird.

Schon Palästina muss den **israelischen Staatsterrorismus** erdulden, dessen humanitäre und finanzielle Kosten enorm sind.

Schon der Irak erleidet seit März 2003 eine illegale militärische Aggression seitens der Vereinigten Staaten und derer Allierten, die das Land beherrschen, seiner Wirtschaft einen neoliberalen Kurs auferlegen und es zum Vorteil der großen multinationalen Konzerne, Banken und Fonds aus dem Norden in die Überschuldung treiben.

Palästina, Irak, Libanon sollten ihren *Aggressoren* die Rechnung präsentieren. Die sozialen Bewegungen müssen Druck auf die internationale Gemeinschaft ausüben, damit in diesem Sinne Fortschritte gemacht werden.

Für den Libanon bleibt eine gangbare Lösung bestehen in der **sofortigen Annullierung der Schulden** und der Schaffung eines Wiederaufbaufonds, der von den **Wiedergutmachungszahlungen von Seiten Israel** gespeist wird. Hinzukommen muss ein Beitrag der USA, die den Staat Israel unterhalten und finanzieren. Erst dann wird es möglich zu sagen, dass dem libanesischen Volk Gerechtigkeit widerfahren ist.

URL: http://www.cadtm.org
Siehe auch „The Economist“ Nr. 32/2006

Übersetzung : Dominik WEZEL, coorditrad@attac.org.

Matthias Jochheim (IPPNW)

Aufhören zu wispern! Endlich mit klarer Stimme sprechen!

Krieg im Nahen Osten - und darüber hinaus

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode

I. Zur Legitimität des Kriegs in Libanon und Gaza:

Die Fernsehbilder aus dem Libanon sind überwältigend: da wird die Infrastruktur eines ganzen Landes von 3,5 Millionen Einwohnern in Schutt und Asche gelegt, ca. 1 Million Menschen zu Flüchtlingen gemacht, und eine wochenlange Militäraktion bringt nach Aussage des UN-Beauftragten mehr Kinder als bewaffnete Männer um. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Identische gleichzeitig auch in Gaza stattfindet, wo bisher mehr als 170 Menschen getötet wurden, auch da überwiegend unbewaffnete Zivilisten.
Zur Legitimation dieser Aktionen sagt die Juristenorganisation IALANA (PM vom 28.7.06):
"Zudem verletze die Art des militärischen Vorgehens Israels zentrale Grundsätze des humanitären Kriegsvölkerrechts ("ius in bello"). Der israelische Waffeneinsatz missachte das strikte Gebot der Unterscheidung zwischen Kämpfenden (Kombattanten) und der Zivilbevölkerung. Wer Bomben und Artilleriegeschosse gegen von der Zivilbevölkerung bewohnte Städte und Dörfer einsetze, handele verbrecherisch. Staatsterrorismus sei nicht weniger verwerflich als Anschläge nicht-staatlicher Akteure gegen die Zivilbevölkerung. Wenn beim Einsatz solcher Waffen nicht zwischen Kombattanten und Zivilisten unterschieden werden könne, gebe es nach dem geltenden Völkerrecht nur eine legale Konsequenz: Sie dürften nicht eingesetzt werden."

Dies gilt in Gaza und Libanon ebenso wie für die Raketenangriffe auf israelische Zivilisten, gleichgültig, ob Zahl und Wirkungen der einen nur einen Bruchteil der anderen Seite ausmachen.

Auf die Frage, ob er die israelische Kriegsführung für legal und moralisch gerechtfertigt hält, antwortet *Noam Chomsky*: Die Invasion selber ist ein schwerer Bruch internationalen Rechts, und gravierende Kriegsverbrechen werden in ihrem Verlauf begangen. Es gibt dafür keine legale Rechtfertigung. Die "moralische Rechtfertigung" liegt angeblich darin, dass die Gefangennahme von Soldaten bei einem grenzüberschreitenden Überfall, und die Tötung anderer, ein abscheuliches Verbrechen sind. Wir wissen zuverlässig, dass Israel, die Vereinigten Staaten und andere westliche Regierungen ebenso wie der Mainstream der veröffentlichten Meinung im Westen nicht ein Wort davon glauben. Es gibt ausreichend Beweise für deren langjährige Toleranz US-unterstützter israelischer Verbrechen im Libanon, einschließlich vier Invasionen vor der jetzigen, Besetzung für 22 Jahre gegen Beschlüsse des Sicherheitsrats, und regelmäßige Tötungen und Entführungen. Nur um eine Frage zu erwähnen, die jede Zeitung beantworten sollte: wann erlangte Nasrallah die Führungsrolle? Antwort: als die Rabin-Regierung ihre Verbrechen in Libanon steigerte, indem sie Scheich Abbas Mussawi und seine Frau und Kind ermordete, mit Raketen, die von einem US-Hubschrauber abgefeuert wurden. Nasrallah wurde als sein Nachfolger ausgewählt. Nur einer von unzähligen Fällen. Nach allem gibt es einen guten Grund, warum letzten Februar 70% der Libanesen sich für die Gefangennahme israelischer Soldaten zum Gefangenenaustausch aussprachen.

Die Folgerung wird dramatisch unterstrichen durch die laufende Gewaltwelle, die nach der Gefangennahme von Korporal Gilad Shalit am 25.Juni begann.
Jeder im Westen veröffentlichte "Zeitablauf" nimmt das als das Eröffnungsereignis. Aber am Tag vorher kidnappten israelische Kräfte zwei Gaza-Zivilisten, einen Arzt und seinen Bruder, und überführten sie in das israelische Gefängnissystem, wo sie mit unzähligen anderen Palästinensern zusammen kommen können, von denen viele ohne Anklage festgehalten werden - gekidnappt also. Zivilisten zu entführen ist ein viel schlimmeres Verbrechen als Soldaten zu entführen. Die westliche Antwort war ziemlich entlarvend: ein paar zufällige Kommentare, im übrigen Schweigen. Die größeren Medien machten sich nicht einmal die Mühe, zu berichten. Diese Tatsache alleine zeigt, mit brutaler Klarheit, dass es keine moralische Rechtfertigung für die scharfe Eskalation der Angriffe in Gaza oder die Zerstörung des Libanon gibt, und dass die westliche **Zurschaustellung von Empörung über Empörung über Kidnapping ein zynischer Schwindel ist.**

Abgesehen von seiner Völkerrechtswidrigkeit ist der israelische Angriff in keiner Weise geeignet, die Sicherheit Israels zu erhöhen, also ein Ende der Gewalt und friedliche Verhältnisse herbeizuführen, ganz im Gegenteil. *Uri Avnery*, Sprecher von Gush Shalom, wird nicht müde, auf die Notwendigkeit einer politischen, zwischen den Kontrahenten ausgehandelten Lösung insbesondere der palästinensischen Problematik hinzuweisen. Hierfür gibt es seit langem tragbare Vorstellungen, die aber von der israelischen Regierung systematisch hintertrieben wurden und werden. Das Schicksal des "Oslo-Abkommens" und der Bau der Mauer im Westjordanland geben dafür eindeutige Hinweise.

II. Der größere Rahmen: Ein sauberer Bruch

Die israelische Regierungspolitik ist nicht im wahren Interesse der Bürger dieses Landes, und sie bringt das gewaltige **Risiko eines noch viel ausgedehnteren Krieges** für die gesamte Nahost- und Mittelost-Region mit sich, und damit für den Weltfrieden. Trotzdem genießt sie weitgehende Unterstützung nicht nur von Seiten der US-Regierung, sondern auch der maßgeblichen EU-Mächte, allen voran GB und Deutschland.

Dies liegt daran, dass Israels Regierung und Armee als **militärische Stellvertreter die US-Militärstrategie** in der Region ausführen. Wie Frau Rice sagte: es geht um die Einrichtung eines "neuen Mittleren Osten", in diesem Zusammenhang ist der aktuelle, offenbar lange vorbereitete Krieg zu verstehen. Die Ziele dieser US-Politik wurden schon 1996 durch das "Institute for Advanced Strategic and Political Studies" mit Sitz in Jerusalem und Washington definiert in einem Dokument namens "*A clean break*", ein sauberer Bruch also. Dieses wurde für den damals neuen Ministerpräsidenten Netanyahu erarbeitet, unter Leitung von Richard Perle, dem prominenten Wortführer der Neocons in der US-amerikanischen Machtelite und einflussreichen Planer des Irak-Krieges 2003. Schon in diesem Strategiepapier wurde die Abkehr von

ausgehandelten Lösungen mit der PLO und auch mit Syrien propagiert, es wurde auf eine Politik der Stärke und militärischer Dominanz gesetzt, der Sturz von Saddam Hussein ins Visier genommen, und als Phase zwei der Angriff auf Hisbollah und anschließend Syrien und Iran als die eigentlichen Widersacher. (Aufschlussreich auch, dass Netanyahu für die Innenpolitik ein scharf neoliberaler Kurs zum Abbau sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatlicher Strukturen nahegelegt wurde, was dieser auch rabiat umsetzte.) *(www.iasps.org/strat 1.htm)*

Die Aktualität dieses jetzt 10 Jahre alten Konzepts wird von einer Verlautbarung dokumentiert, die vor wenigen Tagen aus Washington anlässlich des Besuchs von Premier Blair bei Präsident Bush gemeldet wurde: "*Die Botschaft ist sehr einfach für sie. Es ist: Ihr habt die Wahl. Iran und Syrien haben eine Wahl zu treffen. Und sie mögen glauben, sie könnten diese Wahl vermeiden; tatsächlich können sie es nicht. Und wenn Dinge in Gang gebracht wurden wie die, die im Libanon in den letzten Wochen geschehen sind, dann unterstreicht das aus meiner Sicht nur die Tatsache, dass sie diese Wahl haben. Sie können entweder dazukommen und als anständige und verantwortungsvolle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft teilhaben, oder sie werden sich dem Risiko wachsender Konfrontation aussetzen*." (White House, 28 Juli 2006)**

III. Politisch-Strategische Hintergründe der US-Kriegspolitik

Es wird klar: der Angriff der israelischen Armee dient der weiteren Unterwerfung sowohl der palästinensischen Bevölkerung als auch des Libanon, als Schritt, der dann auch Syrien und Iran der US-amerikanischen Dominanz unterordnen soll, notfalls mit militärischen Mitteln. **Dieser israelische Angriff ist also Teil einer geplanten gewaltigen Eskalation des schon geführten Krieges in Irak und Afghanistan**. Für die politische Auseinandersetzung ist es wichtig zu wissen, welche politische Ideologie, welche Doktrin und Zielsetzung mit dieser militärischen Vorgehensweise verbunden ist.

Hinweise gibt dazu insbesondere Thomas P.Barnett, Pentagonberater und Professor am Naval War College (Marinekriegshochschule); hier ein Zitat dieses Vordenkers: "*Verliert ein Land gegen die Globalisierung, oder weist es viele Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich höhere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen entsenden werden. Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen, oder eine Bedrohung zu beseitigen.*"
Auf Barnett bezieht sich auch Arthur Cebrowski, vom Pentagon mit der Umstrukturierung des US-Militärs beauftragter Chef des Office of Force Transformation. Zitat: "*Es gibt viele Nationen, die innerhalb der Globalisierung funktionieren. Das sind die Staaten, die die Regeln akzeptieren. Wer die Globalisierung bekämpft, wer die Regeln zurückweist (.) wird möglicherweise das Interesse des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf sich ziehen."* Für Cebrowski müsse das US-Militär als *"Systemadministrator*" der Globalisierung fungieren.

Dass zur Stabilisierung des Systems nicht zuletzt, sondern ganz wesentlich der Zugang zu und die Kontrolle der natürlichen Ressourcen gehört, soll hier als verbreitetes Allgemeingut nicht weiter vertieft werden.

IV. Mit im Boot: die europäischen Mächte

Es ist ein folgenschwerer Irrtum, von den europäischen Mächten eine grundsätzlich abweichende Haltung zu US-Politik zu erwarten, dies hat sich gerade jetzt bei den Reaktionen auf die Ereignisse in Palästina, in Gaza und Libanon nur zu deutlich gezeigt.
Auch die Doktrinen der Außen- und Militärpolitik weisen ein gehöriges Maß an Übereinstimmung auf, wie gerade die von Herrn Solana zu verantwortende "***Europäische Sicherheits-Strategie***" vom Dezember 2003 beweist. Robert Cooper, britischer Büroleiter von Solana, fordert schon lange einen "***liberalen Imperialismus***"; zu diesem gehöre erstens "*der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt.*"***
Zur militärischen Komponente formuliert er folgendes: "*Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die raueren Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen - Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klar zu kommen, die immer noch im 19.Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden*."***

All dies wird in besonders erhellender Weise zusammengefasst von dem prominenten deutschen Politologen Professor Herfried Münkler, der auf Grundlage eines positiven Begriffs von Imperien die Notwendigkeit des permanenten Krieges entwickelt. Zwei Zitate:

*"Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich aber **Imperien** auch als **Friedensgaranten**, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen."*
Folgerichtig und durchaus scharfsinnig formuliert er dann auch die Konsequenzen aus seiner pro-imperialen Sicht: *"Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie. Es bleibt die Frage, ob es gelingt, die zentralen Bereiche in die Wohlstandszonen zu inkludieren, also in der Fläche Ordnung herzustellen, und den Rest zu exkludieren. Es steht aber außer Frage, dass an diesen neuen ‚imperialen Barbarengrenzen' der Krieg endemisch wird, nämlich in Form von Pazifizierungskriegen aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum."****

"***Inkludieren***", nämlich der festungsartigen israelischen Siedlungen in der Westbank und vielleicht auch des mehrheitlich christlich besiedelten Nordens im Libanon - und "***Exkludieren***" der "fire free zones" in Gaza, in den palästinensischen Bantustans und Südlibanon - das ist offenbar das Projekt, dessen Realisierungsversuch wir soeben verfolgen können. Und wenn wir an den Beginn der Serie von westlichen Pazifizierungskriegen denken: auch das ehemalige Jugoslawien wurde nach feindlicher Übernahme zerlegt in bekömmliche Happen zur Übernahme in die EU, und andererseits randständige Regionen, die ihrem Elend mehr oder weniger überlassen bzw. lediglich als Objekte bewaffneter Kontrolle und als Standort für militärische Stützpunkte von gesteigertem Interesse sind.

V. Was können wir tun gegen den permanenten, den "endemischen" Nahost-Krieg?

Endemie heißt: ständiges Vorkommen einer Erkrankung in einem begrenzten Gebiet; insofern ist Münklers Diagnose für die "Barbarengrenze" in Nahost bereits seit langem gültig, allerdings mit dem gesteigerten Risiko einer baldigen schwerwiegenden Eskalation in Bezug auf räumliche Ausdehnung und Gewaltintensität. Es sollte doch zu denken geben, wenn Politiker wie der prominente US-Republikaner Newt Gingrich bereits von einem beginnenden **dritten Weltkrieg** sprechen, was durchaus auch in der Logik des Bush'schen "Krieg gegen den Terror" liegt. Wir sollten und können unsere Maßstäbe von Vernunft oder auch nur von Rationalität nicht ohne weiteres auf die Denkweise der US-Regierenden und anderer Angehöriger der globalen Machteliten übertragen - die denken definitiv ganz anders als "normale" Sterbliche, wie uns doch das Vorgehen in Gaza und Libanon deutlich demonstrieren. Aber gerade ein Vertreter dieser kaltschnäuzigen Machtstrategen gibt uns einen Hinweis auf Ansatzpunkte, nämlich der frühere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, der schrieb: "*Aber das Streben nach Macht wird kein Volk zu Begeisterungsstürmen hinreißen, außer in Situationen, in denen nach allgemeinem Empfinden das nationale Wohlergehen bedroht oder gefährdet ist. Die für eine solche Anstrengung erforderliche ökonomische Selbstbeschränkung (das heißt die Verteidigungsausgaben) und Aufopferungsbereitschaft (auch Verluste unter Berufssoldaten) passen nicht ins demokratische Empfinden. Die Staatsform Demokratie ist einer imperialen Mobilmachung abträglich*".****
Unsere Aufgabe als Kriegsgegner wird es also, allgemein gesprochen, sein, die wirklichen Gefahren für das "nationale Wohlergehen" klar zu benennen, und **die konstruierten Feindbilder zu demontieren**. Ich glaube, es war Thomas Mann, der sagte: "Kriege werden aus Feigheit vor den Aufgaben des Friedens begonnen", und dies trifft auf die heutige Situation in besonderem Maße zu.

Schwierig wird es aber in der deutschen Friedenbewegung, wenn es um das Thema Nahost und die **Rolle Israels** geht. Gerne belassen es da viele beim Ausdruck von Schmerz und Betroffenheit über die Gewalt, beim ausgewogenen Appell an alle Beteiligten, doch Vernunft und Versöhnungsbereitschaft walten zu lassen. Die Sorge ist groß, von Anhängern der israelischen Politik mit **Antisemitismus-Vorwürfen** bedacht zu werden, oder auch, in der eigenen Organisation heftige Kontroversen austragen zu müssen.
Vielleicht sollte die deutsche Friedensbewegung sich stärker damit beschäftigen, wie Gruppen wie Gush Shalom und andere Teile der konsequenten Okkupationsgegner die Kontroversen in der eigenen israelischen Gesellschaft auf sich nehmen. Diese benennen klar, dass das **Problem** ihres Landes nicht eine genuin zu hohe Gewaltbereitschaft oder Unverträglichkeit der verschiedenen Bevölkerungen ist, sondern die **brutale, kolonialistische Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten**. Solange diese Grundtatsache nicht zur Kenntnis genommen wird, ist es nicht möglich, ein adäquates Verständnis der dortigen Situation zu entwickeln, und folgerichtig politisch zu argumentieren.

Entsprechend lau sind dann auch bei uns die Reaktionen auf den eklatanten Skandal, dass die deutsche Bundesregierung trotz entgegenlautender eigener Richtlinien **Kriegswaffen an ihre israelischen Regierungsfreunde** liefert, zum Teil in Form von kostenträchtigen Geschenken. Aktuelle Stichworte für einschlägige Projekte: Dingo-Panzerwagen, und Dolphin- U-Boote, die nach einhelliger Meinung von Experten für den Abschuss von Nuklearwaffen geeignet sind und allem Anschein nach entsprechend ausgerüstet werden. Es wird wirklich hohe Zeit, klarzumachen, dass dies keine projüdischen Wohltaten sind, sondern die Menschen auch in Israel zu Geiseln und Opfern einer völlig unverantwortlichen Gewaltpolitik machen.

Entgegen von ihr selber mit gefasster UN-Beschlüsse unternimmt die Bundesregierung nichts, um die Annexion von etwa 50% des Westjordanlandes durch den Bau der Trennungsmauer zu verhindern; rasch bereit war sie aber, zur weiteren Verelendung der palästinensischen Bevölkerung durch Einstellung von zugesagten Zahlungen beizutragen, weil die Menschen dort eine unbotmäßige Regierung gewählt hatten!

Bernard Lown, der Gründer unserer IPPNW, ein Mann, der sich immer klar und eindeutig auszudrücken pflegt, prägte den Satz: "**Never whisper in the presence of the evil!**"
Möge doch auch die deutsche Friedensbewegung aufhören zu wispern, und endlich mit klarer Stimme sprechen gegenüber dem endemischen Krieg an dieser "Barbarengrenze".
13.8.06

** Noam Chomsky ZNet | Israel/Palestine On Israel, Lebanon and Palestine´, 12.8.06 (englischer Text s.u.)*
*** Michel Chossudowsky, "Triple Alliance": The US, Turkey, Israel and the War on Lebanon; www.globalresearch.ca, 6.Aug.2006 (englischer Text s.u.)*
**** Zitate aus: Neoliberale Geopolitik, von Jürgen Wagner (IMI); aus: Root causes of conflicts in the age of the total market - Texte zur Einführung - ippnwAkzente Juni 2005*
*****Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, 1999*

Friedensbündnis fordert Abbruch des Libanon-Einsatzes

Presseerklärung der „Kooperation für den Frieden" zum geplanten Libanon-Einsatz der Bundeswehr

Bonn, 5.09.2006. Die "Kooperation für den Frieden", ein Zusammenschluss zahlreicher Friedensorganisationen (u.a. IPPNW, Bund für Soziale Verteidigung, Pax Christi, Versöhnungsbund und das Netzwerk Friedenskooperative) fordert den Abbruch der Planungen des deutschen Bundeswehreinsatzes im Libanon sowie verstärkte Anstrengungen zur Konfliktlösung im nichtmilitärischen Bereich; "Wir sehen deutlich mehr konfliktverschärfende Faktoren als Deeskalationspotentiale", so die am vergangenen Wochenende neu gewählten SprecherInnen des Friedensbündnisses, Susanne Grabenhorst, Otmar Steinbicker und Renate Wanie.

Während die UN-Resolution 1701 die Souveränität des Libanon betont und von der libanesischen Regierung keinerlei Anfragen weder bei der Bundesregierung noch bei der UNO vorlagen, sprach Bundesverteidigungsminister Jung bereits von einem "Kampfeinsatz", SPD-Chef Beck wollte die Soldaten nicht als "zahnlose Tiger" losschicken - über die Köpfe und Interessen des betroffenen Landes Libanon h inweg.

Als gewichtigen Grund für die Forderung nach einem Ende der Planungen für einen Libanoneinsatz sieht die "Kooperation für den Frieden" die fehlende Neutralität Deutschlands in diesem Konflikt. Seit vielen Jahren arbeiteten deutsche und israelische Offiziere intensiv zusammen, der israelische Ministerpräsident Olmert habe erst jüngst geäußert, kein anderes Land verhalte sich Israel gegenüber freundlicher als Deutschland. Im Israel-Libanon-Konflikt allerdings würden neutrale Kräfte benötigt, die sowohl

das Vertrauen der islamisch-arabischen Welt als auch das Vertrauen Israels haben.

Nach den Enthüllungen des US-Starjournalisten Seymour Hersh, der im Israel-Libanon-Krieg die Vorbereitung von Angriffen auf iranische Atomanlagen bei gleichzeitiger Ausschaltung des möglichen Vergeltungspotentials der Hiszbollah sieht, stelle sich die Frage, ob deutsche Truppen im Libanon nicht zu Kriegs-Alliierten an der Seite Washingtons und Israels bei der Vorbereitung der noch kommenden Konflikte mit Syrien und Iran würden. Dies würde die diplomatischen Möglichkeiten Deutschlands bei der zivilen Lösung der Iran-Krise drastisch einschränken, was bereits derzeit durch die geplanten Rüstungsexporte von U-Booten und Truppentransportern nach Israel der Fall sei.

Die "Kooperation für den Frieden" fordert, an die eigentlichen Ursachen des Konfliktes zu gehen und Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern über einen Friedensvertrag wieder aufzunehmen, der die völkerrechtswidrige Besatzung palästinensischer Gebiete endlich aufhebt. Eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten“ müsse die Anerkennung Israels durch seine bisherigen Feinde und eine ABC-Waffen- freie Zone in der Region zum Ziel haben.

Die Bundesregierung könnte auch diplomatische Unterstützung leisten, damit im Verhandlungsprozess der Konfliktparteien eine Rückgabe besetzter Gebiete wie der "Schebaa" Farmen und der Golan-Höhen erreicht wird, und dabei sowohl berechtigte Sicherheitsinteressen als auch eine gerechte Verteilung der regionalen Wasserressourcen gewährleistet werden.
Erste Schritte zur Vertrauensbildung könnten Maßnahmen zum Gefangenenaustausch sein, bei dem die derzeit zwei israelischen Soldaten in den Händen der Hisbollah ebenso freigelassen werden wie die langjährigen libanesischen Gefangenen in israelischer Haft.

gez. Susanne Grabenhorst, Otmar Steinbicker, Renate Wanie, SprecherInnen der Kooperation für den Frieden

Ounsi El Daïf, Attac Schweiz, Mitglied von Attac Libanon

Welche Haltung sollten die Anti-Globalisierungsbewegungen gegenüber den religiösen Bewegungen in der gegenwärtigen Krise einnehmen?

In letzter Zeit gab es zahlreiche Solidaritätsbekundungen zugunsten der libanesischen und palästinensischen Bevölkerung, die besetzt, bombardiert, ermordet wurde. Keine wurde jedoch abgegeben, ohne dass die Position gegenüber der Hisbollah (und manchmal der Hamas) hinterfragt wurde. Die meiste Zeit befindet man sich in einer Dichotomie, die nur eine Wahl lässt: entweder **die Hisbollah und die Hamas** insgesamt als Terroristen zu verurteilen oder sich mit ihnen zu solidarisieren, da sie anerkannte Bewegungen repräsentieren, die sich gegen den Imperialismus stellen.

Ich denke, wir sollten uns davon verabschieden, denn **einerseits** vertreten diese Gruppen jeweils eine extrem konservative Gesellschaftssicht, gegen die wir kämpfen. Darüber hinaus ist im Libanon ein Minister der Hisbollah mit der Elektrizitätsversorgung und deren Privatisierung (derzeit ein heißes Eisen) betraut und die Hisbollah hat einen Sitz im Obersten Privatisierungsrat (Conseil supérieur de la privatisation), der das Land an multinationale Konzerne verschleudert. Diese Gruppe ist also ideologisch ganz klar ein Gegner.
Andererseits wird daraus noch lange keine terroristische Bewegung. Diese Partei ist Mitglied der Regierungskoalition im Libanon (ursprünglich eher pro-amerikanisch), sie war während des Bürgerkriegs (1975-1990) terroristisch, wie alle libanesischen Milizen (von Rechts bis Links, ob christlich oder moslemisch) und hat sich seither in die politische Szene des Libanon integriert. Wenn ihr bewaffneter Arm heutzutage auf die Zivilbevölkerung schießt, so passiert dies auf dieselbe Weise wie es Israel tut, und vor allem schießt sie ihre Raketen als Antwort auf die israelischen Raketen. Die Hisbollah hat den Waffenstillstand, der 1996 mit Israel unterzeichnet wurde, eingehalten und hat bis zu den Bombardierungen libanesischer Zivilisten Anfang Juli keinen israelischen Zivilisten angerührt. Sich darauf zu beschränken, die Hisbollah als terroristisch zu bezeichnen, und damit als *persona non grata*, heißt, die innere Realität des Libanon vollkommen zu missachten (siehe hierzu auch *Politis* vom 20. Juli 2006).

Eine Frage stellt sich immer wieder: sollte man mit ihnen demonstrieren? Hierauf gibt es keine eindeutige Antwort. In Frankreich hat die Linke 2002 beispielsweise gegen Le Pen zusammen mit Sarkozy demonstriert obwohl dieser ideologisch betrachtet um nichts besser, wenn auch gegen Le Pen, ist.

Ebenso ist der **Iran** für uns natürlich ein ideologischer Gegner, aber man muss sehr vorsichtig damit sein, ihn als terroristischen Staat zu bezeichnen. Sonst sind nämlich auch die USA; Israel und Russland terroristische Staaten, was durchaus in Betracht kommt, denn sie schießen bewusst auf Zivilisten, um Angst zu säen. Der Vergleich kann bis zur Rhetorik der Zerstörung Israels gehen, die oft zitiert wird, um diese Bewegungen zu verurteilen. Sie ist abscheulich, wird aber genauso von allen verwendet. Zwischen den "Kreuzzügen" von Bush und "den Arabern, die man einen nach dem anderen töten muss" von Sharon, ist kein Wort weniger schlecht als das andere.

Was Israel angeht, so ist es nicht der einzige demokratische Staat des Nahen Ostens, der Libanon ist ebenfalls ein demokratischer Staat: mit einer sehr viel freieren Presse als die israelische, mit Religionsfreiheit, Wahlrecht für alle Menschen (außer für die Palästinenser, noch eine Gemeinsamkeit mit dem großen Nachbarn...), Karikaturen sind erlaubt, Essen und trinken zu jeder Zeit, Folterverbot, usw ... In Wirklichkeit ist jedoch in beiden Fällen das demokratische Zusammenspiel durch Interessen der Wirtschaft, der Klassen, der Clans, der Konfessionen, des Patriarchats, des nationalen Fanatismus usw. gestört. Versuchen Sie einmal, die aktuelle israelische Politik in Israel zu kritisieren. Das ist unmöglich. Es handelt sich um denselben Typ von "Demokratie" den wir in den USA, in Frankreich, in der Schweiz und sonstwo kritisieren und den wir ändern wollen, indem wir Politik "im eigentlichen Sinne des Wortes" praktizieren.

Ich möchte mit einer Feststellung abschließen, die nur eine Richtung für die Zukunft aufzeigt: was passiert derzeit im Nahen Osten?
Der Libanon wird gerade für die nächsten Jahrzehnte ökonomisch zerstört, und somit ein potentieller wirtschaftlicher Konkurrent Israels (der einzige?) ausgelöscht.
Der permanente Kriegszustand verlängert sich, die Öffentlichkeit wird in Israel, in Palästina, im Libanon, in Syrien, im Iran, und noch viel weiter mundtot gemacht. Dies ist buchstäblich die kriegerische Globalisierung. Unterdessen gehen die Privatisierungen weiter, die Waffengeschäfte laufen bestens.
Sollte man tatsächlich einmal wiederaufbauen müssen, sind die beteiligten Unternehmen immer dieselben: Bouygues & Co im Libanon, israelische Unternehmen in Palästina.
Der Platz des Menschen, der Zivilgesellschaft in all dem: Nirgends.
Und vor allem: das reklamierte Ziel, die Hisbollah zu schwächen, wurde nicht erreicht. Hat man es überhaupt versucht?

Übersetzung: Kirsten Heininger, Martin Regelsberger, coorditrad@attac.org

Werner Ruf *
Hisbollah - eine Terrororganisation?

(…) Die Hisbollah muss verstanden werden vor dem Hintergrund des komplexen politischen Systems des Libanon. Schon im 19. Jh. hatten alle großen Gruppen dieser 19 Religionsgemeinschaften umfassenden Gesellschaft ihre ausländischen Protektoren: Frankreich schütze und förderte die (katholischen) Maroniten, die USA die Sunniten, Großbritannien die Drusen, das zaristische Russland die Griechisch-Orthodoxen. Nur die Schiiten hatten nie eine Schutzmacht. Auf der Basis einer problematischen Volkszählung von 1932 hatte die Mandatsmacht Frankreich 1943 einen „Nationalpakt" oktroyiert, demzufolge bis heute die Maroniten den Staatspräsidenten, die Sunniten den Ministerpräsidenten, die Schiiten den relativ unbedeutenden Parlamentspräsidenten stellten. Diese Proportionen stimmen längst nicht mehr: Inzwischen dürften die Schiiten die größte Bevölkerungsgruppe sein. Verschärft wurde diese komplexe Situation durch die große Zahl palästinensischer Flüchtlinge im Lande, deren Zahl nach den Massakern der jordanischen Armee unter den Palästinensern („Schwarzer September" 1970) weiter anwuchs und die PLO zur militärisch stärksten Kraft im Lande werden ließ. Die Spannungen zwischen den Palästinensern und vor allem den Maroniten führten schließlich 1975 zu dem 15 Jahre dauernden libanesischen Bürgerkrieg, in dem erstmals auch die Schiiten eine eigene Miliz, die Amal, aufstellten. Sie erhielt 1985 Konkurrenz durch die von Iran unterstützte islamistische Miliz Hisbollah, die sich im Gegensatz zur Amal nicht an den Korruptionsnetzen des Landes beteiligte. Erstmals hatten so die Schiiten eine auswärtige Schutzmacht.

(…) Auch wenn die Hisbollah den Krieg nicht gewonnen hat, geht sie gestärkt aus dem Konflikt hervor. Ganz im Gegensatz zu ihrem Namen erscheint sie weniger als religiöse Bewegung denn als soziale und politische Kraft, die nicht nur im politischen Leben des Libanon eine zentrale Rolle spielt, sondern in der gesamten nahöstlichen Welt eine Popularität gewonnen hat, die den dortigen Regierungen, die – außer Syrien und dem Iran - von der Gnade der USA abhängen, das Fürchten lehren dürfte. Zweifelsohne genießt sie die Unterstützung des Iran. Falsch wäre es jedoch ihre – gerade durch den Ausgang der Aggression Israels gegen den Libanon gestärkte – Autonomie und selbständige Politikfähigkeit zu unterschätzen. Die propagandistische Darstellung der Hisbollah als verlängerter Arm der Regierung in Teheran unterschätzt nicht nur die Kraft dieser Bewegung, sie erscheint auch als gefährliche propagandistische Vorbereitung für den geplanten Krieg gegen den Iran, der zum vorläufigen Höhepunkt kontraproduktiver westlicher Nahostpolitik werden könnte. Die Rolle der Hisbollah würde er nicht schwächen sondern weiter stärken.

(Abschluss des Manuskripts: 16. Aug. 2006)

** Werner Ruf war bis 2003 Professor für Internationale Politik an der Universität Kassel; Mitglied der AG Friedensforschung. Vorausveröffentlichung eines Beitrag, der im nächsten "FriedensJournal" (Zeitung des Bundesausschusses Friedensratschlag) erscheinen wird.*

http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Libanon/ruf2.html

Joachim Guilliard
Was man über die Hisbollah wissen müsste
- aber nicht in den Nachrichten findet

Zusammenfassung einiger wesentlicher Informationen über die Organisation, Stand 26.8.2006

(…) Behauptung 6: Hisbollah stehe im Gegensatz zum übrigen Land, Entwaffnung sei im nationalen Interesse

(…) Viele Befürworter eines "robusten" Vorgehens einer internationalen Truppe im Libanon gegen die Hisbollah begründen dies u.a. auch damit, dem Libanon helfen zu wollen, seine "Souveränität" zurückzuerlangen. Nicht die aktuelle Blockade des Landes durch Israel, nicht die fast täglichen Grenzverletzungen durch Israel seit Abzug seiner Truppen, nicht die Präsenz ausländischer Truppen, die Kontrolle seiner Grenzen und seiner Gewässer beinträchtigen demnach die Souveränität des Landes, sondern die bewaffneten Milizen der Hisbollah. Es wird suggeriert, es gäbe einen klaren Gegensatz zwischen Hisbollah und dem übrigen Land ("Staat im Staat") und die Entwaffnung der Organisation wäre im allgemeinen libanesischen Interesse.

Die Entwaffnung der Milizen der Bürgerkriegsparteien war ein wichtiger Schritt zur Befriedung des Landes. Hisbollah war allerdings nie Bürgerkriegspartei, sondern richtete seine militärischen Kräfte ausschließlich gegen die Besatzungsmacht Israel und dessen lokale Hilfstruppe SLA. Aus diesem Grund fiel sie aus libanesischer Sicht auch nicht unter das Entwaffnungsgebot.

Selbstverständlich stellen bewaffneten Milizen nicht nur eine massive Beeinträchtigung staatlicher Autorität, sondern auch ein Problem für eine demokratische Entwicklung dar. Den Befürwortern einer Entwaffnung der Hisbollah geht es allerdings weniger um die Entwicklung des Libanons, als darum, an der Nordgrenze Israels eine Kraft auszuschalten, die in der Lage ist, Israel militärisch ernste Schwierigkeiten zu bereiten.

Da hier allein Israels (Sicherheits-) Interessen Rechnung getragen wird, sieht die Lage aus libanesischer Sicht völlig anders aus. Schließlich hat Israel mehrfach den Libanon überfallen und nicht umgekehrt. Daher wird hier auch die Rolle der Hisbollah völlig anders gesehen. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist die Hisbollah die einzige Kraft, die Israel effektiven Widerstand entgegensetzen kann. So unterzeichneten viele namhafte Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten eine "Erklärung der Beschäftigten im öffentlich-kulturellen Bereich" (Statement by Workers in the Public Cultural Sphere in Lebanon Beirut) vom 25. Juli 2006, in der es heißt:

„Wir, die Unterzeichner, erklären: 1. Unsere bewußte Unterstützung für den nationalen libanesischen Widerstand, der gerade einen Krieg zur Verteidigung unserer Souveränität und Unabhängigkeit führt ...
2. Unsere unzweideutige Widerlegung der Logik, welche die Hisbollah bezichtigt, den "Vorwand" für die israelische Invasion geliefert zu haben."

Der libanesische Präsident Emil Lahud wusste daher seine Landsleute hinter sich, als er sich nach Verabschiedung der UN-Resolution gegen eine Entwaffnung der Hisbollah aussprach, da sie die einzige Macht der arabischen Welt sei, der es bisher gelang, Israel die Stirn zu bieten.

In der libanesischen Armee wird dies genauso gesehen. Mitte August war ein internes Schreiben der libanesischen Militärführung bekannt geworden, das alle Soldaten anweist, "an der Seite" der Hisbollah zu stehen, "die von der Welt wegen ihrer Standhaftigkeit bewundert wird und die den Nimbus der sogenannten unbesiegbaren Armee zerstört hat" (siehe Rainer Rupp, Im Libanon wird Kritik an Hisbollah laut) (…)

http://www.antikriegsforum-heidelberg.de/palest/hintergrund/faq_hisbollah.html

Fanny Michaela Reisin
*(Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost)**

Nicht in meinem Namen!

Rede auf der Demonstration in Berlin am 12. August

Trauer am Lebanon-Gebirge

Oh Lebanon, Ihr weißen Berge, die der Landschaft den Namen gabt.
Oh Lebnon, leban, weiß, ist die Farbe der Reinheit und der Unschuld.
Oh Lebanon, Ihr erhabenen Berge
die Ihr das Land zwischen Mittelmeer und Syrischer Wüste im Schatten der würdigen Zedern Tausende Jahre schon schaut.
Ihr seid nicht geschaffen, für den Tod aus dem Himmel und erschaudert gewiss im Angesicht der Erde zu Euren Füßen.
Die Täler bluten, die Städte und Dörfer rauchen.
Das Mittelmeer, das Euch aus der Ferne seit je her blau entgegen leuchtet, stockt.
Leere Sonnenstühle erinnern noch an den gelben Sand.
Schwarz und klebrig ist der Strand. Öl heißt die Pest.
Oh Lebanon von Kurnat al-Saude bis Dschabl al-Schaich.
Zerberstet nicht im Angesicht des Schmerzes weinender Kinder und Mütter an Eurer Brust. Bleibt stark.
Wir brauchen Euch als Zeugen.

Liebe Teilnehmer und Teilnehmerinnen!

Ich stehe heute hier als Vertreterin der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost und rufe laut und vernehmlich:

NICHT IN MEINEM - NICHT IN UNSEREM NAMEN.

Die Regierenden in Israel missbrauchen nicht nur meinen Namen. Sie haben die Stirn, sich auf meine ermordeten Vorfahren zu berufen. Sie schämen sich nicht, meine in den KZs und Massengräben des Naziregimes um ihr Leben gebrachten Großeltern zur Rechtfertigung ihrer Untaten in Libanon und Palästina heran zu ziehen. Die Toten können sich nicht wehren. Aber ich, die ich im Schatten ihrer Ermordung geboren wurde und aufwuchs, spreche Ihnen das Recht ab Ministerpräsident Olmert, Verteidigungsminister Peretz und allen voran Ihnen Chefkommandierender, Haluz, ich spreche Ihnen das Recht ab, sich auf mein Gedenken an die schuldlos Ermordeten zu berufen, wenn rohe Gewalt Ihr Programm und Mord und Zerstörung Ihr Tun ist. Es schändet die Toten, wer im Gedenken an sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht.

Immer mehr Menschen jüdischer Herkunft demonstrieren ihren Zorn auf allen Kontinenten – auch in Israel– alle schreien es heraus: Die unter Verstoß gegen die IV Genfer Konvention seit 39 Jahren, seit 39 Jahren! Andauernde Besatzung, die Entrechtung, Unterdrückung und tagtägliche Demütigung der Palästinenser, die unzähligen militärischen Übergriffe gegen ein Volk ohne Staat und ohne Armee und der neuerliche Angriffskrieg gegen Libanon und Gaza sind das schmachvolle Werk jener, die behaupten Führer der Juden der Welt zu sein.

In ihrer Arroganz und in ihrer Fixiertheit auf moderne Technologien der Zerstörung, treten sie die Lehren der Völkergemeinschaft nach den Erfahrungen des Judenhasses des Naziregimes mit Füßen. Die kostbarste und wichtigste Lehre lautet: Es hat kein Volk das Recht, ein anderes Volk gering zu schätzen. Es hat kein Mensch das Recht sich als Herrenmensch über andere Menschen zu erheben.

Die Charta der Vereinten Nationen, die nur einen Monat nach Ende des Zweiten Weltkrieges zur Erhaltung des Weltfriedens und Wahrung der internationalen Sicherheit verabschiedet wurde, beruht darauf, dass jede Nation den Grundsatz – ich zitiere – "… der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker" achtet. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte proklamiert in Art. 1 Satz 1. "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."

Mit jedem weiteren Tag des Waffengangs der israelischen Armee gegen die Zivilbevölkerung und gegen lebensnotwendige Ressourcen in Libanon und Gaza, wird auch ein Stück internationales Recht zerstört. Mit jeder weiteren Stunde, die Familien obdachlos und Kinder zu Waisen macht, stirbt das Vertrauen in die Autorität der Vereinigten Nationen.

Schaden nehmen nicht nur die Menschen dort. Schaden nehmen weltweit alle, auf Rechtsverhältnisse anstelle von Gewalt sowie auf Frieden und auf Respekt im internationalen Umgang miteinander setzt.

Die Politik der Doppelmoral und der doppelten Rechtsstandards vor allem der USA und ihrer Verbündeten in Europa MUSS angeprangert werden.

Es kann nicht sein, dass eine souveräne Nation überfallen und seit Wochen unsäglichen Anschlägen ausgesetzt wird und die Völker der Welt, die seine Menschen um Hilfe rufen, wochenlang tatenlos zuschauen.

Es kann nicht sein, dass der Aggressor ungestraft bleibt und von der Supermacht Nr. 1 und ihren Partnern Zeit bekommt, aus der Luft und auf dem Boden Mensch, Kultur und Natur zu zerstören.

Es kann nicht sein, dass Gaza – ohnehin schon völkerrechtswidrig ummauert und ohne Fluchtmöglichkeit für niemanden – angegriffen und durch Dauerbeschuss mit Lärm- und Todesbomben erklärtermaßen politisch, psychisch und physisch zerstört werden soll, ohne, dass die israelische

Regierung zur Raison gerufen und zum Waffenstillstand gezwungen wird. (Immer noch nicht. In der jüngsten UN-Resolution kein Wort von Gaza.)

Und es kann schließlich NICHT sein, dass der Präsident der USA ermächtigt ist, uns vorzuschreiben, welche Praxis als Terror und welche als Verteidigung zu begreifen ist.

Jeder Menschen mit Herz und Verstand erkennt doch sofort, dass der Krieg Israels in Gaza und Libanon als Terror zu geißeln ist. Es liegt doch auf der Hand, dass andere Ziele als die, die vorgegebenen verfolgt werden. Jedes lernt schon in der Schule, dass gefangene Soldaten nur auf dem Wege von Verhandlungen zurückgeholt werden können. Selbst der Vater des in Gaza gefangenen Soldaten Gilad Schalit, dem es – wie anders auch? – tatsächlich um das Leben seines Sohns geht, führt bittere Klage über die Logik der Strategie seiner Regierung.

Verhandlungen wurden und werden von der Hizbollah und von der Hamasregierung immer wieder angeboten. Alle Angebote stießen und stoßen bis auf den heutigen Tag auf taube Ohren. Verhandlungen über Gefangenenaustausch und über eine langfristige und tragfähige Friedenslösung für Palästina, Libanon und Israel in sicheren Grenzen sind nicht erwünscht. Es geht um höhere Ziele. Es geht um die neue Aufteilung der Welt unter den Supermächten. Israel gehört nicht dazu, und um Israels Hegemonie in der Region geht es auch gar nicht. Die Regierung Israels macht, ob bewusst oder nicht, ihre Bevölkerung, die sie zu schützen behauptet zur Geisel fremder Interessen. Tote und Verletzte auch hier, junge Menschen, die sinnlos ihr Leben lassen mussten.

Die Regierungen der USA und zunehmend auch ihre europäischen Partner machen sich schuldig, Terror als Mittel der Politik zu etablieren, wenn Israel nicht der Aggression verurteilt wird. Die Tinte unter der heute Nacht verfassten Resolution des "geringsten Drucks" mit der Nummer 1701 war noch nicht trocken, als Olmert der israelischen Bevölkerung bereits zu erklären wusste, dass die Welt dem Angriffskrieg zustimme, Hizbollah als Aggressor identifiziere. Israel ging trotz des eindeutigen Überfalls auf Gaza und auf Libanon wieder straffrei aus. DerAngreifer wird nicht einmal getadelt. Eine solche Politik d der Supermächte blendet die Statuten des Internationalen Rechts aus. Sie lädt gerade dazu ein, Waffengewalt und Angriffskriege zur Durchsetzung nationaler und supranationaler Interessen loszutreten.

Da wir seit Wochen vergeblich auf eine entsprechende Resolution der Vereinten Nationen gewartet haben, da eine Verurteilung der Angriffskriege Israels und eine wirksame Politik zur Herstellung eines sofortigen Waffenstillstands nicht nur am Veto der USA, sondern am Stillschweigen der EU-Nationen einschließlich der Bundesregierung scheiterte, da die von den USA und Frankreich eingebrachte Resolution nicht geeignet ist, um auch nur kurzfristig eine vollständige Waffenruhe herzustellen, wie gesagt der Krieg gegen Gaza wird gar nicht erwähnt, gibt es für Menschen wie Dich und mich, die schon am Angerichteten verzweifeln keine Instanz, die wir anrufen könnten.

Sprechen wir es klipp und klar aus wenn der Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen es nicht tut: Die Regierungen der USA und der EU decken und stützen – Israel hat ja heute noch seine Invasion erweitert – Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Es ist die Aufgabe der außerparlamentarischen Kräfte, der Bürger und Bürgerinnen hier vor Ort, Druck auf die Regierenden auszuüben, wenn die UNO nicht zu einer Absegnungsagentur von Kriegen der USA verkommen soll.

Die Bundesregierung bekennt sich dem Vernehmen nach lautstark zum Völkerrecht und hat die Verteidigung der Menschenrechte und Erhaltung des Friedens auf ihre Fahnen geschrieben. Lippenbekenntnisse allein reichen aber nicht, Frau Bundeskanzlerin Merkel! Bringen Sie das internationale Gewicht der Bundesrepublik Deutschland ein, um einen sofortigen und vollständigen Waffenstillstand zu erreichen, um Israel zum Rückzug aus Libanon und Gaza zu bewegen und, um schließlich Verhandlungen unter allen Beteiligten über einen dauerhaften und für jede Partei tragfähige Lösung einzuleiten, die auch zu Ende gebracht werden. Die bisherige deutsche Politik der Doppelmoral in der EU, in der UNO und auch in den politischen Missionen des Außenministers ist geeignet Ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben Frau Bundeskanzlerin Auch Ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Verantwortung gegenüber den Juden in Israel.

Israel ist ein Mitglied der Vereinten Nationen. Die Politik seiner Regierungen muss mit denselben Rechtsstandards beurteilt werden, wie die aller anderen Regierungen auch. Die Anerkennung des Existenzrechts Israels in den Grenzen von 1967 ist von Seiten der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO zigfach – auch de Jure bestätigt worden. Es ist bekannt, dass die Hamas bereits 2005 einen Aufnahmeantrag in die PLO gestellt hat und sich damit de facto auch selbst bereit finden muss, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Israels Existenz ist gegenwärtig nicht bedroht. Von keiner Seite. Das wissen die Regierenden genau so gut wie wir. Äußerst bedroht ist demgegenüber im Moment die Existenz und Zukunft des Staates Libanon. Dem Existenzrecht eines lebensfähigen Staates Palästina hat die israelische Regierung noch nie zugestimmt.

Keine Frage: der Staat Israel verfügt über alle Mittel, seine Bevölkerung in den territorialen Grenzen des von der UNO anerkannten Staatsgebiets zu schützen.

Warum sichert das Militär nicht die eigenen Grenzen maximal ab? Warum werden die jungen Menschen dort seit Jahrzehnten für Ziele mobilisiert, die die ganze Region, ja die ganze Welt, entsetzen und in Schrecken versetzen? Wohin treibt die israelische Regierung, wohin treibt Israel? Wozu die Zerstörungen, wozu die Toten auch in Israel?

Eine deutsche Politik, die sich als wirklich "verantwortlich für das Erbe der deutschen Geschichte" erweisen will, darf nicht zulassen, dass die Regierung Israels ihre Bevölkerung in einen Krieg treibt, der schon jetzt Folgen hat, die sich kaum rückgängig machen lassen.

Ich appelliere an die Bundesregierung, im Interesse der Menschen in Libanon, in Palästina und in Israel, ich appelliere an die Bundeskanzlerin, an ihr Kabinett und an den Bundestag, an Parteien und Verbände auch in unser aller Interesse hierzulande: Vereiteln sie eine Politik, die auf militärische Gewalt und nicht auf Reden und Verhandeln setzt!

(…)

** Fanny Michaela Reisin, Prof. Dr., Berlin, Vertreterin der deutschen Sektion der Föderation "EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE" (EJJP); Frau Reisin hielt die Rede auf einer Friedenskundgebung in Berlin am 12. August 2006.*

Daniel Barenboim

(Dirigent des israelisch-arabischen Orchesters) im Gespräch mit Sonja Zekri

Musizieren in Zeiten des Krieges

"Es gibt keine Partitur für den Nahen Osten"

Barenboim spielt am Abend in Köln und dies mit einem Orchester, das noch nie so unter Druck stand wie jetzt: mit dem israelisch-arabischen „West-Eastern Divan Orchestra“.

SZ: Die ersten Bomben im Libanon fielen kurz vor Probenbeginn.
Barenboim: Ja. Daraufhin versuchten die libanesischen Musiker, einen Konsens als Gruppe zu finden. Logistisch hätten sie kommen können, haben sich aber dagegen entschieden. Ob sie von ihrer Regierung beeinflusst wurden, weiß ich nicht. Aus Solidarität blieben auch die Syrer fort. Also fehlten 13 Musiker.

SZ: Das Orchester hat eine Erklärung zum Krieg abgegeben.
Der Krieg steht allem entgegen, woran wir glauben. Deswegen konnten wir nicht schweigen. Die Erklärung hält fest, dass es keine militärische Lösung geben kann. Außerdem haben wir die Grausamkeit des Krieges auf beiden Seiten kritisiert. Bis auf sechs Musiker haben alle 97 unterschrieben.

SZ: Sie haben erst ein Konzert in der arabischen Welt gegeben, in Ramallah.
Nach dem Konzert in Ramallah, hatten wir geplant, in diesem Jahr in Gaza zu spielen. Damals schien das möglich, aber nach dem Wahlsieg der Hamas nicht mehr. Dann wollten wir in Kairo spielen. Unsere Mitarbeiter sind sogar hingeflogen, um die Akustik bei den Pyramiden zu prüfen. Dann wurde es abgesagt – wegen der angespannten Sicherheitslage.

SZ: Folgt denn nun ein Auftritt in Beirut?
Das möchten wir im nächsten Jahr. Es gibt zwar noch keine konkreten Pläne, aber wir sind im Gespräch.

SZ: Sie haben nie in Israel gespielt.
Das wird später kommen. Die Israelis hätten nichts dagegen. Aber die Libanesen und Syrer würden nicht mitmachen. Eigentlich dürften die Syrer nicht mal mit Israelis außerhalb Israels spielen, aber darüber sieht man hinweg.

SZ: Verglichen mit diesen Spannungen scheint das Konzert in Ramallah im vergangenen Jahr fast harmlos .
Das Konzert in Ramallah war ein Statement der Solidarität mit den Palästinensern. Glauben Sie, darüber war jeder israelische Musiker glücklich? Und es gab Stimmen unter den Palästinensern, die gesagt haben, wie können wir hier zusammen musizieren, wenn israelische Panzer vor Ramallah stehen?

SZ: Wie waren die Proben während des Krieges?
Das hat das Musizieren nicht beeinträchtigt.

SZ: Schwer zu glauben.
Das ist der Zauber der Musik. Sie ist gleichzeitig ein Instrument, um die Welt zu vergessen und um sie zu verstehen. Natürlich war dieser Krieg die größte Prüfung für das Orchester. Andererseits: Ohne den Konflikt wäre es ja gar nicht notwendig. Das Orchester bringt keinen Frieden, aber es bietet ein Forum. Warum können israelische und palästinensische Musiker zusammen musizieren, aber nicht zusammen leben?
Weil die Realität keine Partitur hat. In der Musik muss man sich ausdrücken – und zugleich aufeinander hören. Alle diese Gesetze gelten nicht in der Realität, aber bei uns: Wir sind eine eigene kleine Republik. Wir haben auf dieser Reise zum Beispiel Wagner gespielt, Vorspiel und Liebestod aus „Tristan und Isolde“. Ein israelisches Orchester würde nie wagen, außerhalb Israels Wagner zu spielen, aber wir können es. Und es waren die Israelis, die Wagner spielen wollten.

SZ: Wo reicht die Wirkung über Ihre kleine Republik hinaus?
Einer unserer Musiker ist bei den Berliner Philharmonikern, der andere bei den Israelischen Philharmonikern, ein Ägypter ist Konzertmeister der Cairo Opera, sechs sind beim Damascus Symphony Orchestra. Wenn man die musikalische Wirkung auf die Region betrachtet, ist es sehr erfolgreich.

SZ: Wenn man das Orchester als Symbol, vielleicht sogar als Modell betrachtet: Bedeutet die neue Zuspitzung nicht, dass es gescheitert ist – an der Unveränderbarkeit dieses Konfliktes?
Ich glaube nicht, dass der Konflikt unveränderbar ist. Das kann ich nicht, denn es wäre Selbstmord für alle. Unsere ursprüngliche Idee für dieses Projekt bestand ja in zwei Überlegungen: Dass es keine militärische Lösung des Konfliktes gibt und dass das Schicksal von Palästinensern und Israelis untrennbar miteinander verbunden ist. Wenn sie beides akzeptieren, muss es irgendwann zu einer Lösung kommen.

SZ: Aber sie akzeptieren es ja nicht.
Nein, das ist die Tragik.

Vandana Shiva

Kriege um Wasser: Israel und die Westbank

Der Krieg zwischen Israelis und Palästinensern ist bis zu einem bestimmten Grad ein Krieg um Wasser. Der umstrittene Fluss heißt Jordan, und er wird von Israel, Jordanien, Syrien, dem Libanon und der Westbank genutzt. Israels industrielle Landwirtschaft ist auf das Jordanwasser ebenso angewiesen wie auf das Grundwasser der Westbank. Obwohl nur 3 Prozent des Jordanbeckens in Israel liegen, sichert der Fluss 60 Prozent des israelischen Wasserbedarfs.
Zugang zu Wasser war eine der Voraussetzungen für die Gründung des Staates Israel. „Es ist unerlässlich, dass die Wasserressourcen, von denen die Zukunft des Landes abhängt, nicht außerhalb der Grenzen der künftigen jüdischen Heimstätte liegen“, schrieb 1973 Israels früherer Ministerpräsident David Ben Gurion. Und weiter: Aus diesem Grund haben wir

stets verlangt, dass das Land Israel das Südufer des Litani-Flusses, den Oberlauf des Jordan und die Hauran-Region ab der El-Aura-Quelle südlich von Damaskus umfasst.

Der Konflikt um Wasser begann **1948**, als Israel im Rahmen des National Water Carrier Project eine gigantische Wasserleitung vom Jordan in die Negev-Wüste baute, um die dortigen Felder zu bewässern. Das Projekt führte zu Spannungen mit Syrien. Zur Lösung der Wasserkonflikte zwischen Israel, Syrien und Jordanien schlug der US-Sonderbeauftragte Eric Johnston 1953 den „Unified Development of Water Ressources“-Plan vor. Doch Syrien lehnte den Plan ab. Seither ist der israelisch-syrische Grenzkonflikt untrennbar mit der Wasserfrage verwoben. Der frühere israelische Ministerpräsident Levy Eshkol erklärte 1962, „Wasser ist das Blut in unseren Adern“, und die Verweigerung des Zugangs zu Wasser sei für Israel ein Kriegsgrund.
In den Jahren 1987 bis 1988 flossen 67 Prozent der israelischen Wasserressourcen in die Landwirtschaft, der Rest versorgte die Industrie und die Privathaushalte. Bis 1992 sank der Anteil der Landwirtschaft zwar auf 62 Prozent, doch bleibt sie nach wie vor der größte Wasserverbraucher. Während im Jahr 2000 rund 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Israels bewässert wurden, verbrauchten die palästinensischen Dörfer nur 2 Prozent des israelischen Wasser. So heizt die ethnisch und religiös begründete Wasser-Apartheid den israelisch-palästinensischen Konflikt zusätzlich auf.

Als Israel im Zuge des Sechstagekriegs 1967 die Westbank und die Golan-Höhen besetzte, brachte es im Endeffekt die Süßwasserressourcen der Golan-Höhen, den See Genezareth, den Jordan und die Westbank in seine Gewalt. Der Nahost-Experte Ewan Anderson schrieb hierzu: „Die Westbank ist für Israel eine entscheidende Wasserquelle, und man könnte sagen, dass dieser Aspekt alle anderen politischen und strategischen Faktoren überwiegt.“

Während in den Jahren 1967 bis 1982 das Militär die Wasserressourcen der Westbank kontrollierte, ist dafür heute das israelische Wasserversorgungsunternehmen Mekorot zuständig. Mekorot speist das Westbank-Wasser, das zwischen 25 und 40 Prozent des israelischen Wasserbedarfs deckt, in das landesweite Leitungsnetz ein. Israel verbraucht 82 Prozent der gesamten Wasserressourcen der Westbank, die Palästinenser nur 18 bis 20 Prozent. Der Wasserverbrauch der Palästinenser wird von der israelischen Regierung kontrolliert und beschränkt. In einem Militärbefehl von 1967 heißt es: „Niemand hat die Erlaubnis, ohne eine neue amtliche Genehmigung ein Wasserwerk zu errichten, zu besitzen oder zu verwalten (als Wasserwerk gelten jede Vorrichtung zur Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser und jede Wasseraufbereitungsanlage). Die Genehmigung kann ohne jede Angabe von Gründen verweigert werden. Ebenso kann eine Genehmigung ohne jede Angabe von Gründen entzogen oder angeändert werden. Die zuständigen Behörden
dürfen jede Wasserressource, für die keine Geneh-migung vorliegt, beschlagnahmen, auch wenn gegen den Besitzer noch kein rechtskräftiger Beschluss vorliegt.“
1999 durften die Palästinenser nur 7 Brunnen bohren. Die Bohrtiefe war auf 140 m beschränkt, während israelische Brunnen bis in Tiefen von 800 m vorstoßen dürfen.

In dem Maße, wie sich die Wasserknappheit durch Trockenheit und Übernutzung verschlimmert, verschärfen sich die damit einhergehenden Konflikte. Der Wasserspiegel des Sees Genezareth ist seit 1993 um 4 Meter gefallen und hat einen Jahrhunderttiefstand erreicht. 1999 musste Israel den Wasserverbrauch der Landwirtschaft in Folge von Trockenheit um 10 Prozent reduzieren. Manche Prognosen gehen davon aus, dass Israel keine andere Wahl bleibt, als seinen Wasserverbrauch einzuschränken,
den Anbau von Baumwolle und Orangen einzustellen und stattdessen trockenresistente Nahrungspflanzen anzubauen.

Aus: Der Kampf um das blaue Gold S. 114 bis 116 (Rotpunktverlag 2003)
S. auch den ausführlichen Bericht
„Das Wasser und die Palästinafrage
http://www.uni-kassel.de

Edward Said
Palästina und Israel: Grundlagen des Zusammenlebens

1.Die Verbindung zwischen dem Holocaust und der Nakba (Vertreibung) 1948

Der Palästinenser Edward Said (1935 – 2004) lebte seit seinem 16. Lebensjahr in den USA.
Er ist Autor u.a. von „Orientalismus“ und „Kultur des Imperialismus“, „Das Ende des Friedensprozesses – Oslo und danach“, „Am falschen Ort“ (Autobiographie)

„Es muss eine Verbindung hergestellt werden zwischen dem, was den Juden im Zweiten Weltkrieg widerfahren ist, und der Katastrophe des palästinensischen Volkes. Diese Verbindung lässt sich jedoch nicht nur rhetorisch herstellen, oder als Argument, um die wahre Bedeutung des Holocaust wie auch des Jahres 1948 in Frage zu stellen oder herunterzuspielen. Beide dürfen nicht einfach gleichgesetzt werden. Weder das eine noch das andere rechtfertigt die gegenwärtige Gewalt, und es darf weder das eine noch das andere verharmlost werden. Es gibt genug Leid und Ungerechtigkeit für jeden. Aber solange diese Verbindung nicht hergestellt wird, solange die jüdische Tragödie nicht als unmittelbare Ursache der palästinensischen Katastrophe gesehen wird – als ihre gewissermaßen „notwendig“ (wenn auch nicht absichtlich herbeigeführte) Ursache -, solange werden wir als zwei Gemeinschaften nebeneinanderher leben müssen, die unfähig sind, sich über das ihnen jeweils widerfahrene Leid auszutauschen. Das Versagen Oslos bestand darin, dass es in Begriffen der Trennung dachte, einer klinischen Teilung zweier Völker in getrennte, aber ungleiche Einheiten, statt zu begreifen, dass der einzige Weg, die endlose Eskalation der Gewalt und der Entmenschlichung zu überwinden, darin besteht, die Universalität und Integrität der Erfahrung des anderen einzugestehen, so dass die Vorstellung eines zukünftigen gemeinsamen Lebens überhaupt erst möglich wird.

Es ist mir unmöglich, a) die Anwesenheit der Juden in Israel nicht vor allem als ein nachhaltiges Ergebnis des Holocaust zu betrachten, wie auch b) von ihnen nicht das Eingeständnis dessen zu fordern, was sie den Palästinensern 1948 und danach angetan haben. Das bedeutet, dass wir als Palästinenser von ihnen **Anerkennung und Entschädigung verlangen**, ohne damit in irgendeiner Weise ihre eigene Erfahrung von Leid und Völkermord abwerten zu wollen. Das ist die einzige Art gegenseitiger Anerkennung, die ihren Namen verdient (…)

Wir müssen die jüdische Erfahrung mit allem, was sie an Schrecken und Angst zur Folge hat, akzeptieren; wir müssen aber auch fordern, dass unsere Erfahrung nicht weniger Beachtung findet, wenn auch vielleicht auf einer anderen Ebene. Wer würde Massenvernichtung moralisch mit Massenenteignung gleichsetzen? Allein der Versuch wäre töricht. Aber beide hängen – was etwas ganz anderes ist – zusammen in dem Kampf um Palästina, in seiner ganzen Unnachgiebigkeit, mit seinen so unversöhnlichen Elementen. Ich weiß, dass es wie eine Zumutung wirken muss, von vergangenem jüdischen Leiden zu sprechen, während nach wie vor palästinensisches Land genommen wird, während man weiterhin unsere Häuser zerstört und unsere tägliche Existenz von Demütigungen und der Unterdrückung bestimmt ist, die uns Israel und seine vielen Unterstützer in Europa und insbesondere den USA aufzwingen. Ich vermag auch nicht den Gedanken zu akzeptieren, wonach der Zionismus durch die Beschlagnahmung unseres Landes die Geschichte der Juden erlöst haben soll, und **niemals werde ich mich stillschweigend mit der Enteignung des gesamten palästinensischen Volkes abfinden**. Ich kann jedoch nachvollziehen, dass die Qualen des Holocaust bei seinen Opfern Deformierungen hervorgerufen haben, deren Auswirkungen heute die Opfer des Zionismus zu spüren bekommen, die Palästinenser. Zu verstehen, was die den Juden in Europa unter den Nazis widerfahren ist, heißt, das Universelle einer menschlichen Erfahrung unter schrecklichen Bedingungen zu verstehen. Es bedeutet Mitleid, menschliche Sympathie und tiefsten Abscheu vor der Vorstellung, Menschen aus ethnischen, religiösen oder nationalistischen Gründen zu töten.

Ich knüpfe an ein solches Verstehen, an solches Mitleid keine Bedingungen: man empfindet sie um ihrer selbst willen und nicht, um politischen Profit daraus zu ziehen. Einem solchen Fortschritt im Bewußtsein der Araber sollte gleichwohl mit der gleichen Bereitschaft zu Mitleid und Verständnis seitens der Israelis wie auch ihrer Unterstützer begegnet werden, die alle möglichen Ausflüchte vorbringen und jede Verantwortung zurückweisen, wenn es um Israels zentrale Rolle bei der historischen Enteignung unseres Volkes geht. Das ist beschämend. (..)

Wir müssen unsere Geschichte zusammen denken, so schwierig das sein mag, damit es eine gemeinsame Zukunft geben kann. Und diese Zukunft muss Araber und Juden in gleicher Weise einschließen, frei von allen Vorstellungen, die darauf abzielen, die eine oder andere Seite zu missachten oder theoretisch oder politisch auszuschließen. Darin liegt die eigentliche Aufgabe. Der Rest ist dann vergleichsweise einfach. (November 1997)“

(Auszug aus „Das Ende des Friedensprozesses – Oslo und danach – 2000 erschienen, S. 148-155)

2. Zur besonderen Rolle Deutschlands

Deutschland spielt eine besondere Rolle. Eine ganze Nation von Palästinensern wurde im Laufe der letzten Jahrhunderthälfte verdrängt und enteignet, vor allem auf Grund des europäischen Antisemitismus. Was den Juden Europas (besonders durch Deutsche) widerfuhr, war eine Katastrophe, für die das palästinensische Volk – das an der Katastrophe keinen Anteil hatte – mit der Zerstörung ihrer Gesellschaft im Jahre 1948 und ab 1967 mit der militärischen Okkupation des ihm verbliebenen Landes bezahlen musste. Die offizielle deutsche Haltung zu Problemen des Nahen Ostens hält sich eng an die vorgegebenen Leitlinien amerikanische Politik, die sich auch in der Europäischen Union durchgesetzt haben – auch wenn die Amerikaner in ihrer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Israels viel weiter gehen als die Europäer. Gewiss, es war richtig, dass das deutsche Volk Israel Reparationen zahlte, aber warum glaubt man in Deutschland, der vollkommen gerechtfertigte Kampf um die palästinensische Selbstbestimmung ließe sich entweder ignorieren oder nur mit bloßen Erklärungen hier und da unterstützen? Ich möchte deshalb meine deutschen Leser auffordern, die notwendige Verbindung zwischen ihrer Geschichte und unserer zu ziehen (und sie nicht zu leugnen) und dann den notwendigen Schluss zu ziehen. Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann.

(Auszug aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe vom gleichen Buch, S. 29

***Erstunterzeichner**: Focus on the Global South; Institute for Policy Studies; Sisters of the Holy Cross Congregation Justice Committee; Jubilee South; 50 Years is Enough; Gender Action; Nicaragua-US Friendship Office; Solidarity Africa Network; Development Gap; Citizens' Action for Essential Services; Intercultural Resources-Lokayan; Jerry Mander, co-director, International Forum on Globalization.) Monday, 24 July 2006*

Strategie zur Krise des Internationale Währungsfonds (IWF):

Einschränken oder Versenken

Das folgende Dokument wurde in zweimonatiger gemeinsamer Arbeit von Vertretern der Organisationen erstellt, die an dem Treffen des Institutes für Politikstudien in Washington DC teilnahmen. Diese fand statt im Vorfeld des IWF Frühlingstreffens in der dritten Aprilwoche 2006. Es ist als Auftakt einer Diskussion gedacht, die auf den Treffen der Bretton Woods Organisationen in Singapur und Indonesien im September 06 stattfinden soll. Es wurde weltweit von folgenden Organisationen und Einrichtungen unterzeichnet und wird den Regierungen, die an den Treffen teilnehmen werden, vorgelegt werden.

Der IWF befindet sich in seiner wahrscheinlich schwächsten Situation seit Jahren. Er leidet an einer **dreifachen Krise**: einer Legitimationskrise, einer Budgetkrise und einer Rollenkrise, eine Zuspitzung, wie es sie noch nie in den 62 Jahren seiner Existenz gegeben hat. Diese Umstände geben Kritikern des IWF die Gelegenheit, ihn in seiner Rolle radikal zu reduzieren, seine Macht einzuschränken – oder ihn sogar völlig zu entmachten. Sollte diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen, könnten andere Umstände dafür sorgen, dass der Fond wieder neu belebt und gestärkt in Erscheinung tritt.

Vor 10 Jahren lebte der IWF noch in der selbstherrlichen Vorstellung, dass er allein wüsste, was das Beste für die Länder der Dritten Welt sei. Heute ist der IWF eine Einrichtung, die unter Druck steht und sich – unfähig, der wachsenden Zahl von Kritikern ein überzeugendes Konzept vorzulegen - hinter dicken Mauern in Washington DC versteckt.

Die Legitimationskrise

Der Wendepunkt für den Höhenflug des IWF liegt hauptsächlich in der Finanzkrise Asiens, welche im Spätsommer 1997 den Wirtschaftsboom der berühmten Tigerstaaten stoppte. Diese Finanzkrise war das ‚Stalingrad' des IWF, von der er sich nie hat erholen können. Dennis de Tray – ein ehemaliger Vertreter des IWF, der zusammen mit der Weltbank in dieser Zeit in Jakarta arbeitete - formulierte es folgendermaßen: „Der IWF verlor seine Legitimation und hat sie nicht wieder erlangt“ [i]

Während dieser Krise musste der IWF drei schwere Schläge hinnehmen:
Er wurde *erstens* dafür verantwortlich gemacht, dass viele Regierungen Ost-Asiens die Kapitalverkehrskontrollen lange vor der Krise aufgegeben hatten. Diese Liberalisierung der Anlagemöglichkeiten zog zwischen 1993 und 1997 Milliarden von Spekulationskapital an und sorgte gleichzeitig dafür, dass während der Krise im Sommer 1997 das Kapital innerhalb weniger Wochen aus Indonesien, den Philippinen, Thailand, Malaysia und Südkorea abfließen konnte.
Der *zweite* Schlag bestand in der weit verbreiteten Annahme, dass die millionenschweren Rettungsmaßnahmen, die der IWF für die betroffenen Länder vorsah, nicht für die Stabilisierung der Volkswirtschaften, sondern dafür genutzt wurden, ausländische Kreditgeber und andere Spekulanten aus dem Ausland auszubezahlen. Die Citybank zum Beispiel, obwohl in Asien übermäßig stark vertreten, verlor nicht einen Cent in dieser Krise. Wegen dieser skandalösen Entwicklung wurde der IWF stark kritisiert, sogar von Verteidigern des freien Marktes. So sagte z.B. George Shultz, ehemaliger Außenminister unter Richard Nixon, der IWF befördere unmoralische Spekulation („moral hazzard“) und sollte deshalb abgeschafft werden.
Der *dritte* Schlag kam mit den Ergebnissen des Krisenprogramms, das den betroffenen Staaten aufgezwungen wurde. Aufgrund der völlig falschen Maßnahmen, nämlich der Kürzung der Staatsausgaben, um eine Inflation zu vermeiden, gerieten diese Staaten in eine noch stärkere Rezession.

Das Finanzdebakel in Asien gab den Anstoß für eine Überprüfung der Strukturanpassungsprogramme, die der IWF, zusammen mit der Weltbank seit 1980 mehr als 90 Entwicklungs- und Schwellenländern auferlegt hatte.
Wenige davon waren erfolgreich, was das versprochene Wirtschaftswachstum, den versprochenen Abbau von Ungleichheit und Armut betrifft. Die - „Schocktherapie“-Programme des IWF führten in Russland und in Osteuropa zu einer verstärkten Armut in den 90ern. [ii] Die Ergebnisse waren so schlecht, dass die ausgedehnten Strukturanpassungsprogramme umbenannt wurden in „Maßnahmen zur Reduzierung von Armut und Schaffung von Wachstum“.

Im Jahre 2002 dann - der IWF taumelte noch angesichts der Asienkrise - brach die Wirtschaft in Argentinien zusammen und erklärte sich für 100 der 140 Mio. Dollar Auslandsschulden zahlungsunfähig. Wahrscheinlich war Argentinien mehr als jedes andere Land den neoliberalen Vorschriften des IWF gefolgt, einschließlich einer radikalen Deregulierung, radikalen Zoll-Liberalisierung Finanzmarkt-Liberalisierung. Der IWF war ebenso der stärkste Befürworter von Argentiniens „Currency Board“, das für die Bindung des Argentinischen Peso an den Dollar sorgte. Als diese Politik in den Jahren 2001 und 2002 scheiterte, verlor der IWF weiterhin an Glaubwürdigkeit, hatte er doch Millionen von Dollar zur Stützung des Peso investiert.

Die Nachwirkungen der Krise brachten noch mehr Schaden. Als Nestor Kirchner 2003 zum Präsidenten gewählt wurde, erklärte er, dass seine Regierung die Schulden gegenüber privaten Geldgebern begleichen würde, aber nur 25 Cent pro Dollar. Aufgebrachte Kreditgeber verlangten, dass der IWF Kirchner disziplinieren solle. Dieser aber zögerte, angesichts seines ruinierten Rufes, den argentinischen Präsidenten zu konfrontieren, und so gelang eine radikale Abschreibung der Schulden gegenüber dem internationalen privaten Sektor.[iii]

Zusammen mit Brasilien und anderen Akteuren – Regierungen von Entwicklungsländern – zerstörte Argentiniens nächster Schritt das Bild des IWF als der Retter in letzter Sekunde. Beide Regierungen zahlten all ihre Schulden an den

IWF. Das ermöglichte Ihnen, ihre Unabhängigkeit von einer Institution zu erklären, die in ganz Lateinamerika sehr verhasst ist.

Die Haushaltskrise

Die Legitimitätskrise hatte finanzielle Konsequenzen. 2003 erklärte die Thailändische Regierung, dass sie den Großteil ihrer Schulden an den IWF beglichen hatte und bald von ihm unabhängig sei. Indonesien kündigte die Kreditvereinbarung im Jahre 2003 und erklärte kürzlich, innerhalb von 2 Jahren die Restschulden zu tilgen. [iv] Mehrere Großschuldner in Asien haben – angesichts der verheerenden Konsequenzen der Maßnahmen des IWF – keine weiteren Kredite beim IWF beantragt. Unter ihnen befinden sich die Philippinen, Indien und China. Mittlerweile ist dieser Trend verstärkt worden durch die Maßnahmen Brasiliens und Argentiniens, die ebenfalls alle ihre Schulden beglichen haben und keine weiteren Kredite aufnehmen wollen.

Das ist tatsächlich ein Boykott der größten Schuldner und übersetzt sich in eine Budgetkrise, denn in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich der IWF mehr und mehr durch die Schuldentilgung seitens der Entwicklungsländer statt durch die Beiträge der wohlhabenden Regierungen des Nordens finanziert, die die Last der Finanzierung des IWF auf die Schuldner abgewälzte. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass der IWF nach eigenen Angaben statt 3,19 Milliarden Dollar (2005) nur noch 1,39 Milliarden (2006) und im Jahre 2009 nur noch 635 Millionen Dollar zur Verfügung haben wird. Damit „steckt er finanziell stark in der Klemme" [v] meint Ngare Wood, ein IWF Experte der Oxford Universität.

Der Bedeutungsverlust

Die Krise des IWF in seiner Rolle als Herr und Meister der verschuldeten Länder und als einziger Ratgeber in Sachen Strukturanpassung wurde begleitet von einer vergeblichen Suche nach einer neuen Rolle.

Ein Versuch der G7, den IWF zu einem Hauptakteur im Zentrum der „globalen Finanzarchitektur" zu machen und ihm die Verantwortung für die Vergabe von „Notfallkrediten" zu geben, führte ins Leere. Länder, denen eine Finanzkrise drohte, sollten Kredite erhalten, wenn sie die vom IWF empfohlenen makroökonomischen Bedingungen erfüllten. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass schon das Gerücht, dass eine Regierung um eine Kreditlinie bat, genau die finanzielle Panik hervorrufen könnte, die die Regierung zu vermeiden suchte.

Ein weiterer Vorschlag bestand darin, einen vom IWF geführten „Souveränen Schulden Restrukturierungs-Mechanismus" zu entwickeln, eine internationale Version der in Kapitel 11 verankerten Maßnahmen im Fall einer Zahlungsunfähigkeit, welche zum Inhalt haben, zahlungsunfähige Länder vor den Forderungen der Kreditgeber zu schützen. Als Gegenleistung wurde ein Plan zur Umstrukturierung verlangt. Diese Idee scheiterte an den Einwänden der südlichen Länder und an den Befürchtungen der USA. Erstere hielten die Schutzmaßnahmen für zu schwach, die US-Banken fürchteten um ihre Operationsfreiheit.

Während des letzten Treffens im Frühjahr 2006 war der IWF beauftragt worden, die Beziehungen zwischen Ländern mit starken makroökonomischen Ungleichgewichten zu gestalten, also zwischen solchen Ländern, die starke Handelsbilanzüberschüsse bzw. –defizite vorzuweisen haben. Aber dieser Auftrag war überaus vage definiert. Und genau das spiegelt die verzweifelte Suche nach einer neuen Rolle in der – an sich überflüssigen - Organisation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der G8 Staaten wider.

Warum wir nun aktiv werden müssen

Zurzeit ist der IWF angesichts dieser dreifachen Krise besonders geschwächt, dies ist der beste Moment eine Initiative zu starten, um ihn in seiner Macht endgültig einzuschränken oder um ihn zu entmachten.

Es gibt drei Faktoren, die diese Initiative unterstützen könnten:
Erstens: Wie oben beschrieben, möchten die wichtigsten Entwicklungsländer nichts mehr mit ihm zu tun haben.
Zweitens: Die US-Elite ist mehr als sonst in ihrer Haltung dem IWF gegenüber gespalten. Viele Konservative möchten ihn abschaffen. Als der IWF seine finanziellen Ressourcen im US Kongress 1998 wieder auffüllen wollte, wurde es ihm von den Konservativen fast verwehrt. Wahrscheinlich wären sie heute erfolgreich.
Drittens: Die Politik der USA und der zentralen Europäischen Staaten war dem IWF gegenüber nicht einheitlich. Manche Europäischen Staaten z.B. forderten vom IWF, die Schulden Argentiniens bei europäischen Geldgebern zu begleichen. [vi] Die Bush-Administration hingegen begegnete dieser Idee mit Zurückhaltung, da sie verhindern wollten, dass die Geldreserven des IWF durch diese Aktion erschöpft würden. Ein anderes Beispiel der unterschiedlichen Herangehensweise ist, dass die Europäischen Staaten einem vom IWF gemanagten Schuldenabbau System positiv gegenüber standen, die USA es aber torpedierten.

Zusammengefasst bedeutet dies: Die drei Säulen, durch die der IWF seit mehr als sechzig Jahren gefestigt wurde: seine Rolle als letzter Retter in Krisensituationen, der internationale Konsens innerhalb der Elite der USA und der transatlantische Konsens zwischen der USA und den Europäischen Ländern sind ins Wanken geraten und eröffnen die Möglichkeiten für eine wirkungsvolle globale Kampagne mit dem Ziel, den IWF zu entmachten oder ganz abzuschaffen.

Ein Retter in letzter Not?

Während eine steigende Anzahl der Mitarbeiter im IWF eine sinkende Effektivität beklagt, gibt es immer noch einige, die einer Auflösung des IWF zögernd gegenüber stehen, weil sie die Existenz solch einer Organisation für die Unterstützung der Entwicklungsländer als notwendig ansehen. [vii]

Es gibt keine neue Rolle für den IWF

Für viele Länder *Asiens* wäre eine regionale Einrichtung, die die Region in ihrer Komplexität besser kennen und verstehen, sinnvoller als der IWF. Solch eine Organisation - wie z.B. der Asean Monetary Fund (AMF), die durch ein Veto Washingtons und des IWFs während der Asienkrise noch verhindert wurde - könnte die Auflagen und Bedingungen der Kreditvergabe weniger strikt handhaben. Das ASEAN Plus Three Management ist ein Versuch, der in diese Richtung geht.

Auch in *Lateinamerika* gibt es eine Bewegung hin zu einer regionalen Institution, die als Kreditgeber und als Retter in höchster Not dienen kann: die Bolivarische Alternative ALBA, ins Leben gerufen von Venezuela, Bolivien und Kuba.

Die ostasiatischen Länder und die Länder Lateinamerikas verfügen über große Kapitalressourcen für Notfälle. Aber, so lautet ein Einwand: Was ist mit *Afrika*? Da dieser Kontinent über keine Kapitalre-

serven verfügt, zögern die Länder Afrikas, sich vom IWF zu trennen.

Zunächst ist die dringendste Notwendigkeit für die afrikanischen Länder südlich der Sahara – wie für die meisten Länder des Südens – ein echter Schuldenerlass, ohne externe Bedingungen, nicht die heuchlerischen HIPC („highly indepted poor country“) Initiative, die durchsetzt ist mit den IWF-typischen Bedingungen. Das würde auch die Streichung der Schulden afrikanischer Länder an den IWF einschließen, gegen die sich der Fond ständig gesträubt hat, obwohl er kürzlich murrend der Streichung der Schulden von gerade mal 19 HIPC-Länder zugestimmt hat. Die Frage, wer als Retter in der Not für Afrika auftreten kann, ist wichtig, allerdings disqualifiziert die lange Liste schlechter Ratschläge und schlechter Politik den IWF für diese Rolle in diesem Erdteil. Auch wenn der IWF es nicht einsehen möchte, [viii] kann Afrika nicht der letzte Kontinent sein, in dem man die Richtlinien anwendet, die überall sonst versagt haben. [ix]

Die Regierungen Afrikas könnten, statt weiterhin auf den IWF zu vertrauen, mit relativ kapitalstarken Regierungen kooperieren, wie z.B. China, Venezuela, Indien und Südafrika, und eine regionale Einrichtung schaffen, die als Retter in der Not dienen kann. Sie sollten aus ihren Erfahrungen mit dem reichen Norden und dem IWF lernen und gleichberechtigte und faire Vereinbarungen mit diesen Regierungen treffen, was schwierig sein wird, da einige dieser Länder genauso ausbeuterisch sind wie nördliche Interessenten.

Aber die Afrikaner haben keine andere Wahl als die Kontrolle über die wertvollen Ressourcen ihres reichen Kontinentes zu bekommen - durch Streichung ihrer Schulden, durch ihre Zurückweisung oder durch ein Zusammengehen mit potenziell sympathisierenden Bündnispartnern, wie z.B. Venezuela, das die Verbindungen zum Fonds schon abgebrochen hat. So könnten die Ressourcen für die Entwicklung mobilisiert werden statt zu erlauben, dass sie aus Afrika abfließen in Form von massiven Schuldenzahlungen an die großen Gläubiger, die Weltbank und den IWF

Die Konsequenzen, wenn man diese Gelegenheit nicht aufgreift

Der IWF ist momentan nicht politikfähig, aber seine Fähigkeiten, sich wieder zu erholen, dürfen nicht unterschätzt werden. Unvorhergesehene Entwicklungen in den USA und den Europäischen Ländern könnten zu einer gemeinsamen Front führen, um eine Neubelebung dieser Organisation zu betreiben. Oder die USA könnte ihn künstlich am Überleben halten, um ihn als verlängerten Arm der Washingtoner unilateralen Außenpolitik zu etablieren und ihn z.B. dafür zu nutzen, China zur Aufwertung des Renminbi zu zwingen und damit das US Außenhandelsdefizit auszugleichen.

Mit anderen Worten: Wir haben nicht die Zeit, lange dabei zu stehen und uns an der Krise des IWF zu erfreuen. Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, damit er das Schicksal erleidet, das er verdient hat.

Eckpunkte einer Kampagne

Um den IWF endgültig zu entmachten, müssen die Regierungen der südlichen Länder dazu aufgefordert werden, *keine neuen Kreditverhandlungen* mit dem IWF zu führen.

Außerdem sollten die Regierungen aufgefordert werden gemeinsam die *Schuldenzahlungen an den IWF zu verweigern*. Wir sollten auch die Länder, die an heuchlerische oder ineffektive Schuldenerlassprogramme gebunden sind (wie HIPIC, das durch den IWF und die Weltbank überwacht wird), diese Programme zu verlassen.

Gleichzeitig sollte diese Kampagne die Regierungen, die im *Poverty Reduction Strategy Programs (PRSPs)* zusammenarbeiten, auffordern, auf die Beratungs- und Management-Dienste der Fonds und der Bank zu verzichten und ihre Verpflichtungen, die sie dem IWF und der Weltbank gegenüber eingegangen sind, einer kritischen Prüfung zu unterziehen oder sie einseitig zu kündigen. Die negativen Auswirkungen der Vereinbarungen auf Produktion, Arbeitsplätze, Löhne, Einkommen, Gesundheit, öffentliche Dienste, Gleichberechtigung, Umwelt etc müssen untersucht werden. Die Politik des IWF ist gerade an dieser Stelle sehr verwundbar, und eine fokussierte Kampagne zu ihrer Beendigung hat gute Erfolgschancen, die auch ein Anreiz für weitere Initiativen sein könnte.

Regierungen sollten ihre Vereinbarungen mit dem IWF überprüfen, Kündigungen der Mitgliedschaft könnten öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Ein Symposium zu diesem Thema, veranstaltet z.B. in Argentinien, könnte Nachfolgetreffen in anderen Ländern initiieren. Weitere Aktivitäten könnten weitere Mitgliedsländer zum Austritt aus dem IWF veranlassen.

In den USA, Europa, Japan und in Ländern des Südens sollten parlamentarische Debatten dazu benutzt werden, Hearings und Rechenschaftsberichte zum IWF zu veranstalten. Die Forderung nach einem Rückzug aus dem IWF könnte ein Thema sein, das die Aufmerksamkeit sowohl von offizielle Seite als auch der Zivilgesellschaft auf sich zieht. Ein Forum in einem Land wie z.B. Argentinien könnte ähnliche Foren in anderen Ländern anstoßen. Das könnte verbunden werden mit einem Referendum über eine fortgesetzte Mitgliedschaft im IWF, ähnlich dem Referendum über Brasiliens Mitgliedschaft im der „Free Trade of the Americas“ im Jahre 2002. Dort, wo es eine Erfolgschance gibt, können wir auf eine Parlamentsabstimmung über den Rückzug aus dem IWF drängen.

Es sollte nach intensiver Vorbereitung im Jahr 2007 eine Konferenz stattfinden, die sich hauptsächlich mit Alternativen zum IWF befasst. Als Auftakt dient das geplante Seminar während des Herbsttreffens des IWF und der Weltbank in Singapur 2006.
Allen interessierten Ländern sollte die Möglichkeit gegeben werden an diesen Treffen teilzunehmen, auch, wenn sie noch nicht in der Lage sind, sich vollständig vom IWF zurückzuziehen.

Die Herausforderung

In seiner klassischen Studie „*Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*“ hat Thomas S. Kuhn aufgezeigt, wie sich Paradigmen entwickeln als Denkmodelle, die zunächst einen quantitativen Sprung vorwärts anstoßen und dann zu Hindernissen für den weiteren Fortschritt der Wissenschaften werden. Übertragen auf den IWF bedeutet das, dass ein effektiver und vitaler Zusammenschluss zwei Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg für ein globales Wirtschaftswachstum sorgte und dann zu einem Koloss mutierte, der drei Jahrzehnte lang die nachhaltige Entwicklung von Millionen Armen blockierte. Hätte man diese Entwicklung stoppen können, wären 22 Millionen Indonesier und eine Million Bürger Thailands vor der Armut – verursacht durch die aufgezwungenen Liberalisierungsmaßnahmen – bewahrt worden.

Argentinien, das Aushängeschild des Neoliberalismus, hätte vor dieser Tragödie der Arbeitslosigkeit und Armut für mehr als die Hälfte der Bevölkerung bewahrt werden können.
In *Malawi* hätten Tausende vor dem Hunger und der Mangelernährung bewahrt werden können, wenn der IWF das Land nicht gezwungen hätte, das Ernährungsprogramm zu kommerzialisieren.
Hunderte Millionen von Menschen in *Russland* und den östlichen europäischen Ländern wären nicht verarmt, wenn es die IWF Schock-Therapie nicht gegeben hätte.

Globales wirtschaftliches Management ist eine wichtige Angelegenheit, aber eine, in der der IWF in seiner jetzigen Form keine positive Rolle spielen kann. Die erhofften stabilisierenden Maßnahmen in einer volatilen Welt der unregulierten globalen Finanzen wurden ständig von dem stärksten Mitglied des IWF, den USA, torpediert. Die Rolle des Retters in der Not wurde durch die Maßnahmen selbst unterminiert und verursachten Armut, Ungleichheit und wirtschaftliche Stagnation.

Eine Entmachtung des IWF bedeutet kein globales Chaos auf den Finanzmärkten, wie uns die Wall Street Glauben machen möchte. Im Gegenteil: eine Entmachtung des IWF ist die absolute Bedingung für die Schaffung eines wahrhaft gerechten, vernünftigen und effektiven Systems eines globalen Finanzmanagements. Die Auflagen des IWF verurteilen die Entwicklungsländer zu Krisen und noch größerer Armut. Die „Rettungsprogramme" des IWF verhelfen lediglich den Geldgebern zu großen Vorteilen, während sie dem Volk Stabilisierungsprogramme auferlegen, die in die Rezession führen. Der IWF hat in der Tat kein Interesse, die Macht der globalen Spekulanten zu drosseln. Solange er in einer Machtposition ist und die grundlegende globale Finanzreform auf Geheiß der Wall Street blockiert, wird es mehr Finanzkrisen geben, mehr Unsicherheit für die Bevölkerung und weniger Berechenbarkeit auf der Seite des Finanzkapitals.

Der IWF ist gefährlich wie ein veralteter Atommeiler und sollte – wie viele meinen - vom Netz genommen werden. Die beste Lösung angesichts der Probleme, die diese Dinosaurierinstitutionen verursachen, ist es, diese Einrichtungen auszuschalten. Aber wenn dies momentan noch nicht möglich ist, sollte der Schaden, den der IWF anrichten könnte, weitestgehend begrenzt werden.

[i] Comments at lunch seminar on the IWF and the World Bank, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, April 21, 2006.

[ii] United Nations Development Program (UNDP), Human Development Report (New York: Oxford University Press, 2003), pp. 33-65.

[iii] Kirchner, however, continued to pay Argentina's debt to the Fund in full.

[iv] "President Says IWF Debt to be Repaid in Two Years," Jakarta Post, May 26, 2006.

[v] Ngaire Woods, "The Globalizers in Search of a Future: Four Reasons why the IWF and World Bank Must Change, and Four Ways they can," CDG (Center for Global Development) Brief, April 2006, 2.

[vi] See Walden Bello, "Synthesis Report on the E Forum on International Regulation," Focus on the Global South and Pacific Action Research Center, Hong Kong, December 2005.

[vii] See George Soros, On Globalization (New York: Public Affairs, 2002).

[viii] See Ngaire Woods, The Globalizers: the IWF, the World Bank, and their Borrowers (Ithaca: Cornell University Press, 2006), pp. 141-178.

[ix] Woods, comments at lunch seminar on the IWF and the World Bank, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC, April 21, 2006.

Bisherige Unterzeichner: http://www.focusweb.org/content/view/985/27/1/1/

Übersetzung: Annette Sudek, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, coorditrad@attac.org und SiG-Redaktion

Christian Felber

Scheitern als Chance

*Der Stillstand der WTO-Verhandlungen bietet eine günstige Gelegenheit, das Freihandelsparadigma fallen zu lassen und ein gerechtes Welthandelsregime aufzubauen.**

Die medialen Reaktionen auf das Scheitern der WTO-Verhandlungen waren von drei "Vorwürfen" gekennzeichnet. Zum einen hieß es an die Adresse der WTO-KritikerInnen, dass der Verhandlungsstopp ein Schaden für die Entwicklungsländer sei. Das ist nicht zutreffend, weil die so genannte "Entwicklungsrunde" von Doha nie eine solche war. Es war vor allem die
EU, die diesen Begriff nach der gescheiterten Ministerkonferenz von Seattle 1999 erfand, um die kritisch gewordene Medienöffentlichkeit in Europa zu beschwichtigen. Die Doha Runde zielte unverändert auf Liberalisierung bei Industriegütern, Dienstleistungen und in der Landwirtschaft - zum Nachteil der armen Länder. Folgerichtig weigerte sich der UNCTAD-Generalsekretär von Beginn an, das Etikett "Entwicklungsrunde" zu verwenden, was jüngst von der Neuen Zürcher Zeitung bestätigt wurde.

Indirekt hat dies auch die Weltbank untermauert. Industrievertreter zitierten gerne eine Studie der Bank, wonach die Doha-Runde einen zusätzlichen Wohlstand von 300 Milliarden US-Dollar geschaffen hätte. Was sie nicht dazusagten: Nur 86 Milliarden davon wären den Entwicklungsländern zugute gekommen, den Löwenanteil von 201 Milliarden US-Dollar hätten die Industrieländer eingestreift. Im "Most likely"-Szenario wären die Entwicklungsländer noch schlechter ausgestiegen: 80 Milliarden für die Reichen, 16 Milliarden für die Armen, das entspricht 0,14 Prozent ihres BIP oder 1 Cent pro Kopf und Tag - im Schnitt. Erfahrungsgemäß gewinnt bei hastiger Handelsliberalisierung eine Minderheit, während die Mehrheit verliert.
Nicht wenige Länder hätten zur Gänze verloren. Der "Jubel" der WTO-KritikerInnen gemäß dem Motto "Kein Deal ist besser als ein schlechter Deal"

war daher nicht "verantwortungslos", sondern berechtigt.

Ein zweiter Vorwurf an die Jubilierer lautet, jetzt würden die USA und die EU eben auf bilaterale Abkommen umsatteln und den Entwicklungsländern hier noch mehr abtrotzen, weil diese in bilateralen Verhandlungen wehrloser seien. Dieser Vorwurf übersieht, dass EU und USA schon die längste Zeit One-to-one-Abkommen schließen - parallel zur WTO. Die WTO ist nur noch der Mindeststandard und "praktischer", weil ihre Regeln gleich für 150 Länder gelten. Was aber in diesem Forum nicht möglich war, zum Beispiel strenger Patent- und Investorenschutz mit direktem Klagerecht von Konzernen gegen Staaten, ist bilateral längst Realität.

Gänzlich absurd ist die Schuldzuweisung an die jubilierende Zivilgesellschaft dafür, dass die EU nun unfaire Abkommen mit armen Ländern abschließen werde. Die politisch engagierten Citoyens sollen die Verantwortung dafür tragen, dass unsere demokratischen Vertreter - die EU-Wirtschaftsminister - die armen Länder über den Tisch ziehen? Wie wäre es mit Kritik an der Regierungspolitik?

Eine dritte Standard-Reaktion besteht im hartnäckigen Aufkochen des Freihandelsmythos. Freihandel nütze allen Beteiligten, wird behauptet.
Diese Annahme wurde vor 200 Jahren von Adam Smith und David Ricardo getroffen, zu einer Zeit, als die Produktionsfaktoren - Kapital, Arbeitskraft, Rohstoffe - immobil waren. Heute sind - zum einen - Kapital und Rohstoffe hochmobil, europäisches Kapital kann in Asien mit afrikanischen Rohstoffen produzieren und alle Standortvorteile lukrieren. Zum anderen besteht die internationale Arbeitsteilung darin, dass sich der Norden auf Industriegüter spezialisiert hat und der Süden auf Rohstoffe. Dieser "ungleiche Tausch" hat schon in den vergangenen Jahrzehnten keine Entwicklung gebracht, im Gegenteil: Das Wachstum der Weltwirtschaft stürzte von 3,6 Prozent in den Sechzigerjahren auf 1,1 Prozent in den Neunzigerjahren ab. 54 Länder wurden laut UNO 1990 bis 2000 ärmer. Arbeitslosigkeit und Armut steigen in der Mehrheit der Weltregionen. Der Hunger nimmt seit Ende der Neunzigerjahre wieder zu.

Gefragt ist daher eine Alternative zum Freihandelsansatz. Die Stunde wäre günstig, ein soziales, ökologisches, demokratisches und auf kulturelle Vielfalt achtendes Welthandelsregime aufzubauen. Dieses wäre im Rahmen der UNO besser aufgehoben als in der betriebsblinden WTO. Ein gestärkter Wirtschafts- und Sozialrat könnte die Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die Arbeitsorganisation ILO und das zur Weltumweltorganisation ausgebaute Umweltprogramm UNEP koordinieren. In solch einem Regime sollten nur Länder mit gleichem Entwicklungsstand und mit gleichen Sozial-, Arbeits-, Umwelt- und Steuerstandards "frei" miteinander handeln. Fairer Handel würde dadurch zur Regel. Ökologische Kostenwahrheit im Transport würde regionale Entwicklung stärken.
Globalisierung würde vom Selbstzweck zum Instrument, zur sinnvollen Ergänzung.

Christian Felber ist freier Publizist und Attac-Mitbegründer. Am 26. August erscheinen "50 Vorschläge für eine gerechtere Welt" bei Deuticke.

erschienen in „Die Presse“ Österreich, 16.08.2006
www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=m&ressort=g&id=578514
www.christian-felber.at

Zur Kampagne Internationale Steuern

Umsteuern

Globalisierungsgewinne fairteilen!

Internationale Steuern sind eine funktionierende und praktikable Alternative zur fehlgeleiteten neoliberalen Globalisierung. Sie umfassen u. a. die Flugticketabgabe, Emissions- und Ressourcensteuern, die Tobin-Tax, Steuern und Steuern auf transnationale Konzerne. Mit diesen Instrumenten können demokratische Gestaltungsspielräume zurückgewonnen, globaler Umweltschutz betrieben, bestehende Ungleichheiten beseitigt und globale Aufgaben finanziert werden. Die Kampagnengruppe Internationale Steuern leistet Aufklärungsarbeit und löst Druck aus, damit die ersten internationalen Steuern schnellstmöglich eingeführt werden.

Derzeit betreibt die Kampagnengruppe die Einführung der Flugticketabgabe zur Finanzierung von Entwicklung in Deutschland, die bereits von 18 Staaten im Rahmen eines internationalen Abkommens beschlossen wurde. Anders als angekündigt, will sich die deutsche Regierung nicht anschließen. Daher wollen wir mit verschiedenen Aktivitäten und zwei zentralen Aktion nachhelfen, die im September in Berlin stattfinden sollen. Bislang hatten wir mit einer Aktion in Paris, einer Postkartenaktion, einem Aufruf an Abgeordnete und bei Regionalkonferenzen auf die Einführung der Flugticketabgabe in Deutschland hingearbeitet.

Die Flugticketabgabe kann aber nur der Anfang sein, der weitere internationale Steuern folgen müssen. Daher werden wir uns in der folgenden Kampagnenphase auf die Devisentransaktionssteuer ("Tobin Tax") und internationale Steuern auf transnationale Konzerne konzentrieren. Ab Oktober wollen wir verstärkt Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu den beiden Steuerarten leisten. Ab Sommer 2007 soll die zweite Phase der Druckkampagne zu einer der beiden Steuerarten beginnen.

Zur Kampagnenseite:
http://www.attac.de/internationale-steuern/neu/

Zur Krise innerhalb von Attac Frankreich

Vorbemerkung

Über die Auseinandersetzungen innerhalb von attac Frankreich wird in der Presse sehr selektiv berichtet. So haben wir über die Debatten um das „Manifest 2007“ auf der diesjährigen Sommerakademie von Attac Frankreich nichts erfahren. Ziel der Erarbeitung des Manifests war, getreu dem Motto „eine Volksbildung, die auf Handlungen ausgerichtet ist“ zu entfalten, die gemeinsamen Positionen aber auch die Differenzen zu zwölf Hauptthemen auszuloten (wir werden einige Ergebnisse in den nächsten SiG veröffentlichen).

Viel Wirbel wurde hingegen um den Rücktritt des jetzigen Attac-Präsidenten, Jacques Nikonoff, gemacht. Ein Blick in die Internetseiten von Attac Frankreich hätte genügt, um diese Nachricht in den weniger dramatischen Kontext einzubauen:
Nachdem im Juni 2006 Mitglieder und Kandidaten zum Verwaltungsrat von Attac Frankreich die Ergebnisse dieser Wahlen in Frage gestellt hatten – der Vorwurf der Wahlfälschung wurde erhoben -, haben sich die zwei „Fraktionen“ Schritt für Schritt auf folgendes Verfahren geeinigt:

1. *Neuwahlen des Verwaltungsrats Ende November/Dezember;*
2. *Veröffentlichung Anfang September von Stellungnahmen beider „Fraktionen“, damit alle Attac Mitglieder sich ein genaueres Bild über die inhaltlichen Differenzen machen können:*
3. *Untersuchung des Ablaufs der Wahlen im Juni. (S. den Artikel in SiG 52)*

Am 25.8. fand eine Sitzung des Verwaltungsrats statt, an der alle gewählten Mitglieder anwesend waren bzw. sich haben vertreten lassen, also waren auch diejenigen Mitglieder anwesend, die sich ursprünglich geweigert hatten, daran teilzunehmen, weil sie gegen die Ergebnisse der Wahlen Einspruch erhoben hatten. An dieser Sitzung nahmen ausnahmsweise – ohne Stimmrecht - ebenfalls 54 Mitglieder der Lokalkomitees aus ganz Frankreich, ein Zeichen für die Bedeutung dieser Sitzung.
Auf dieser Sitzung wurde der Bericht von René Passet über die Untersuchungen zum Ablauf der Wahlen zu Kenntnis genommen.
Beschlossen wurde die Bildung einer Versöhnungskommission. Ihre Aufgabe: Bildung einer exekutiven gemischten und paritätischen Kommission auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 29.8., welche mit der Führung der Geschäfte von Attac Frankreich bis zu den Neuwahlen betraut wird. Diese Kommission wird das Bureau (geschäftsführender Ausschuss) und die Vorsitzenden ersetzen, die dementsprechend am 29.8. zurückgetreten sind.

Wir wünschen den Attacies in Frankreich, dass sie aus dieser Krise gestärkt herauskommen!

In dieser Nummer veröffentlichen wir einen Brief von Christoph Ventura (für die internationalen Beziehungen bei Attac Frankreich zuständig) und einen Rückblick von Bernard Cassen über die Entstehungsgeschichte und die Entwicklung von Attac Frankreich.
In der Nummer 54 kommt eine Antwort zu Cassens Artikel – von S. George und anderen verfasst - und die Übersetzung von „Lignes d´Attac“ – Rundbrief für alle Attac –Mitglieder -, in der die Positionen der verschiedenen Kontrahenten veröffentlicht werden.
Marie-Dominique Vernhes, 10.9.2006

Christophe Ventura für Attac France

An die Attac-Vereinigungen Europas und der Welt

Im Anschluss an die Generalversammlung von Attac Frankreich

Liebe FreundInnen,

wie ihr wisst, fand am 17./18. Juni in Rennes die Generalversammlung von Attac Frankreich statt. Sie war in Frankreich sowie mehreren anderen Ländern Gegenstand einer sehr negativen medialen Berichterstattung. Indem die Medien ihr Augenmerk ausschließlich auf die – tatsächlich vorhandenen – Schwierigkeiten richten, in denen wir stecken, die von uns geleistete Arbeit jedoch außer Acht lassen, wollten sie gewissermaßen Rache nehmen an einer Vereinigung, der sie die maßgebliche Rolle beim Sieg des "Nein" bei der Volksabstimmung [über das EU-Verfassungsprojekt, Anm.d.Ü.] vom 29. Mai 2005 anlasten. Nicht weniger unverzeihlich ist für sie, dass die Kritik am Medienapparat als wirtschaftlichem Akteur und ideologischem Vektor des Neoliberalismus zu unseren strategischen Prioritäten gehört.

Wir sind uns bewusst, dass die Entwicklung unserer Vereinigung und die internen Debatten sich direkt auf das gesamte Attac-Netzwerk in Europa und der Welt auswirken. Insofern war es schon in der Vergangenheit unser Wunsch, die an die Mitglieder von Attac Frankreich ausgegebenen Informationen auch euch zur Verfügung zu stellen. Daran wollen wir festhalten. So habt ihr das Protokoll der Generalversammlung und sämtliche Erklärungen, Anträge und Appelle, die bei dieser Gelegenheit erarbeitet wurden, erhalten. Vor allem habt ihr auch die Erklärung der Generalversammlung vom 24. Juni bekommen, in der diese sich für "die Neuwahl des gesamten Verwaltungsrates" [Verwaltungsrat entspricht etwa dem deutschen Koordinierungskreis, Anmerkung der ÜbersetzerInnen] ausspricht, und zwar "unter völlig anderen organisatorischen Bedingungen, auf der Grundlage von deutlich dargelegten Vorhaben". Die Neuwahl soll ermöglichen, was bisher nicht der Fall war, nämlich die unterschiedlichen Vorstellungen über die Beschaffenheit von Attac allen Mitgliedern (und nicht nur der auf elektronischen Listen eingetragenen Minderheit) zur Diskussion zu stellen.

In den Nachrichten, die uns viele von euch seit dem 18. Juni übermittelt haben, kommt der legitime Wunsch zum Ausdruck, die Art und die Perspektiven der mitunter heftigen Debatten zu verstehen, die heute innerhalb von Attac Frankreich geführt werden. Diese Botschaften erinnern uns auch an das weltweite Engagement für unser gemeinsames Projekt auf der ganzen Welt. Jeder Attac-Verband der Welt ist ein gemeinsames Gut unseres gesamten Netzwerks.

Unsere Vereinigung steht derzeit an einem heiklen Punkt ihrer Geschichte. Sie muss ihre strategische Ausrichtung für die kommenden Jahre bekräftigen, und dies angesichts des spezifischen, im Wandel begriffenen wirtschaftlichen und politischen Kontexts, der in Frankreich heute – nach den sozialen Massenkundgebungen der letzten Monate, nach dem Sieg des "Nein" [bei der Volksabstimmung zum EU-Verfassungsprojekt, Anm.d.Ü.], aber auch im Hinblick auf die PräsidentInnen- und Parlamentswahlen 2007, die Teilnahme von Persönlichkeiten und aktivistischen Strukturen an diesem Prozess usw. – vorliegt. Über konjunkturelle Aspekte hinaus, auf die weiter unten eingegangen werden soll, muss die Attac-

interne Debatte als eine politische Debatte über die Gestaltung des Verhältnisses analysiert werden, das unsere Vereinigung mit der Politik und der Gesamtheit der Gewerkschaften und Vereine unterhalten soll.

Die beiden nachfolgenden Absätze verdeutlichen die beiden vorhandenen Lesarten der internen Debatte bei Attac Frankreich. Der erste stammt von jenen gewählten Verwaltungsratsmitgliedern, die beschlossen haben, an den Sitzungen nicht teilzunehmen. Der zweite wurde von den gewählten Verwaltungsratsmitgliedern verfasst, die sich einverstanden erklärt haben, an den Sitzungen teilzunehmen.

Absatz 1, verfasst von den gewählten Verwaltungsratsmitgliedern, die sich dazu entschlossen haben, ihre Arbeit im Verwaltungsrat auszusetzen:

Die aktuelle Krise ist allmählich herangereift. Sie resultiert aus dem Zusammenspiel zweier Aspekte: Einerseits dem Einsatz autoritärer Führungsmethoden, gekennzeichnet durch eine starke Zentrierung auf den Präsidenten und wiederholte mit starker Hand durchgesetzte Entscheidungen; andererseits aus politischen Divergenzen, deren sachliche Auflösung aufgrund besagter Methoden nicht möglich ist.

Die hauptsächliche politische Divergenz betrifft das Wesen der Vereinigung. Attac Frankreich besitzt eine eigentümliche Struktur. Es handelt sich um einen Verein von Einzelmitgliedern, die zum Teil in lokalen Komitees organisiert sind, welche oftmals wiederum selbst Vereine sind. Es handelt sich auch um einen Verband unterschiedlichster Organisationen, dessen Gründungskollegium auf verschiedenen Gebieten aktiv ist, bei dem jedoch Einverständnis bezüglich des gemeinsamen Vorgehens gegen die neoliberale Globalisierung herrscht. Auf diese Weise schöpft Attac aus einem Pool von Organisationen und ist in der Lage, die Wirkung seiner Analysen zu vervielfachen. Die Stärke von Attac rührt aus der Synergie seiner Bestandteile. Diese Synergie erlaubt Attac, sein Projekt einer "Vereinigung zur Volksbildung, die auf Handeln ausgerichtet ist" zu verwirklichen. Die Grundzüge dieses Projekts sind seit der Gründung eindeutig: Zersetzung der Ideologie des Neoliberalismus, Ausarbeitung von Alternativen und Aufbau von Kräfteverhältnissen zur Durchsetzung neuer Konzepte. Diese Vision von Attac als Sammelpunkt, an dem eine einheitliche Strategie entsteht, welche über jene ihrer Einzelkomponenten hinausreicht, wird von jenen bedroht, die sich für die Umwandlung in eine herkömmliche Organisation aussprechen und so einer Logik Vorschub leisten, die auf der Gefolgschaft gegenüber einem Clan beruht. Bei den vor Kurzem abgehaltenen Wahlen wurde dieser Auffassungsunterschied über das Wesen der Vereinigung darin deutlich, dass einige Mitglieder, die von Spitzenverantwortlichen der Vereinigung unterstützt wurden, dazu aufriefen, gegen die vom Gründungskollegium vorgelegte Liste zu stimmen.

Absatz 2, verfasst von den gewählten Verwaltungsratsmitgliedern, die sich einverstanden erklärt haben, an den Sitzungen teilzunehmen.

Die so genannte "Krise" von Attac Frankreich resultiert aus einer langen, seit mehreren Jahren anhaltenden Anhäufung von Uneinigkeiten oder dem Fehlen einer klaren Position innerhalb der Führungs- und Lenkungsstrukturen der Vereinigung. Sie betreffen Grundsatzfragen (siehe unten), die letztendlich auch das Selbstverständnis von Attac zum Gegenstand haben.

- Weshalb sollte eine Einengung auf die "Fundamente" der Vereinigung (Globalisierung der Finanzsysteme) erfolgen, wo es doch möglich wäre, eine Erweiterung auf eine globale Kritik am Neoliberalismus und seiner Logik durchzuführen?

- Warum sollten wir vage oder zweideutig bleiben bezüglich des Inhalts der Alternativen zum Freihandel, der Auswirkungen des Aufbaus der EU, der öffentlichen Dienstleistungen, der Vorgangsweisen zur sozialen Wiederaneignung, der Stellung des Staates, der Beschäftigung und der Prekarität, der Trennung von Staat und Kirchen usw.?

- Warum soll die globalisierungskritische Bewegung keine neue gesellschaftliche Emanzipationsbewegung sein? Warum soll sie ihr Wirken nicht auf die unteren Gesellschaftsschichten ausdehnen? Welches Verhältnis soll in diesem Zusammenhang zu den Gewerkschaften und dem Rest der Sozialbewegung bestehen? Wie sollen die Funktionsweise und die Zukunft der Sozialforen aussehen?

- Wie soll das von der globalisierungskritischen Bewegung getragene Gedankengut auf politischer Ebene zum Ausdruck kommen?

- Ist Attac lediglich eine Sammelbewegung für die Akteure der Sozialbewegung oder soll sich Attac über diese notwendige Rolle hinaus mit einem eigenen Vereinsvorhaben ausstatten, wie alle anderen Bewegungen zur Volksbildung auch?

Diese Auffassungsunterschiede münden in divergierenden Vorstellungen von der Organisation und Funktionsweise von Attac: Stellung und Rolle des Wissenschaftsrats und der Gründungsorganisationen; Verhältnis zu den Medien; Zusammensetzung des Verwaltungsrates; Diskussions- und Entscheidungsprozesse; Beitrittskampagnen zur Verstärkung von Attac.

All diese Debatten blieben auf einen kleinen Kreis Eingeweihter beschränkt und gehen an den Mitgliedern, die einem Kampf zwischen gegnerischen "Clans" beizuwohnen glauben, weitgehend vorüber. Sie laufen auf einen gemeinsamen Punkt hinaus: Sollen die Mitglieder in einer unabhängigen Vereinigung voll souverän sein, die als solche am öffentlichen Diskurs teilnimmt, wie es bei der Kampagne für die Ablehnung des EU-Verfassungsprojekts erfolgreich der Fall war? Diesbezüglich muss daran erinnert werden, dass Attac die Kampagne für das "Nein" mit Nachdruck geführt hat, während einige der Gründungsorganisationen der Verfassung zustimmten. Einige andere schlugen sich erst sehr spät auf die Seite des Nein, und manche führten ansonsten keine entsprechende Kampagne auf nationaler Ebene.

Weshalb hat der eben erst gewählte Verwaltungsrat Neuwahlen für Attac Frankreich bis Ende September 2006 vorgeschlagen? Um dies zu beantworten, müssen die Gründe des in Rennes zu Tage getretenen Konflikts erörtert werden.

Zweck dieser Generalversammlung war die vollständige Erneuerung des Verwaltungsrates (Conseil d'administration – CA) der Vereinigung. Außerdem sollte an der Ausarbeitung des "Manifest 2007" gearbeitet werden, das Bruchlinien mit den neoliberalen Politiken entwickeln soll. Der CA ist das nationale Führungsgremium von Attac Frankreich. Er liefert den Anstoß zu den nationalen und internationalen Kampagnen der Vereinigung, definiert deren politischen Positionen, bringt diese in die öffentliche Debatte ein usw. Es sei daran erinnert, dass auf Grund des Aufbaus unserer Vereinigung die ca. 220 Ortsgruppen in der Gestaltung ihrer Kampagnen, der Zeitplanung ihrer Aktionen u. dgl. autonom sind. Insofern hat das Geschehen im Verwaltungsrat keinen – oder nur begrenzten – Einfluss auf den Alltag der Komitees und in weiterer Folge der Vereinigung. Diese Klarstellung ist dazu angetan, das Gerede über die "Krise" bei Attac zu relativieren.

Diese die großen Strukturen betreffende "Krise" darf zwar nicht geleugnet werden, dennoch ist zu betonen, dass Attac Frankreich seine Tätigkeiten wie gewohnt weiterführt. Attac arbeitet, erstellt Vorschläge für Bruchlinien mit dem Neoliberalismus und wirkt an zahlreichen Kollektiven und nationalen wie internationalen Kampagnen mit.

So verurteilten wir unlängst öffentlich das Vorhaben zur Neuauflage der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft, die vom Europäischen Parlament vor dem Hintergrund des EU/USA-Gipfels (Wien, 21. Juni) angenommen wurde. Daneben nehmen wir eine aktive Rolle im Netzwerk zu den öffentlichen Dienstleistungen in Europa ein, u.v.m.

Alle Mitglieder von Attac Frankreich waren aufgerufen, an den Wahlen zum Verwaltungsrat teilzunehmen, wobei zwei unterschiedliche Modalitäten zur Anwendung kamen. Zum Einen waren sie aufgerufen, eine Liste von 18 Gründungsmitgliedern – auf deren Zusammensetzung sie keinen Einfluss hatten – anzunehmen oder abzulehnen. Diese Gründungsmitglieder – Gewerkschaften, Vereine, Publikationen, Persönlichkeiten – wurden vom Gründungskollegium von Attac aufgestellt. Dieses zählt an die 60 Mitglieder, hauptsächlich Organisationen. Daneben galt es, 24 weitere Verwaltungsratsmitglieder einzeln zu wählen; die Kandidatenliste umfasste hier 62 Personen aus den Reihen der 20.000 Einzelmitglieder, die bis Juni 2006 ihren Mitgliedsbeitrag geleistet hatten ("aktive Mitglieder").

Die vom Gründungskollegium aufgestellte Liste wurde gewählt[1]. Von den 18 Mitgliedern hatten sich 11 gegen den amtierenden Präsidenten (Jacques Nikonoff) engagiert. Letzterer, gleichwohl Gründungsmitglied, hatte beschlossen, sich als aktives Mitglied zur Wahl zu stellen. Er erhielt die meisten Stimmen unter den 24 Gewählten, unter denen sich 9 von Susan George gegen das Präsidium aufgestellte KandidatInnen befinden, und erhielt somit potenziell die Zustimmung von 22 der 42 Mitglieder des Verwaltungsrates.

Sofort nach seiner Bekanntgabe wurde das Wahlergebnis von einem Teil der soeben gewählten KandidatInnen (Gründungs- und aktive Mitglieder) angefochten. Sie führten "Unregelmäßigkeiten" und statistische "Abweichungen" im Zusammenhang mit der Auszählung der per Briefwahl eingelangten Stimmen ins Feld. 20 gewählte KandidatInnen (aktive und Gründungsmitglieder) beschlossen daraufhin, unter Hinweis auf die Unrichtigkeit der Wahl ihre Teilnahme am Verwaltungsrat auszusetzen.

Für die Mehrheit des Verwaltungsrats ist es in diesem Stadium nicht möglich, einen ernsthaften Schluss aus der Anfechtung einer Wahl zu ziehen, die tatsächlich– worin alle übereinstimmen – hinsichtlich der Komplexität der Verfahrensweisen schlecht eingeschätzt, schlecht konzipiert und kollektiv schlecht abgewickelt wurde. In dem Bestreben, den Fortbestand der Arbeit von Attac zu gewährleisten und die Vereinigung nicht in einem rechtlichen Vakuum versinken zu lassen, trat die Mehrheit des Verwaltungsrats noch am Abend des 17. Juni zusammen. Mit 21 Stimmen und einer Enthaltung bestätigten diese Mitglieder Jacques Nikonoff als Präsidenten von Attac. Bei einer weiteren Sitzung am 24. Juni wählte der Verwaltungsrat den Rest seines Büros [etwa "geschäftsführender Vorstand", Anmerkung d. ÜbersetzerInnen], wobei 7 der 17 Posten (darunter zwei VizepräsidentInnen) den 20 gewählten VertreterInnen vorbehalten wurden, die ihre Teilnahme aussetzen. In ihrer Anfechtung der Rechtmäßigkeit der Wahl fordern letztere jedoch, dass das Büro bis zu den Neuwahlen paritätisch besetzt werden soll.

Der Verwaltungsrat nimmt die Tätigkeit der Vereinigung zur Gänze wahr und setzt gleichzeitig alle Maßnahmen, um eine eingehende und unabhängige Untersuchung der Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattgefunden haben, zu ermöglichen. Er unternimmt dies in erster Linie auf Ersuchen seiner eigenen Mitglieder, aber auch jener 20 gewählten KandidatInnen, die die Teilnahme an den Sitzungen verweigern, sowie der bei der Generalversammlung in Rennes anwesenden Mitglieder von Attac. In diesem Sinne erfolgte die Deklaration des Verwaltungsrates vom 24. Juni, in der die Rahmenbedingungen und der Terminplan für die Wahl genannt sind.

Unterdessen ist Attac Frankreich wie üblich an allen Fronten an der Arbeit. Wir bereiten aktiv unsere Sommeruniversität in Poitiers vor (25.-29. August) und arbeiten an unserem Manifest 2007 zur Entwicklung von Bruchlinien mit den neoliberalen Politiken. Damit sind wir auch bemüht, all unsere Verantwortungen im europäischen und weltweiten Attac-Netzwerk wahrzunehmen.

----

[1] Abgegebene Stimmen: 5.428; darunter 77 leere Stimmzettel (1,42 %) et 29 ungültige Stimmen (0,53 %)
Dafür: 3.549 (65,38 %); dagegen: 1.090 (20,5 %);
Enthaltungen: 683 (12,8 %)
http://www.gmx.net/logoff.do?CN=8IiIjHiQiGxs%3D

Übersetzt durch coorditrad:
Bernhard SALLEGER,
Mitarbeit: Michèle Mialane, Sven Giegold

Bernard Cassen

Attac oder "illegale Ausübung" von Politik

Politis, 27. Juli 2006

Anmerkung von Politis:
"Nach einem rapiden Wachstum und ein Jahr nach ihrem Beitrag zum Erfolg des "Nein" beim europäischen Referendum im Mai 2005 durchlebt die globalisierungskritische Vereinigung Attac zur Zeit eine schwere interne Krise. Politis eröffnet heute die Debatte mit einem Text von Bernard Cassen über die Geschichte der Vereinigung und über seine Vorstellung der Zukunft von Attac – "Bewegung der Volksbildung" – sieht. Selbstverständlich soll diese Debatte in unseren Spalten fortgeführt und wir werden gegebenenfalls andere Standpunkte veröffentlichen.

Bei Attac ist es nicht leicht, Rückschau zu halten, noch weniger Vorschau zu halten, denn im Verlauf der acht Jahre ihrer Existenz wurden ihre Kräfte so sehr permanent mobilisiert sowohl rund um die Aktivitäten des Tages, des nächsten Tages und des Übermorgen als auch durch den Andrang von Aktuellem auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene an die Vereinigung.
Die Medienberichte (eingeschlossen diese Spalten) über die Generalversammlung im letzten Juni in Rennes - welche sicherlich in schlechter Erinnerung bleibt – waren öfter parteiisch und zielten auf Sensation. Unbeachtet dessen werden die Mitglieder von Attac sich künftig eine Reflexion und Debatten über die dort unausgesprochen aufgeworfenen Fragen nicht ersparen können: Welches ist die Natur ihrer Vereinigung und welche Entscheidungsstrukturen hat sie?

Wer entscheidet? Die Antwort ist anscheinend einfach: der Verwaltungsrat mit 30 Mitgliedern. Zwölf Mitglieder des Verwaltungsrats werden von allen Attac-Mitgliedern gewählt und 18 Mitglieder werden vom Kollegium der Gründer ernannt. Dieses setzt sich aus ca. sechzig Organisationen, u.a. Gewerkschaften und Medien (darunter den Verlagen *Politis* und *Le Monde diplomatique*) und aus natürlichen Personen zusammen, unter ihnen Bernard Langlois, zugleich Akteur und Berichterstatter.
Aber warum solch ein Missverhältnis?
Um das zu verstehen, muss man zur Entstehung und Identität von Attac zurückkehren.

Die Idee, eine Vereinigung zu gründen, welche die Diktatur der Finanzmärkte durch Förderung der Tobinsteuer zu bekämpfen hätte und diese Attac zu nennen, wurde von Ignacio Ramonet, etwa wie bei einer Flaschenpost, in einem Leitartikel von Le Monde diplomatique im Dezember 1997 lanciert. Zu Tausenden haben die Leser des Monatsblatts ihre Begeisterung über diesen Vorschlag ausgedrückt und erwartet, dass eine Initiative unter dem Banner von Diplo entsteht!

Angesichts dieser Quasi-Aufforderung und zumal wir keine Sekunde ins Auge gefasst hatten, dass diese Aufgabe auf uns zukäme, hatten wir keine andere Wahl mehr als die Idee in der Tat umzusetzen.

Sehr schnell mussten wir eine strategische Entscheidung treffen:
Sollte Attac eine ausschließlich von natürlichen Personen zusammengesetzte Vereinigung sein (und mit der empfangenen Korrespondenz hatten wir eine potentiell signifikante Anzahl an der Hand) oder eine Kombination von natürlichen Personen und von juristischen Personen, d.h. von bereits existierenden Organisationen, von denen einige spontan ihr Interesse mitgeteilt hatten?

Auch wenn wir schlussendlich den Preis dafür zu bezahlen hatten, bot diese letzte Vorgehensweise offensichtliche Vorteile: Wir würden sofort über Meinungsträger und gleich am Anfang über ein Minimum von Ressourcen und über bereits ausgebildete politisch aktive Mitglieder verfügen. War die Entscheidung einmal getroffen, musste die Liste der Erstgründer erstellt werden und das an Hand unserer privaten und beruflichen Beziehungen.

Die erste Person, welche ich anrief, war glaube ich - Daniel Monteux von Snesup (Syndicat National de l'Enseignement Supérieur = Nationale Gewerkschaft der akademischen Bildung), und auf dem Umweg über ihn wurden die wichtigsten Gewerkschaften vom FSU (Fédération Syndicale Unitaire = Gewerkschaftsdachverband) angesprochen. Nach und nach verlängerte sich die Liste um weitere Gewerkschaften, darunter SUD (Fédération des Syndicats SUD Éducation Solidaire, Unitaire, Démocratique = Verband der Erziehungsgewerkschaften Solidarisch, Einheitlich, Demokratisch), die SNUIPP (Syndicat National Unitaire des Instituteurs, Professeurs, PEGC. = Nationale Einheitsgewerkschaft der Ausbilder, Lehrer), die Vereinigung der Finanzen der CGT (Arbeitergewerkschaftsdachverbandes) und die IGICT-CGT (arbeitsmedizinische Abteilung der CGT) (2). Ich kontaktierte auch den Bauernverband (Confédération Paysanne), welcher sofort zusagte.
Das Familiengruppenbild begann Gestalt anzunehmen. Angesprochen wurden auch die "neuen sozialen Bewegungen": DAL (Recht auf Wohnung) Droits devant (auf Deutsch etwa: "Rechtsschutz vorn"), Arbeitslosenorganisationen usw. Und auch die feministische und ökologische Bewegung. Gisèle Halimi und René Dumont akzeptierten, als Privatpersonen Gründer zu werden. Von Diplo angesprochen, schlossen sich die Zeitschriften Politis, Témoignage chrétien (damals geleitet von Bernard Ginisty), Golias und ebenfalls, nach einige Bedenkzeit, Alternatives économiques (deutsch: "Wirtschaftliche Alternativen") dem Unternehmen an.
Weitere Organisationen - bei einigen war mir deren Namen oder Abkürzung kaum oder gar überhaupt nicht bekannt - wurden von den einen oder den anderen vorgeschlagen. Man ging nicht ins Detail, man musste schnell vorankommen! Und so kam es, dass Attac am 3. Juni 1998, rund um Diplo, von einem Mosaik von Bewegungen und Persönlichkeiten lanciert wurde. Die individuellen Beitritte kamen erst danach.

Was konnte eine solche auf den ersten Blick bunt gefleckte Auswahl schon zusammenführen? Die Absichten waren verschieden. Für die kleinen Organisationen war es wohltuend, auf dem Plakat neben den Großen zu erscheinen und Zugang zu einem neuen Resonanzboden zu haben, aber für diejenigen, welche am meisten „Gewicht hatten“, d.h. die Gewerkschaften, ging es darum, über eine Art von Reflexionskreis zu verfügen, über eine gemeinsame „Zentrale“ der Produktion von Expertisen über die globalisierte Finanzwelt, ihre Konsequenzen und die ihr entgegenzustellenden Alternativen:
Ursprünglich wurde mit den zwei „T“ von ATTAC auf die Tobinsteuer (frz. Taxe Tobin) hingewiesen. Da wir nicht in diesem ausschließlichen Vorhaben eingezäunt werden wollten, wurden sie in den Statuten zu „Taxation des Transactions financières“ („Besteuerung von Finanztransaktionen“) umdefiniert.

Damals konnten sich nur einige Wenige vorstellen, dass die rasch hinzuströmenden Einzelmitglieder und die Lokalkomitees, welche überall in Frankreich entstanden, es bei einer Reflexion über internationale Finanz nicht belassen wollten. Viele sahen Attac als Ersatz für politische Aktivitäten in den linken Parteien und den Gewerkschaften. Sie wollten auch aktiv werden, und nicht nur für die Tobinsteuer.
Daher schlug ich im März 1999 die folgende Definition des Profils von Attac vor: „Eine Bewegung der Volksbildung, auf Handlungen ausgerichtet“, welche Konsens wurde.
Gedrängt durch die Dynamik seiner Basis erweiterte Attac zunehmend ihre Aktivitäten zur WTO (Welthandelsorganisation), zu den GMOs (genetisch modifizierte Organismen), den Steuerparadiesen, der G8, den Sozialforen; dann, ab dem Jahr 2000 zur europäischen Frage; später zu den in Frankreich geführten Kämpfen um Renten, Bildungswesen, Sozialversicherung, Dezentralisierung, neulich CPE (dtsch.: Ersteinstellungsvertrag) usw..
Parallel entwickelte sich völlig autonom in Europa, Afrika, Japan und Amerika ein Netzwerk von ungefähr 50 Attac-Bewegungen.

Entsprechend der neoliberalen Globalisierung, welche sich nicht in Einzelteile aufspalten lässt, wurde Attac so eine „generalistische“ Organisation und blieb nicht weiter allein auf Finanzen spezialisiert. Sie nahm Stellung in einer wachsenden Zahl von Bereichen und entwickelte globale Alternativen zum Neoliberalismus.
Immer weniger reduzierte sie sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner seiner Gründerstrukturen, von denen sich viele sicherlich nicht als Gegner des Neoliberalismus definierten. Mehr noch, auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene wurde Attac zu einem vollwertigen Akteur, ohne Bezug zu seinen Gründungsstrukturen und bei vielen Themen viel einflussreicher als manche ihrer Gründerorganisationen.

Hierzu wurde das Referendum vom 29. Mai zum schlagenden Beweis. Selbst nach Ansicht der Befürworter des europäischen Verfassungsentwurfs wurde unsere Kampagne, die sich auf seit langem in Angriff genommene Volksbildungsaktivitäten über Europa stützte, ausschlaggebend für den Erfolg des „Nein". Das störte freilich einige ihrer Gründungsmitglieder: einige waren Verfechter des „Ja", andere ergriffen nur zögerlich Partei für das „Nein", führten aber keine nationalweite Kampagne. Die Frage nach dem Platz von Attac in der politischen Landschaft war von nun an auf eklatante Weise gestellt. Nicht erstaunlich, dass sich praktisch am Tag nach dem Referendum die internen Attacken gegen ihre Leitung fortsetzten. Deren Intensität wuchs in dem Maße, wie die Vereinigung mehr Resonanz in der Öffentlichkeit fand..

Da es unmöglich war, die Kernfrage zu stellen, eben die nach der Berechtigung von Attac, eine auch von seinen Gründern unabhängige Organisation zu sein, mit ihrem ureigenen Entwurf gegen den Neoliberalismus ausgestattet, konzentrierten sich die Angriffe auf vorgeschobene Ziele, die sich politisch besser verkaufen ließen–: den „Stil" der Leitung, der als „autoritär" beschrieben wurde, und auf den angeblichen Willen der Leitung, die Vereinigung in eine Partei umzuwandeln. Die Medien, welche das Wahlergebnis am 29 Mai nicht verschmerzen konnten, haben es kräftig unterstützt

Ohne das Gewicht, ja das Gegeneinaderprallen der Persönlichkeiten innerhalb der Vereinigung verkennen zu wollen, will mir keine weniger „autoritäre", kollegialere und transparentere Organisation als Attac einfallen: Nicht nur, dass ihre Lokalkomitees von der nationalen Leitung unabhängig sind – darüber hinaus hat die nationale Leitung bis zum Ausbruch der - von einigen ihrer Mitglieder ausgelösten- „Krise an der Spitze" ihre Entscheidungen immer im Konsens getroffen.
Um nur ein einziges weiteres Beispiel zu nennen: in ihrer wöchentlichen Arbeitssitzung wechselt der Vorsitz im Bureau (im geschäftsführenden Ausschuss) unter ihren Mitgliedern reihum (deshalb hat der Präsident nur alle 12 Wochen den Vorsitz) und seine Entscheidungen werden in der darauf folgenden Woche im Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wer bietet mehr?

Die Polemik über die eventuelle Umwandlung in eine „Partei" ist noch viel gekünstelter. Schon allein deswegen, weil Attac zu seinen Mitgliedern zahlreiche Aktivisten aus unterschiedlichen politischen Gruppierungen zählt. Anwandlungen, selber eine neue Partei zu werden, wären selbstmörderisch. Indessen bleibt die Frage nach unserem Profil. Meine Antwort ist klar: Attac darf sich nicht um ein Jota verändern. Es muss eine Bewegung der Volksbildung, auf Handlungen ausgerichtet, bleiben und - füge ich hinzu - sich mittelfristig der Aufgabe widmen, zur intellektuellen und kulturellen Bekämpfung des Neoliberalismus und zur Ausarbeitung globaler Alternativen beitragen. In dieser Hinsicht sind die Wahltermine kein Selbstzweck, sondern vielmehr hervorragende Gelegenheiten, um den Mainstream der gesamten Gesellschaft in Richtung solidarischer und demokratischer Lösungen zu verschieben.

Aber auch so zertrampelt Attac die Gartenbeete. Denn es widmet sich dem, was Bourdieu die *„illegale Ausübung von Politik*" nannte, wenn er von jenen Verantwortungsträgern sprach, welche „ *das Eindringen von Laien in den geheiligten Kreis der Politiker nur schwerlich dulden und jene zur Ordnung weisen wie die Kleriker früher die Laien an ihre Unbefugtheit erinnert haben*." Wir befinden uns hier im Kern des Problems: Die linken und linksextremen Kräfte - und das Gleiche gilt für die Rechte - spüren sämtlich nicht die geringste Lust, dass eine Organisation stärker wird, welche Alternativen zum Neoliberalismus vorschlägt, und - ohne sich deswegen im Feld der Wahlen zu platzieren- ein gut eingefahrenes Spiel auf einer deutlich eingezäunten Wiese stört und bei ihnen die Furcht erweckt, auf dem politischen Markt - im weiteren Sinne -Anteile zu verlieren.

Auch die großen Gewerkschaftsverbände und einige weitere Vereinigungen haben kein Interesse daran, dass Attac zu stark wird und sich in Fragen einmischt, für die sie es nicht zuständig halten, und dabei nicht notwendigerweise die selbe Position einnimmt, wie sie. In ihren Augen sollte sie lieber zu ihrem anfänglichen Kerngeschäft – Globalisierung der Finanzmärkte– zurückkehren und sich darauf beschränken.

Ein Gutteil der Mitglieder des Gründerkollegiums von Attac befindet sich auf dieser niedrigen Profillinie oder, was auf das Gleiche hinausläuft, empfindet sich ausschließlich als Schnittstelle der gemeinsamen Positionen verschiedener Komponenten der globalisierungskritischen Bewegung, als Netzwerk von Netzwerken usw. Diese Funktion ist ohne jeden Zweifel von großer Bedeutung und wird von Attac bereits erfüllt. Aber der Großteil seiner Mitglieder, wenn sie gefragt werden (was bisher nie der Fall war, weil die Mehrheit der Gründungsmitglieder sich unter verschiedenen Vorwänden erfolgreich dagegen gestellt hat), werden zweifellos danach trachten, dass die Organisation, in der sie aktiv sind, vollständig erwachsen wird und sich von allen ihren Erzeugern (oder denen, die sich dafür halten, weil sie von Beginn an auf dem Plakat standen) emanzipiert, und besonders von jenen, deren Beitrag sich auf eine Stimmabgabe bei einer Versammlung beschränkt, oder eine einer anderen Organisation überlassene Wahlvollmacht.

Das geht über eine Reform ihrer Rolle innerhalb der Vereinigung hinaus. Anstatt Attac weiter kontrollieren zu wollen, besonders durch ihr entscheidendes Gewicht in den Leitungsstrukturen, könnten sie wenigstens die satzungsgemäße Rolle übernehmen, die sie bis heute total vernachlässigt haben: Dem Verwaltungsrat die großen Orientierungs- und Aktivitätsrichtlinien der Vereinigung vorzuschlagen – und dann den Mitgliedern freie Wahl zu lassen.

So könnten sie unter sich eine Einigung über etwas Anderes anstreben, als sich gegen eine echte Unabhängigkeit von Attac und die MitträgerInnen jener Vorstellung zu stellen.
Darum geht es bei der Debatte, welche in der Vereinigung endlich stattfinden wird, vor den nächsten - voraussichtlich am 8. Dezember gehaltenen- Wahlen zum Verwaltungsrat.

Bernard Cassen ist Ehrenpräsident von Attac. Er drückt hier seine persönliche Ansicht aus.

(1) Eine Reform der Statuten, die Ende November erreicht sein sollte, wird diese Zahl von 12 bis 24 tragen.
(2) Im Juli 1998 versicherte mich Bernard Thibault, der einige Monate später Generalsekretär der CGT wurde, der Unterstützung seiner Organisation und versprach uns, seine regionalen Verbände zur Teilnahme aufzufordern. Was dann auch geschah.

http://www.prospectives.info/index.php?action=article&id_article=414106

Deklaration für Kuba

Über 400 Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller aus verschiedenen Teilen der Welt wandten sich mit einer Deklaration für Kuba an die Öffentlichkeit

Kubas Souveränität muss respektiert werden. Infolge der Mitteilung Fidel Castros über seinen Gesundheitszustand und die vorübergehende Übergabe seiner Ämter haben hohe Regierungsbeamte der Vereinigten Staaten immer zugespitztere Erklärungen über die ummittelbare Zukunft Kubas abgeben. Der US-Wirtschaftsminister Carlos Gutiérrez äußerte, daß »der Augenblick eines wirklichen Übergangs zu einer wirklichen Demokratie gekommen ist«, und der Sprecher des Weißen Hauses, Tony Snow, sagte, seine Regierung sei »bereit und begierig, dem Volk Kubas humanitäre, wirtschaftliche und Hilfe anderer Art zu leisten«. Vor kurzem wurde dies von Präsident Bush wiederholt.

Die »Kommission für ein freies Kuba« unter dem Vorsitz der Außenministerin Condoleezza Rice unterstrich bereits Mitte Juni in einem Bericht »die Notwendigkeit, heute dafür zu arbeiten, daß die Nachfolgestrategie der Regierung Castros keinen Erfolg hat«, und Präsident Bush wies darauf hin, daß jenes Dokument »beweist, daß wir aktiv für eine Veränderung in Kuba arbeiten, nicht einfach darauf warten, daß sie sich ereignet«. Das Außenministerium der Vereinigten Staaten hob hervor, daß der Plan Maßnahmen umfasse, die »aus Gründen der nationalen Sicherheit«, und um deren »effektive Umsetzung« sicherzustellen, geheim gehalten würden.

Es fällt nicht schwer, sich den Charakter solcher Maßnahmen und der angekündigten »Hilfen« vorzustellen, wenn man die Militarisierung der Außenpolitik der aktuellen US-Regierung und ihr Handeln im Irak in Betracht zieht.

Angesichts der wachsenden Bedrohung der Integrität einer Nation, des Friedens sowie der Sicherheit in Lateinamerika und der Welt fordern die Unterzeichnenden, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Souveränität Kubas respektieren. Wir müssen um jeden Preis eine neue Aggression verhindern.

Zu den Erstunterzeichnern gehören: José Saramago, Portugal; Wole Soyinka, Nigeria; Adolfo Pérez Esquivel, Argentinien; Dario Fo, Italien; Desmond Tutu, Südafrika; Rigoberta Menchú, Guatemala; Nadine Gordimer, Südafrika; Zhores Alfiorov, Rußland; Noam Chomsky, USA; Oscar Niemeyer, Brasilien; Harry Belafonte, USA; Mario Benedetti, Uruguay; Ignacio Ramonet, Spanien/Frankreich; Danny Glover, USA; Samir Amin, Ägypten; Alfonso Sastre, Spanien; Francois Houtart, Belgien; Eduardo Galeano, Uruguay; Juan Gelman, Argentinien; Frei Betto, Brasilien; Pablo González Casanova, Mexico; Russell Banks, USA; Bernard Cassen, Frankreich; Ernesto Cardenal, Nicaragua; Angela Davis, USA; Ariel Dorfman, Chile; Tom Morello, USA; Walter Salles, Brasilien; Manu Chao, Frankreich; Blanca Chancosa, Ecuador; Egberto Gismonti, Brasilien; Andrés Gómez, Kuba; Alice Walker, USA; István Mészáros, Ungarn; Leonardo Boff, Brasilien; Tomás Borge, Nicaragua; Eva Forest, Spanien; Daniel Viglietti, Uruguay; Piero Gleijeses, Italien/USA; James D. Cockcroft, USA; Aníbal Quijano, Perú; Theotonio dos Santos, Brasilien; Pablo Guayasamín, Ecuador; Leonard Weinglass, USA; Susu Pecoraro, Argentinien; Francisco de Oliveira, Brasilien; Graciela Duffau, Argentinien; Ramsey Clark, USA; Fernando Rendón, Kolumbien; Luis Sepúlveda, Chile; Andy Spann, USA; Hildebrando Pérez Grande, Peru; Fernando Pino Solanas, Argentinien; Santiago García, Kolumbien; Michael Löwy, Brasilien; Juan Manuel Roca, Kolumbien; Pascual Serrano, Spanien; León Rozitchner, Argentinien; Jorge Rufinelli, Uruguay; Franca Rame, Italien; Alfredo Vera, Ecuador; Patricia Ariza, Kolumbien; Leslie Cagan, USA; Noé Jitrik, Argentinien (...)

Unterstützungsunterschriften unter: www.porcuba.org

Quelle: junge Welt Übersetzung aus dem Spanischen: Timo Berger

---

Keine Rüstungslieferungen nach Nahost!

Petition an den deutschen Bundestag

Die Unterzeichner dieser Petition legen Beschwerde ein gegen die Entscheidungen des Bundessicherheitsrats, der Lieferung von zwei U-Booten der Dolphin-Klasse sowie der Lieferung eines Testexemplars des gepanzerten Truppentransportfahrzeugs "Dingo 2" nach Israel zuzustimmen. Mit dieser Zustimmung wird sowohl gegen den Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren als auch gegen die deutschen Richtlinien zum Rüstungsexport verstoßen.

Mit unserer Beschwerde wollen wir erreichen, dass die gewährten Ausfuhrgenehmigungen zurückgenommen werden, und das gelieferte Testexemplar des "Dingo 2", falls bereits geliefert, unverzüglich in die Bundesrepublik Deutschland zurück verbracht wird. Wir fordern die verantwortlichen Ministerien des Auswärtigen sowie für Wirtschaft und insbesondere den Bundessicherheitsrat auf, sich strikt an den o.g. Verhaltenskodex und die Richtlinien zu halten, nach denen eine Ausfuhrgenehmigung verweigert werden sollte, wenn

- bewaffnete Konflikte heraufbeschworen bzw. verlängert oder bestehende Spannungen oder Konflikte verschärft würden,
- eindeutig das Risiko besteht, dass der Empfänger das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zu aggressiven Zwecken gegen ein anderes Land oder zur gewaltsamen Durchsetzung eines Gebietsanspruchs benutzen würde, und dass Kriegswaffenlieferungen nicht genehmigt werden in Länder,
- die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht,
- in denen bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden.

Diese Kriterien treffen auf Israel, aber auch auf andere Länder der Region eindeutig zu.

Wir bitten den deutschen Bundestag auf dem Wege dieser Petition, die Bundesregierung zu friedensfördernder Diplomatie aufzufordern, statt durch weitere Aufrüstung die Gewalteskalation in der Nahost-Region zu fördern.

IPPNW, Bund für Soziale Verteidigung, Pax Christi, Versöhnungsbund und das Netzwerk Friedenskooperativ
Bisherige Unterstützer-Organisationen unter : http://www.ippnw.de/Kampagnen/